

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72208

**Inseratenpreise:** Die 10 gepalt. Kolonelle 35 Wg., bei Vorkauf 40 Wg., Stellenangebote 10 gep. Kolonelle 25 Wg., Familienanzeigen von Privatpersonen die 10 gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Wg. Inzerate v. ausw.: die 10 gep. Kolonelle 40 Wg., bei Vorkauf 50 Wg., Reklamezeile 2.25 Wg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

## Das Kabinett der Persönlichkeiten

### Die Ministerliste

Der Reichspräsident hat gestern, 17 Uhr, das neue Kabinett ernannt. Die Ministerliste setzt sich wie folgt zusammen:

- Reichskanzler: Hermann Müller (Soz.).
- Befehzte Gebiete und Verkehr: von Guérard (Ztr.).
- Neuheres: Dr. Stresemann (D. Sp.).
- Innere: Severing (Soz.).
- Arbeit: Wiffell (Soz.).
- Wirtschaft: Dr. Curtius (D. Sp.).
- Finanzen: Dr. Hilferding (Soz.).
- Justiz: Koch-Weser (Dem.).
- Reichswehr: Groener.
- Ernährung: Dietrich-Baden (Dem.).
- Post: Schügler (Bayr. Sp.).

Das Reichskabinett tritt am Freitag, 11 Uhr, zu seiner ersten Sitzung zusammen.

### Das Urteil der Berliner Presse

SPD Berlin, 29. Juni (Radio).

Nachdem die Minister der Regierung Hermann Müller vom Reichspräsidenten ernannt sind, nimmt die Presse zum neuen Kabinett Stellung.

Der Vorwärts sagt: „So, wie die Dinge heute liegen, hegt keine Partei zu dem Kabinett selbst uneingeschränktes Vertrauen. Das Vertrauen einer jeden beschränkt sich auf die führenden Persönlichkeiten aus den eigenen Reihen, denen sie den Eintritt gestattet hat. Die Sozialdemokratie hat vier ihrer besten Männer in die Regierung entsandt, Männer, deren Können und Charakter in jahrzehntelanger Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung erprobt ist. Diese Männer verdienen, daß man ihnen das Vertrauen bewahrt, sie verdienen das um so mehr, als sie freundschaftlich gemelter Kritik gewiß nicht unzugänglich sein werden.“

Vergessen wir aber nicht: es sind nicht nur die vier Männer, die auf eine schwere Probe gestellt sind — die ganze Partei ist es! Auf die Probe gestellt ist die politische Urteilsfähigkeit eines jeden einzelnen Parteigenossen.

Im Berliner Tageblatt heißt es: „Das Kabinett entspricht in seiner Zusammensetzung dem Willen, den das Volk mit seiner Urteilsurkunde vom 20. Mai kundgegeben hat und die Fraktionen werden sich, wenn das Kabinett von einem starken Machtwillen erfüllt ist, daran gewöhnen müssen, daß eine Regierung kräftig regieren kann, auch wenn ihr Programm nicht zuvor die Billigung der Fraktionen gefunden hat. Das Kabinett Hermann Müller ist stark, weil es die große Mehrheit des Volkes vertritt, weil es in den Verhältnissen die breite Basis hat, auf der in den Fragen des Kelloggspaktes und des Dawesplanes, des Völkerbundes und der Rheinlandräumung die gradlinige Politik ohne Hemmungen fortgesetzt werden kann, die unter Dr. Wirth und Rathenau, unter Stresemann trotz mancher Hindernisse von rechts weitergeführt wurde.“

Die Postische Zeitung schreibt am Schluß eines langen Artikels: „Wenn der Reichstag in die Ferien gegangen ist, wird für die Regierung gerade die Zeit schwerster Arbeit beginnen, die vorbereitende Arbeit an jenen großen Aufgaben vor allem der internationalen Politik, die — man denke nur an die Rheinland-

frage und die Regelung der Reparationen — unsere politische und wirtschaftliche Zukunft entscheidend beeinflussen werden.“

Die Germania, durch deren Spalten auch heute noch recht deutlich die Unzufriedenheit klingt, findet anerkennende Worte für Hermann Müller und die sozialdemokratischen Minister, vor allem für Karl Severing, über den sie schreibt: „Der Kopf unter den Sozialdemokraten ist Severing, der sich aus der Zeit seiner Minister-schaft in Preußen den Namen eines energischen, zielstrebigen und zielbewußten Politikers erworben hat. Severing hat in Preußen eine starke Hand gezeigt, trotz alledem hat er in solchen Fragen eine kluge Mäßigung walten lassen, wo die Staatspolitik die Rücksichtnahme auf die Gesamterfordernisse und auch auf die Denkart anderer verlangte.“

Die Tägliche Rundschau schreibt: „Es ist nur zu einer Lösung gekommen, deren Unzulänglichkeit nicht zu bestreiten ist. Zunächst ist die Lösung insofern unzulänglich, als die sichere Koalitionsgrundlage fehlt. Sie war nach dem Verhandlungsergebnis, mit dem das erste Stadium abschloß, nicht mehr zu schaffen. Man muß sich nunmehr darauf verlassen, daß im Herbst nachgeholt wird, was diesmal verfehlt wurde. Es versteht sich von selbst, daß bei diesem Versuch abermals Schwierigkeiten auftauchen werden, und es braucht kaum betont zu werden, daß die endgültige Lösung nur dann gefunden werden kann, wenn in Preußen die berechtigte Forderung der Deutschen Volkspartei erfüllt wird.“

Der Berliner Börsenkurier schreibt: „Tatsache bleibt, daß die neue Reichsregierung so ziemlich die bestzusammengesetzte ist, die unter den durch das Wahlergebnis geschaffenen Voraussetzungen entstehen konnte.“

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sagt: „Sie (die Regierung) hat reichlich viel Not aufgelegt. Vier Sozialdemokraten haben die wichtigsten Posten inne. Sie stellen den Reichskanzler, den Innenminister, den Finanzminister und den Arbeitsminister. Das Übergewicht der Sozialdemokratie, ihre Führung, ihre Verantwortung ist damit in erfreulicher Weise klar gestellt. Nun soll die Sozialdemokratie zeigen, was sie kann.“

Die Deutsche Tageszeitung schreibt: „Es ist ein Symbol, daß jener Mann, der am 28. Juni 1918 als erster Deutscher seinen Namen unter den Vertrag von Versailles setzte, am gleichen Tage des Jahres 1928 verantwortlicher Führer der deutschen Reichspolitik werden konnte.“

Die Deutsche Zeitung bringt ihre Enttäuschung über den Reichspräsidenten mit aller Offenheit zum Ausdruck, indem sie sagt, das Oberhaupt des Reiches, in dessen Macht es gelegen habe, „den Beginn des deutschen Aufstieges zu ermöglichen“ habe versagt. Hindenburg hat der äußersten Rechten nicht den Gefallen getan, seine Hand dazu zu bieten, eine neue Regierung des Bürgerblocks zu etablieren und er ist für sie erledigt.

Die rote Fahne charakterisiert die sozialdemokratischen Führer als die „ergeblichsten Wegbereiter des neuen Traus-kabinetts“.

### Regierungserklärung nächsten Dienstag

Am Dienstag um 15 Uhr tritt der Reichstag zur Entgegennahme einer Regierungserklärung zusammen. Die Debatte über diese Erklärung beginnt am Mittwoch und soll am Donnerstag abgeschlossen werden. Am 1. Juli wird der Reichstag in Ferien gehen. Vorher wird noch das Amnestiengesetz erledigt. Die Beratungen darüber sollen am Montag im Rechtsausschuß beginnen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Dienstag um 13 Uhr wieder zusammen.

## Ohne Bindung der Fraktionen

Auch die Sozialdemokratie ist nicht gebunden

Drei Wochen lang haben die Verhandlungen gewährt, nun aber ist die Regierung da, das Kabinett der Persönlichkeiten, die deutsche Sprache wurde durch einen neuen Begriff vermehrt. Wie dieser Begriff zu deuten ist, darüber werden die kommenden Monate Aufschluß geben, und wenn nicht alles täuscht, so wird das Leben des neuen Kabinetts von ebenso theatralischen Zwischenfällen begleitet sein, wie die langwierige Periode seiner Geburt. Jedenfalls ist das Zentrum in letzter Stunde umgefallen, es hat den Vizekanzler und das „politische Ministerium“ ausgegeben. Die deutsche Republik und Dr. Wirth sind um eine Erfahrung reicher geworden, aber eben dieses zuletzt erzielte Kompromiß bezeugt, daß das Kabinett der Persönlichkeiten bestenfalls als eine Zwischenlösung anzusprechen ist, der im Herbst ein Definitivum folgen wird. Das Zentrum wird in der neuen Regierung nur durch einen Hochposten vertreten sein, durch Herrn v. Guérard, der die Ministerien des Verkehrs und der Befehzten Gebiete übernommen hat. Herr Dr. Brauns, der ewige Arbeitsminister, ist ausgeschieden und das Justizministerium ist Herrn Koch von den Demokraten übertragen worden. So nobilitiert zusammengeflückt, steht das Kabinett der Persönlichkeiten in See. Der Steuerminister Hermann Müller hofft, daß sich bis zum Herbst schwerere Havarien vermeiden lassen, dann aber wird die Ueberholung unausbleiblich sein.

Das Kabinett der Persönlichkeiten bleibt ein Kabinett der Großen Koalition. Auch die „Persönlichkeiten“ werden den ehernen Zwang der Klassenmäßigen Bindung aller Beteiligten nicht beiseite lassen können, obwohl sie oder auch weil sie alle Fraktionen ihre Bewegungsfreiheit gelassen halten. Denn selbst Herr Dr. Stresemann, der intellektuelle Urheber des neuen, fraktionell nicht gebundenen Kabinetts, der, ohne Herrn Dr. Scholz, seinen Herrn und Meister, zu befragen, Hermann Müller suggerierte und den Reichspräsidenten instruierte, bleibt letzten Endes Mitglied der Deutschen Volkspartei. Diese aber ist die Vertreterin der Großindustrie, so daß eine besondere fraktionelle Bindung gar nicht vonnöten ist, ohne daß die Interessen der führenden Schichten der Bourgeoisie wesentlich beeinträchtigt werden. Die „Persönlichkeiten“ bleiben durch die wirtschaftlichen Interessen ihrer Parteien erdgebunden, und es fragt sich nur, ob der Kapitalismus oder das Proletariat von dieser Kombination der Klassenkräfte den größten Vorteil zieht.

Gewiß, die Sozialdemokratie hat die Führung im neuen Kabinett. Sie stellt den Kanzler, sowie die Minister des Innern, der Finanzen und der Arbeit. Das sind vier von elf, insofern arithmetische Berechnungsmethoden hierbei zulässig wären. Die Sozialdemokratie hat also nicht die Mehrheit im Kabinett, vielleicht wäre sie zur Zeit zu haben gewesen. Ihre Aufgabe wird es sein, die Führerposition entsprechend auszuwerten. Und hier sehen die Gegenkräfte der bürgerlichen Minister mit allen Mitteln ein, was die letzten Wochen leider nur allzu deutliche Beispiele gaben. Das Kabinett der Persönlichkeiten hat noch kein Programm. Es soll bis zum Dienstag geschaffen werden. Dabei werden die Fraktionen unbeteiligt sein. Somit bleibt das Vertrauen in die „Persönlichkeiten“ unbegrenzt, auf ihr Können sowohl, als auf die Ellenbogen. Wir zweifeln an dem Können der sozialdemokratischen Minister keineswegs, aber die anderen haben unzweifelhaft die kräftigeren Ellenbogen, die sie auf Grund ihrer mächtigen wirtschaftlichen Positionen entsprechend und nachhaltig gebrauchen werden. Darum haben wir von Anfang an die Bindung durch konkrete Forderungen verlangt. Das wurde abgelehnt. Trotzdem scheiterten die Verhandlungen zunächst an den Differenzpunkten, die sich im Verlaufe der Zeit im Kampf mit der Volkspartei herausgebildet hatten. Nun aber ist ein Kabinett ohne jede Bindung geschaffen worden, eine verschlechteerte Große Koalition, und jetzt wird die Volkspartei ihre Bremsblöcke in Bewegung setzen, was aus ihrem Beschluß vom Mittwochnachmittag mit aller Klarheit zu ersehen ist. Dort wird gesagt:

„Die Fraktion will, um das Zustandekommen der Regierung nicht ihrerseits zu verzögern, gegen eine Beteiligung ihrer beiden bisherigen Minister an einer nicht fraktionsmäßig gebundenen Regierung keine Einwendungen erheben. Sie stellt jedoch ausdrücklich fest, daß ihre Haltung zu etwaigen Vertrauens- und Mißtrauensvoten dadurch in keiner Weise gebunden ist und insbesondere von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig sein wird.“

Also die Volkspartei behält sich volle Freiheit der Entscheidung vor, sie fühlt sich an nichts gebunden und entscheidet von Fall zu Fall, wie sie sich zu dem Kabinett der Persönlichkeiten verhalten soll. Trotzdem hat die sozialdemokratische Fraktion am Donnerstagmittag der neuen Regierung gegen eine Minderheit zugestimmt, in Ausführung der Resolution von Kiel und in der Abwehr reaktionärer Bestrebungen — wie von prominentester Seite erklärt worden ist —, um die Wiederkehr des Bürgerblocks zu verhindern. Deswegen müsse, wie es weiter aus autoritativem Munde hieß, das Experiment unternommen werden, ohne aber daß die sozialdemokratische Fraktion an dieses Kabinett ge-

## Der Neue findet Gnade!

Snowjew und Kamenev in die Kommunistische Partei zurückgeführt

WTB Moskau, 28. Juni.

Heute wurde ein Beschluß der Zentral-Kontrollkommission der Kommunistischen Partei veröffentlicht, nach dem Snowjew, Kamenev und 36 andere bekannte ehemalige Oppositionelle angesichts der Tatsache, daß sie ihre Irrtümer erkannt und sich von der Trotzkischen Opposition losgesagt haben, in die Kommunistische Partei wieder aufgenommen werden.

So können Snowjew und Kamenev und mit ihm die anderen Führer der einstigen Opposition als erste in den Schoß der heiligen Kommunistischen Partei Rußlands zurückkehren. Daß sie ihre Gesinnung und ihre Ueberzeugung dem Wiedereintritt zum Opfer bringen mußten, scheinen sie leicht zu verwinden. Es ist ein merkwürdiges Treiben in dieser kommunistischen Bewegung. Vor kaum Jahresfrist bekämpfte unter Snowjew, Trotski, und Kamenev die Opposition die Politik der Kommunistischen Partei in Rußland als antiproletarisch und den kapitalistischen Interessen dienend. Umgekehrt wurden dafür die Oppositionellen des „Reformismus“ und des „Berats“ bezichtigt, mit dem Kerler, der Verdammung und der stillen Befestigung bedroht. Und heute fügen sich die Oppositionellen um Snowjew der „konterrevolutionären Bourgeoisepolitik“ wofür den „Reformisten“ und „Verrätern“ die Gnade zuteil wird, der Partei des mächtigen Stalin wieder anzugehören.

## Frankreich für den Kelloggspakt

WTB Paris, 28. Juni.

Am 14. wird mitgeteilt: „Minister des Aeußern Briand hat heute dem Ministerrat die letzte Note Kellogg über die Regelung des Krieges zur Kenntnis gebracht. In ihrer Gesamtheit wurde die amerikanische Note auf den ersten Blick für befriedigend erachtet, weil sie den von der französischen Regierung früher geäußerten Vorbehalten Rechnung trägt. Indessen muß das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ihre Prüfung besonders vom juristischen Standpunkt fortsetzen. Andererseits wünscht die französische Regierung, ehe sie Washington Unterzeichnung des geplanten Pakts berufenen Mächte und insbesondere die Auffassung der Signaturstaaten von Locarno kennenzulernen. Es ist daher verfrüht, zu behaupten, daß das französische Kabinett schon heute vormittag die Unterzeichnung des amerikanischen Pakts beschlossen habe. Seine Zustimmung ist wahrscheinlich, aber sie steht noch nicht fest.“

## Um den Rücktritt Dinghofers

TU Wien, 29. Juni.

Donnerstag nachmittag traf beim Bundeskanzler Dr. Seipel ein Telegramm des Justizministers Dr. Dinghofer aus Karlsbad ein, in dem dieser um die Zustimmung zu seinem Rücktritt ersuchte. Im Einvernehmen mit dem Ministerrat, der darauf zusammentrat, antwortete Dr. Seipel dem Justizminister, er wolle die Zustimmung zum Rücktritt nicht geben ohne persönliche Rücksprache.

# Zeitungskonzerne

bunden sei. Auch die Sozialdemokratische Partei hat sich demzufolge völlige Handlungsfreiheit vorbehalten und es liegt ihr völlig frei, ihre Haltung zu Vertrauens- und Misstrauensnoten auf Grund der jeweiligen Situation zu bestimmen.

Zuerst freilich hat die Mehrheit der Fraktion dem Kabinett in seiner nunmehrigen Zusammensetzung ihr Votum erteilt, sie hat Tatsachen schaffen helfen, die ihre kommenden Entscheidungen sehr stark beeinflussen werden. Darum wird ihre Handlungsfreiheit auch fürderhin wesentlich beeinträchtigt sein, insbesondere, wenn die Ermattungsstrategen aus dem kapitalistischen Lager wieder in Aktion treten werden. Wir befürchten, daß der Kampf um den Panzerkreuzer schwierige Situationen schaffen wird und auch die Frage des Verfassungstages dürfte wenig Hoffnungsvolligkeit erwecken können. Nun ist die Feier des 11. August kein Eckstein eines proletarischen Programms, aber die Haltung der nunmehrigen Regierungsparteien zu dieser Frage wird symptomatisch sein für die Möglichkeiten dieses Kabinetts der verschiebten Großen Koalition.

„Er macht sich stark“, so lautete ein während der letzten Wochen geprägter Ausdruck im Wörterbuch des Parlaments. Hoffen wir, daß sich auch die sozialdemokratische Fraktion stark machen möge, um die Vorstöße der bürgerlichen Koalitionspartner abzuwehren, damit nicht die vermeintlichen Führer in die Rolle des Geführten abgedrängt und die Unterlegenen vom 20. Mai über die Sieger triumphieren werden. Wir haben gewarnt.

## Die Vorsitzenden der Reichstagsausschüsse

II Berlin, 28. Juni.

Die Vorsitzenden der großen Ausschüsse des Reichstages sind jetzt von den zuständigen Fraktionen bestimmt worden. Danach wird Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Abgeordnete Dr. Brechtfeld (Soz.), Vorsitzender des Hauptauschusses Abgeordneter Heimann (Soz.) und Vorsitzender des Volkswirtschaftlichen Ausschusses Simon-Franke (Soz.). Den Vorsitz des Steuer Ausschusses wird der Abgeordnete Oberfahren (Dnl.) übernehmen. Desgleichen wird der Vorsitz des handelspolitischen Ausschusses und des Geschäftsordnungs Ausschusses durch deutschnationalen Abgeordnete befehligt werden, die in der nächsten Sitzung der deutschnationalen Fraktion gewählt werden. Den Vorsitz des Reichsausschusses übernimmt Abg. Dr. Kahl (DVP.). Der Vorsitzende des Bildungsausschusses wird von den Sozialdemokraten gestellt werden.

SPD Die kommunistische Reichstagsfraktion hat den Abgeordneten Höllein als Vorsitzenden für den Wohnungsausschuss und den Abgeordneten Torgler als Vorsitzenden für den Beamtenausschuss vorgeschlagen.

## Der Bierwarr bei den Deutschnationalen

Neues zum Fall Lambach

II Hannover, 28. Juni.

Vom Kreisverein Hannover der Deutschnationalen Volkspartei wird mitgeteilt: „In der Presse ist eine Rundgebung des Angeklagtenauschusses Hannover der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht, die sich mit dem Fall Lambach beschäftigt und sich hinter Lambach stellt. Ohne zum Fall Lambach selbst, der Gegenstand der Parteivertretung in Berlin am 8. Juli sein wird, Stellung zu nehmen, muß folgendes festgestellt werden: Die Einladung zur Vorstandssitzung des Angeklagtenauschusses ist erst am Mittwochmittag zum Mittwochabend erfolgt. Die Parteiführung ist von dieser Sitzung nicht verständigt worden. Die Sitzung ist von zwei Personen besucht gewesen, konnte also formell keine Entscheidung fassen, selbst wenn, was glaubhaft ist, eine große Anzahl der Mitglieder sich hinter die Entscheidung stellen. Die Entscheidung hat bereits um 11 Uhr abends im hannoverschen Kurier gestanden, ist also der gegnerischen Presse mit großer Schnelligkeit zugeleitet worden, ohne um ihr vorher der eigenen Parteiführung Mitteilung zu machen. Mit der Veröffentlichung dieser Rundgebung haben sich die beiden Mitglieder des Angeklagtenauschusses außerhalb der Sitzungen der Partei gestellt.“

## Poincarés folgliche Mehrheit

Die Kammer lehnt die Enthaltung der Elsäßer ab

SPD Paris, 28. Juni.

Am Donnerstag brachten elsfässische Abgeordnete den Antrag auf Freilassung ihrer Kollegen Riddin und Roffé wieder ein. Der Justizminister erklärte sofort, daß für die Regierung noch die gleichen Gründe zu dem Antrag auf Vertagung beständen wie er sie bei der ersten Vertagung des Antrages dargestellt habe. Auch diesmal werde sie die Vertrauensfrage stellen.

Darauf entspann sich eine Diskussion zwischen dem kommunistischen Abgeordneten Berthon und dem Kammerpräsidenten Bouillon. Berthon nannte das von der Regierung gestellte Verlangen auf Vertagung inkonstitutionell, während der Kammerpräsident es als vollkommen in der Regel bezeichnete. Jetzt bezieht der Abgeordnete Walther die Tribüne. Er erklärte, die überwiegende Mehrheit der Elsäßer erwarte nunmehr die Freilassung der beiden Abgeordneten. Heute stehe das Proletariat Frankreichs auf dem Spiele, und wenn die Regierung nicht bald die Haftentlassung anordne, so würde sich der Elsäßer eine maßlose Erbitterung bemächtigen. „Man verhindert uns, auf dieser Tribüne zu sprechen“, schloß Walther seine Ausführungen, „so werden wir an anderer Stelle sprechen.“ Der sozialistische Abgeordnete Frohl gab seinen Bedauern darüber Ausdruck, daß die Debatte wieder vertagt werde. Die Sozialisten hätten noch keine Gelegenheit gehabt, zu der Frage von Grund auf Stellung zu nehmen. Der Abgeordnete Reibel forderte, die Regierung solle der Debatte freien Lauf lassen, damit bewiesen werde, daß das Elß französisch sei. Der elsfässische Redner, der Abgeordnete Nahet, bezeichnete die Verlängerung der Inhaftierung von Riddin und Roffé als die Scheidung zwischen Frankreich und dem Elß, während der Sozialist Grumbach erklärte, der Ministerpräsident werde zur Entspannung der Lage außerordentlich viel beitragen, wenn er die Vertagung abgebe, daß die Debatte über das Elß noch vor dem Ende der Session stattfinden könne. Die Kammer lehnte den Antrag schließlich mit 420 gegen 150 Stimmen ab.

## Die Vertrauensformel gefunden

WB Paris, 28. Juni.

Ministerpräsident Poincaré hat der Tagesordnung seine Billigung erteilt, die die radikale Linke, Gruppe Loucheur, zum Abschluß der Debatte über die Politik der Regierung in der Kammer einbringen wird. Diese Tagesordnung lautet: Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie ihr Programm in vollster Eintracht durchzuführen wird. Die Kammer lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über. — Damit ist die von linksradikaler Seite vorgeschlagene Tagesordnung, für die die Regierung sich den Morgenblättern zufolge entschieden haben sollte, hinfällig geworden.

## Die Herrscher über die öffentliche Meinung

Mit der Eröffnung der „Presse“ in Köln tritt die Technik und Bedeutung der Presse mehr als sonst in den Vordergrund. Aufgabe der sozialistischen Arbeiterpartei ist es, ihren Gegner, also auch die bürgerliche Presse, kennenzulernen. Wir wissen: der Staat ist der Ueberbau der Gesellschaft — wir wissen aber oftmals nicht, daß die Presse das Gewissen der Gesellschaft ist. War zu früheren Zeiten die Kirche der mächtigste Stützpunkt der herrschenden Klasse, so dürfte jetzt im modernen Staat an deren Stelle immer mehr und mehr die jüngste Großmacht — die Presse — mit ihrer die öffentliche Meinung vermittelnden und sogar beherrschenden Tätigkeit treten. Die Konzentration des Kapitals, die nicht halt vor der Grundrente macht, die Weltkonzerne wie den V.G. Kerbrant und Stahltrust schafft, ergreift jetzt auch die Presse. Wie lange wird es noch dauern, und die Pressekonzerne werden auch die künstlich gesteckten nationalen Grenzen sprengen.

In England,

dem Mutterlande der formalen Demokratie, gilt als Regierungsorgan die London Times, eine Zeitung, die sich dem jeweiligen Regierungskurs anpaßt. Ihr Besitzer ist Lord Walter. Der mächtigste Konzern der Presse in England ist aber der Konzern der Gebrüder Bery. Ihr Kapital stammt aus Reedereiunternehmen und aus der Kohlen- und Eisenindustrie. Der Konzern verfügt über die drei größten Londoner Zeitungen, darunter die Sunday Times, sowie weitere 123 Zeitungen der Provinz und Zeitschriften. Die Gruppierung des Konzerns zeigt die starke Verflechtung desselben mit dem Industriekapital:

Gruppierung des Konzerns 1925.

Zahl der Gesellschaften	Kapital in Pfund Sterling
Kohle, Eisen, Stahl	27 703 938
Chemie	1 440 790
Transportindustrie	2 087 814
Versicherungen	211 715
Finanzinstitute	2 969 806
Kraftwerke	4 814 048
Textilfabriken	12 654 564
Zeitungen und Verlage	2 687 421

Der älteste englische Zeitungskonzern ist der von Lord Northcliffe, der nach einer Krise im Jahre 1922 eine ganze Anzahl Zeitungen an Lord Rothermere verkaufen mußte, so unter anderem auch die Londoner Daily Mail, die durch den gefälschten Sinowjew-Brief anlässlich der letzten englischen Parlamentswahlen in aller Welt bekannt wurde und heute faschistisch-militaristische Interessen vertritt. In enger Verbindung mit Rothermere steht Beaverbrook. Der Daily Express, das Hauptorgan des Konzerns von Lord Beaverbrook, vertritt die Interessen der Schlotbarone. Der Beaverbrook-Konzern besitzt daneben noch eine ganze Anzahl englischer Provinzzeitungen sowie bedeutenden Einfluß in der USA- und Kanada-Presse und der amerikanischen Papierfabrikation. Das führende Blatt der englischen Liberalen ist die bis 1926 von Lloyd George geführte The Daily Chronicle, die jetzt einer indischen Handelsgesellschaft gehört, hinter der der ehemalige indische Bischof Lord Reading steht. Der gleichfalls liberale Manchester Guardian führt einen lauen Kampf gegen die kapitalistisch-imperialistischen Pressekonzerne der Bery, Rothermere, Beaverbrook und Northcliffe, aber nur, um die Interessen der Textilindustrie, die im Freihandel liegen, zu vertreten.

In den Vereinigten Staaten

haben wir es mit einer Presse zu tun, die teils aus der englischen existiert und teils mit der englischen verbunden ist, wie wir aus dem Beispiel mit dem Beaverbrook-Konzern gesehen haben. Der bekannteste amerikanische Pressekonzern ist der von William R. Hearst, der mit seiner imperialistischen New York American und seinen weiteren 47 Tageszeitungen sowie der weltumspannenden Nachrichtenagentur (die zirka 2100 Zeitungen der USA allein versorgt) als der mächtigste der Welt zugleich gilt. Seine Presse führt und fördert dauernd die Expansionsgelüste der Kapitalisten der USA und hatte großen Anteil an den Konflikten in Kuba und neuerdings in Mexiko und Nicaragua. Die Interessen des USA-Finanzkapitals werden durch die sich liberal gebärdende New York Times vertreten, während die der Montanindustrie durch den von Gordon Bennett gegründeten The New York Herald, der als das gewissenloseste Sensationsblatt Amerikas gilt, vertreten werden.

In Frankreich

haben wir wohl die korruptiertere und heftigste Presse der Welt. Die Spitzenleistungen dieser Art vollbringt wohl der dem Parfümfabrikanten Coty gehörende Le Figaro, dessen Handelsteil z. B. für zirka 200 000 Frank an die Pariser Bank-Privatinteressen der Banque Parissienne verpfändet wurde. Die Inter-

essen der Montanindustrie werden durch das Le Petit Journal vertreten, hinter ihm steht der bekannte Industrielle und Politiker Loucheur. Kürzlich erst ging ein Bericht über einen Prozeß gegen das ehemalige sozialdemokratische, jetzt kommunistische Zentralorgan Humanité durch die internationale Presse, wonach auch diese Arbeiterzeitung ihren Inseratenmarkt verkauft hatte, und es gilt in Frankreich als durchaus selbstverständlich und natürlich, daß derartige Geschäfte von der Presse gemacht werden.

In Deutschland

beginnt die Konzentration der Presse gleichfalls Fortschritte zu machen. An erster Stelle steht der nationale Hugenberg-Konzern, der ausgehend vom Scherl-Verlag, den er mit einem Kostenaufwand von 7 106 500 Mark erwarb, der bedeutendste Deutschlands ist. Seine Stärke liegt darin, daß er neben der Presse auch noch durch Zeitschriften, Radio und Kino die öffentliche Meinung beherrscht und durch sein Korrespondenzbureau (K), seine Maternzentrale, seine Zeitungs-Darlehensbank usw. über 1600 deutsche Zeitungen mehr oder weniger geistig und finanziell an sich fesselt. Die beiden nächstgrößten Pressekonzerne sind die von Ullstein und Mosse begründeten. Zum letzteren gehören z. B. die Zeitungen: Berliner Tageblatt, Berliner Volkszeitung, Berliner Morgenzeitung, 8-Uhr-Abendblatt usw. Zum Ullsteinkonzern gehören neben einer ganzen Reihe von Zeitschriften wie der Berliner Illustrierten, Uhu, Die Kocasse, Fridolin und Die Dame, die Tageszeitungen B 3 am Mittag, Berliner Allgemeine Zeitung, Volkische Zeitung, Die grüne Post, Morgenpost usw. Dann gibt es eine ganze Reihe Konzerne der Provinzpresse, z. B. der Bayerischen Zeitungsbund, der neben der Niesbader wöchentlichen Zeitung noch 16 andere Zeitungen erfaßt; den „Verb“ (Verband oberfränkischer Zeitungsverleger) mit 19 Zeitungen. Die Zentrumspartei hat eine ganze Reihe derartiger Konzerne, deren größter die „Jeno“ (Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschlands) ist, die unter Führung des bekannten Zentrumspolitikers und -industriellen Käßner steht. Ich erspare mir die Aufzählung der weiteren kleinen Zeitungskonzerne und Interessengemeinschaften und lasse aus die Zusammenziehung der deutschen Presse nach politischen Gesichtspunkten zergliedert folgen, die einer Auflistung des Seminars für Zeitungskunde an der Hamburger Universität entstammt: Am Ende 1927 zählte die deutsche Presse insgesamt 3252 Zeitungen:

Parteilos	1578 = 48,6 Prozent
Sogenannte amtliche	197 = 6,1
Nationale	341 = 10,5
Zentrum	315 = 9,7
Sogenannte bürgerliche	164 = 4,7
SPD	155 = 4,7
Bayerische Volkspartei	104 = 3,2
Demokraten	111 = 3,4
Deutschnationale Volkspartei	85 = 2,6
Deutsche Volkspartei	62 = 1,9
Liberal (?)	56 = 1,7
Katholisch	38 = 1,0
KPD	34 = 1,0
Völkisch	15 = 0,5
Nationale Minderheiten	12 = 0,4

Schon diese Zahlen zeigen deutlich die Schwäche der proletarischen Presse gegenüber der bürgerlichen. Noch trister wird das Verhältnis, wenn wir die Auflagesiffern miteinander vergleichen könnten. Auch unsere Parteipresse folgte dem Zuge der Zeit, sie ist vom Parteivorstand seit 1927 in der Dachorganisation „Konzentration U.G.“ zusammengefaßt. Laut Bericht des Parteivorstandes verfügt die Partei über 188 Zeitungen. (Die Differenz dieser Zahl mit der oben angeführten Statistik stammt wahrscheinlich daher, daß ein Teil der Kopfschlätter nicht gerechnet wurde.) Von den 188 Parteizeitungen sind 60 Kopfschlätter, wie z. B. die Volkszeitung für das Müritental von der Leipziger Volkszeitung. 179 Parteizeitungen werden in eigenen Druckereien hergestellt.

Am 31. Dezember 1927 betrug die Zahl der Bezüher der sozialdemokratischen Presse 1 188 401. Die Verteilung der Leser der Parteipresse auf Einwohnerzahl, SPD-Wähler und Parteizugehörigkeit verhält sich wie folgt:

auf 100 Einwohner	auf 100 SPD-Wähler	auf 100 Parteizug.				
Ende 1925	Ende 1927	Ende 1925	Ende 1927			
in ganz Deutsch-	1,86	1,95	14,25	15,23	185	187

Reklame: Diese Zahlen beweisen, daß nach wie vor für den Aufbau und Ausbau der sozialistischen Presse getan werden muß. Darum auf, an die Arbeit, oder wie der Genosse Bruno Schönlank, der verlorene Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, in seinem Vorwort zu den Erklärungen des Exjurter Programms sagte: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ autax.

## China

II London, 28. Juni.

Wie aus Tschangschä gemeldet wird, hat sich die Armee des Generals Tschenschien gegen die Hanfauer Kontrolle aufgelegt und ist in die Provinz Kiangsi einmarschiert. Tschangschä soll auf der Durchreise nach Peking in Sanktau eingetroffen sein.

## Vor einer Spaltung der Kuomintang

II Peking, 27. Juni.

Wie aus Nanking gemeldet wird, droht in der Kuomintang eine Spaltung zu entstehen. Die Kwangsi-Gruppe der Partei hat Einspruch gegen das Vorgehen Tschangschäts und Tzeng erhoben und verlangt, daß die Parteileitung die Generale unter Aufsicht von Kommissaren stelle. Auf dem am 15. Juni stattfindenden Kongreß der Partei wird das Plenum zu entscheiden haben, ob die Partei als ein Ganzes bestehen bleibt; oder ob sie sich spaltet. Der Vorsitzende der Nanking-Regierung, Tzeng, hat der Presse gegenüber geäußert, daß die Kwangsi-Gruppe sich der Parteileitung werde fügen müssen, andernfalls sie ausgeschlossen werden wird.

## Amerikanische Truppen bleiben

II Tokio, 29. Juni.

Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Seestreitkräfte in China, Admiral Bristol, hat der japanischen Telegraphen-Agentur Tokio erklärt, daß die amerikanische Regierung beschlossen habe, ihre Truppen aus China nicht zurückzuziehen. Die amerikanischen Truppen müßten zum Schutze der amerikanischen Staatsangehörigen in China bleiben.

II Der Außenminister der Nanking-Regierung, Dr. Wang, hat Vertretern der chinesischen Presse erklärt, daß in der nächsten Zeit die diplomatischen Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion vollkommen wiederhergestellt sein werden.

Das Berliner Tageblatt meldet aus Paris: Der Präsident der Republik hat auf Vorschlag des Justizministers Barthou den Baron Jörn von Bulach begnadigt. Jörn von Bulach hat heute nachmittag das Gefängnis von Stragburg bereits verlassen.

## Abbau der Demokratie in Irland

SPD London, 28. Juni.

Das irische Parlament beschloß am Donnerstag in einer überaus stürmischen Sitzung mit 60 gegen 47 Stimmen, aus der Verfassung des irischen Freistaates das Recht auf Volksinitiative und Referendum zu streichen. Die Verfassungsänderung wurde besonders von den Mitgliedern der Fianna Feil, der nationalistischen Partei, befürwortet, deren Sprecher darauf hinwies, daß die Verfassungsänderung zu einer Explosion führen würde, da sie das Volk der Möglichkeit beraube, direkt in die Gesetzgebung einzugreifen.

## Neue Verhaftungen in Sowjetrußland

II Kowno, 27. Juni.

Nach Moskauer Meldungen hat die GPU im Gouvernement Lwow zwei Ingenieure und zwei Techniker verhaftet, die beschuldigt werden, wesentlich falsche Generatoren in Schweden bestellt zu haben. Die Verhafteten sind nach Moskau gebracht worden.

## Venizelos stürzt das Kabinett

II Berlin, 29. Juni.

Die DWZ meldet aus Athen, Venizelos habe am Donnerstag unerwartet eine Kabinettskrise herbeigeführt, die angeblich mit den Unstimmigkeiten zwischen der Nationalbank und der neuen Emissionbank zu erklären sein sollen. Der Staatspräsident habe die Demission des Kabinetts entgegengenommen. Das neue Kabinett soll Venizelos bilden. Es sind Kammerauflösung und Neuwahlen zu erwarten.

Die Tägliche Rundschau meldet: Der Gesundheitszustand Tschischerins hat sich derartig verschlechtert, daß er den deutschen Botschafter in Moskau nicht empfangen konnte. Tschischerin wird Ende Juli in ein deutsches Bad fahren. Sein in Urlaub befindlicher Gehilfe Litwinow ist eilig nach Moskau zurückberufen worden.

## Vom Tage

Der Generaloberst v. Seede ist vor einiger Zeit als Chef der Heeresleitung pensioniert worden, obwohl er in Wirklichkeit Jahre hindurch Reichswehrminister der deutschen Republik war. Die Pensionsstellung gibt ihm Zeit, sich als Propagandist in militärischen Dingen und für Kriegsvorbereitungen zu geben. Er schreibt fleißig Artikel und hält Vorträge. Am Dienstag sprach er in München auf Einladung eines „afademischen Klubs“ über das Thema „Berufsheere oder Volkshere“. Natürlich sprach sich der Generaloberst für beides aus. Obwohl er die Massenheere in dem nächsten Kriege nicht als den entscheidenden Faktor ansieht, hält er doch die völlige Militarisierung des Volkes für notwendig. Ein Berufsheer aber erfordert die rasende Entwicklung der Kriegstechnik. Nur langjährig und systematisch ausgebildete Truppen werden sie so vollständig beherrschen, wie das für einen Erfolg im Kriege Voraussetzung ist. In diesem Sinne vertritt er die These, die „Masse muß durch den Wert ersetzt werden. Es sind kleine bewegliche hochwertige Heere notwendig, die Sicherung durch das Friedensheer muß den Bedürfnissen entsprechen.“ Da aber die andere Voraussetzung für den Erfolg die Kriegsbereitschaft des ganzen Volkes ist, will Seede, daß „das Volk vorbereitet sein muß, seine ganze Kraft im Kampfe um sein Dasein einzusetzen“. Natürlich nur für Sicherheit und Verteidigung. Und zur Verteidigung des Vaterlandes muß jeder Waffenfähige vorbereitet sein. Daneben als Vorbedingung: gründliche lange Ausbildung des Berufsheeres, „also Berufsheer und Volkshere, und zwar ein der Größe und dem Bedürfnis des Landes angepaßtes Berufsheer mit langer Dienstzeit, möglichst aus Freiwilligen bestehend, dazu ein System allgemeiner Wehrpflicht, militärische Jugendberziehung mit dem Ziel körperlicher Ausbildung“.

Uns scheint, daß das Programm des Herrn Seede in der Reichswehr schon realen Bestand hat und eben darum ist die Rede des Herrn Seede und das, was sie enthält, ein neuer Beleg dafür, daß es ja sich ist, von der völligen Abrüstung Deutschlands zu sprechen und von der Wertlosigkeit der Reichswehr im Kriegsfalle. Denn auch von den übrigen Vorbereitungen und Voraussetzungen, von denen der General spricht und schreibt, sind in Deutschland schon eine ganze Reihe erfüllt. Und daß jetzt unter dem General Gröner schwarze goldene Reichswehrpolitik zu dem Zweck gemacht wird, die Arbeiterklasse im militärischen Sinne der Bourgeoisie zu beeinflussen, ist kein Geheimnis mehr. Gröner wird künftig beweisen, daß ihm lieber als schwarze rote Paraden eine Einheitsfront zwischen der Reichswehr und der Arbeiterschaft ist, die ja im kommenden Kriege der Reichswehr nicht feindselig gegenüber stehen darf. Nur werden mit alledem, um diese Einheitsfront nie, nie zustande kommen zu lassen.

Die Stadt Löwen, 20 Kilometer von Brüssel entfernt, macht wieder von sich reden. Vor wenigen Monaten erst mußte sich ihr Bürgermeister gegen die lügenhaften Darstellungen wehren, die im Untersuchungsausschuß des deutschen Reichstages über die Vorgänge in der Stadt im August 1914 gemacht worden waren. Löwen wurde damals bekanntlich von den deutschen Truppen auf einem Teil sinnlos zerstört, angeblich, weil Einwohner auf Soldaten geschossen hatten. Dieser Frankfurterkrieg ist aber ebenso ein Produkt der Angstphobie gewesen, wie der in den meisten anderen belgischen Orten auch. Inzwischen ist, wie überall, so auch in Löwen der größte Teil der Stadt wieder aufgebaut. Auch die berühmte Bibliothek, die der Brandstiftung zum Opfer fiel, ist an einer anderen Stelle wieder errichtet worden. Um sie geht jetzt der Streit. Der amerikanische Architekt, der den Bau ausgeführt hat, besteht auf der Anbringung einer Inschrift, die feinerzeit im Entwurf vorgelesen

war und die daran erinnert, daß die Deutschen die Zerstörer der Bibliothek gewesen sind. Die Belgier, vor allem der Rektor der Universität und die Regierung, wollen von der Inschrift nichts mehr wissen. Sie meinen, daß es genug Ausschreitungen des Hasses gegeben hat und fürchten, daß die Inschrift immer von neuem eine feindselige Stimmung gegen alle Deutschen erzeugt. Das wollen sie verhindern und deswegen wurde die Nichtanbringung der Inschrift beschlossen. Der Architekt aber besteht darauf. Er hat vor mehreren Tagen die Riesenbuchstaben vor dem Neubau anfahren lassen, so daß dem Rektor der Universität nichts anderes blieb, als die Polizei zu Hilfe zu nehmen und die Inschrift forttransportieren zu lassen. Inzwischen hat der Streit die nationalitäre Meute mobilisiert, Studenten und anderer Pöbel demonstrieren und wenden sich erregt gegen alle die, die die Inschrift jetzt preisgeben wollen. Die nationalitäre Welle geht hoch; eine Meldung berichtet, daß jetzt mehr Polizeiträfte und selbst Militär bereitgestellt werden sollen, um weitere Ausschreitungen zu verhüten.

Der Vorgang scheint uns deswegen bemerkenswert, weil es in Deutschland noch immer Schandmänner des Krieges und des Hasses in großer Zahl gibt und weil es wohl noch kaum vorgekommen ist, daß nationalitäre Ausschreitungen gegen einen sogenannten ehemaligen Feind mit der gleichen Entschlossenheit unterdrückt worden sind. Wobei man außerdem noch bedenken muß, daß eine brutale und erpresserische Militärdiktatur in Belgien während des Krieges wirklich viel berechtigten Haß gegen das alte Deutschland geweckt hat.

## Wisjuddis Rücktritt

Der plötzliche Rücktritt des Marschalls Wisjuddi von der polnischen Ministerpräsidentenschaft und die überraschende Umbildung des Kabinetts sind in aller Stille unter Ausschaltung jeden Einflusses des Parlaments und der Parteien vor sich gegangen. Da die maßgebenden Stellen strengstes Stillschweigen bewahren, ist die polnische Presse, die offiziell nicht ausgeschlossen, völlig unorientiert über die Beweggründe, die Marschall Wisjuddi bewegen haben mögen, die Ministerpräsidentenschaft aufzugeben. Verschiedene Blätter betonen, daß der Rücktritt Wisjuddis politisch so gut wie bedeutungslos sei, da er auch als Kriegminister die zentrale Persönlichkeit des Staats bleiben werde. Auch der sozialdemokratische Robotnik stellt fest, daß die jetzige Kabinettsänderung keinen Wechsel im Regierungssystem bedeute.

Die Presse beschäftigt sich besonders mit der Persönlichkeit des neu ernannten Unterrichtsministers Switalki, der als politischer Direktor des Innenministeriums bei der Organisation der Wahlpropaganda für den Regierungsbild die führende Rolle gespielt hat. Die Ernennung Switalkis wird dahin ausgelegt, daß das bisherige schlechte Verhältnis zwischen Regierung und Parlament nicht gebessert wird. Der Robotnik bezeichnet die Ernennung Switalkis als eine Kampfansage.

Kurzer Voranruf verbreitet die Nachricht, daß sich Marschall Wisjuddi entschlossen habe, zur Erholung für mehrere Monate einen ausländischen Kurort im Süden aufzusuchen. Die Abreise sollte schon in den ersten Tagen des Juli erfolgen. Sollte diese Information stimmen, so wäre das ein Hinweis dafür, daß in der jüngsten mehrwöchigen Erkrankung des Marschalls die Ursachen für die letzten politischen Ereignisse in Polen zu suchen sind. Im übrigen wird auch angebeutet, daß die jetzige Regierung nur ein Provisorium darstelle und für die Winter Session eine weitere Umbildung zu erwarten sei.

Biel erzählt wird jetzt in Warschauer politischen Kreisen die Entsendung einer militärischen Spezialmission nach Frankreich. Es begeben sich dorthin der Bischof des Generalstabs Kutrzeba und die Obersten Wieniawa und Gonziorowski. Nach einer Verton sollen diese Offiziere in Paris dem Einfluß des dort weilenden Generals Sikorski, eines Gegners Wisjuddis, entgegenwirken, der sich angeblich in französischen politischen Kreisen als der „kommende Mann Polens“ feiern läßt.

## Ägypten

London, 28. Juni.

Wie aus Kairo gemeldet wird, ist die ägyptische Kammer nach der Verlesung des königlichen Dekrets über die Ernennung des neuen Kabinetts auf einen Monat verlegt worden. Die Verlesung wurde von der Opposition mit stürmischen Beifallskundgebungen für den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Rasch Pascha begleitet.

Nach Meldungen aus Kairo hat die Wafd-Partei am Mittwoch einen Aufruf veröffentlicht, in dem die Nation darauf aufmerksam gemacht wird, daß erneut Feinde am Werke seien, die Rechte der Nation und ihre Freiheit zu untergraben. Das Dokument fordert die Bevölkerung auf, sich ruhig zu verhalten, die Reihen zu schließen und seinen Führern zu vertrauen. Der Abg. Ibrahim Bey Kaleb, der sich weigerte, den Aufruf zu unterzeichnen, wurde aus der Partei ausgeschlossen.

## Neue Kommunistenverschwörung aufgedeckt

Peking, 27. Juni.

Wie aus Nanking gemeldet wird, hat die chinesische politische Polizei in Swatau und Kanton eine neue kommunistische Verschwörung aufgedeckt. Es wurden 211 Personen, darunter auch ausländische Kommunisten, verhaftet, die bei den Garntrouppen eine Meuterei angestrebt haben sollen. Der Führer der Organisation, das Mitglied der Komintern, Ben Ko Tzy, ist in einem Auto geflüchtet. Die Kommunisten beabsichtigen, den Zug Tschiangkaihschek in die Luft zu sprengen. Sie sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

## Die Geheimnisse der Reichswehr

SWD In der dänischen Spionageaffäre sind außer dem dänischen Hauptmann Lembourn eine Stenotypistin Stegermann, sowie ein Mann unter dem Verdacht der Mitterschiff verhaftet worden.

Lembourn hat auf geradezu absurde Art versucht, hinter die Geheimnisse der deutschen Reichswehr zu kommen. Er traf eines Tages die Stenotypistin Stegermann in Berlin auf der Straße, sprach sie an, freundete sich mit ihr an und versuchte, nachdem er sich als Engländer namens Brown vorgestellt hatte, mit ihrer Hilfe seine Spionageaufgabe durchzuführen. Eines Tages legte er der Stegermann Fragen über militärische Dinge, besonders über Grenzbesetzungen, vor, die sie natürlich nicht beantworten konnte, weil sie nichts davon wußte. Sie zog einen Ausländer, der in ihrer Pension wohnte, ins Vertrauen, und der stürzte offenbar, um sich des Vertrauens würdig zu erweisen, in das Reichswehrministerium und richtete dort an einen Offizier die gleichen Fragen, die ihn von der Stenotypistin im Luftzuge des dänischen Hauptmanns vorgelegt worden waren. Die Sache ging an die Spionageabwehrstelle des Reichswehrministeriums. Als Lembourn dann von dem Vorgehen der Behörde gegen ihn erfuhr, verschwand er aus Berlin und kehrte nach Tondern zurück. Er wurde verhaftet, als er am Sonntag mit einer Reisegesellschaft auf dem Wege nach Flensburg war.

In den Wandelgängen der Kammer kam es heute nachmittag zu einem Zwischenfall zwischen zwei in Oran gewählten Abgeordneten. Der Bürgermeister von Oran, Koffe, wurde von einem anderen Gruppe angehörenden Abgeordneten, mit dem er in Streit geraten war, geohrfeigt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

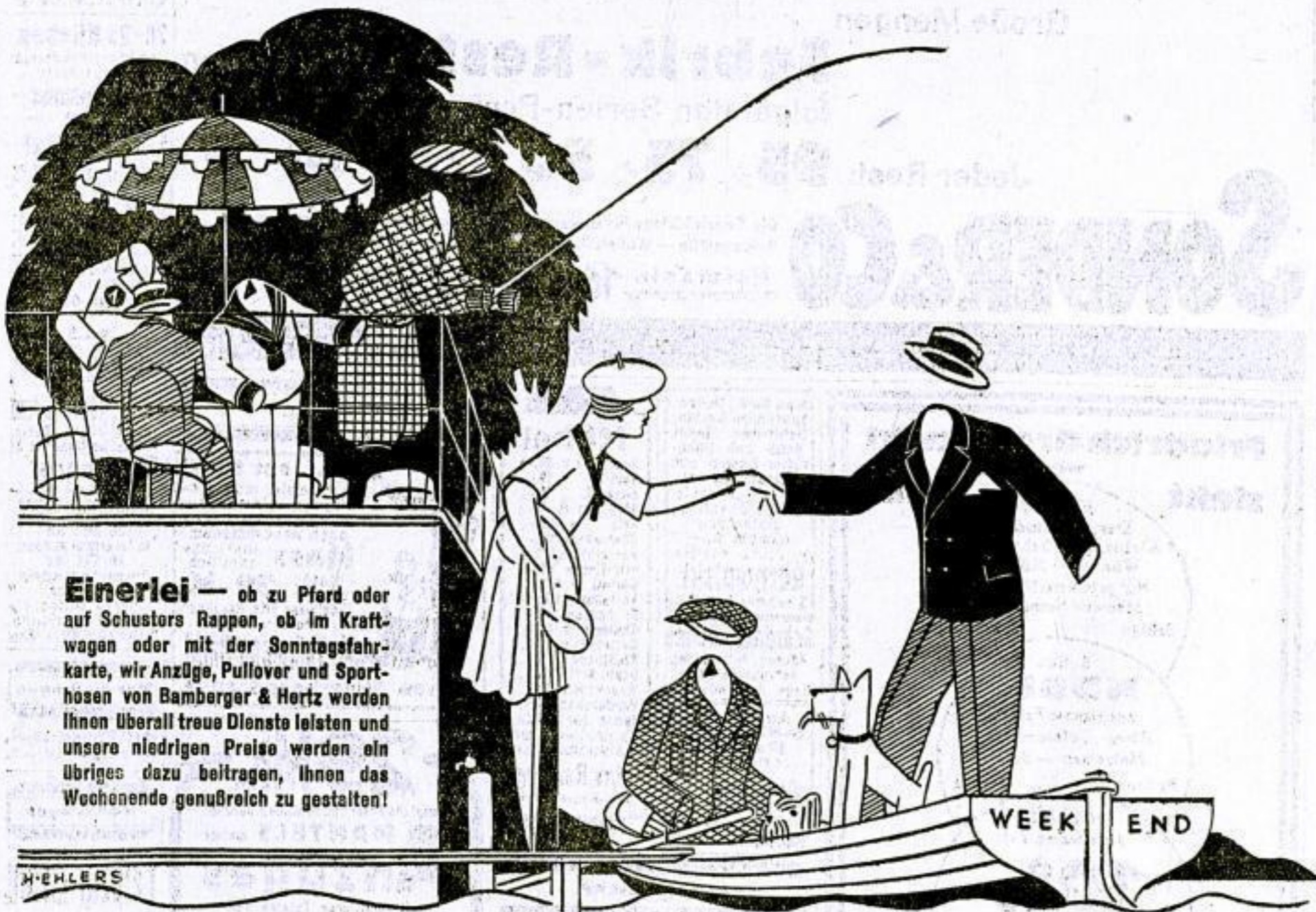
Kurt Günzher in Leipzig.

Verantwortlich für den Interaktiven Teil:

Hugo Seyffarth in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 18 Seiten.



**Einerlei** — ob zu Pferd oder auf Schustors Rappen, ob im Kraftwagen oder mit der Sonntagsfahrkarte, wir Anzüge, Pullover und Sport-hosen von Bamberger & Hertz werden Ihnen überall trauere Dienste leisten und unsere niedrigen Preise werden ein übriges dazu beitragen, Ihnen das Wochenende genußreich zu gestalten!

## Herren-Anzüge

ein- und zweireihig, aus gut. Cheviot- u. Kammgarnqualitäten, aus Gabardin oder Whipcord, in modernen lebhaften oder ruhigen dunklen Farben und Musterungen, einwandfrei verarbeitet  
**38.- 48.- 58.- bis 165.-**

## 4teil Sport-Anzüge

mit einer lang. Umschlaglose f. Straße u. Alltags- u. einer flott. Knickerbocker für Sportplatz u. Reise, aus modern. strapazierfähig. Cheviot- u. Homespunstoffen  
**58.- 68.- 75.- bis 180.-**

## Herren-Pullover

mit u. ohne Kragen oder in der neuen beliebt. Lumberjackform z. Knöpfen, in modernen bunt. Farben u. Musterungen, auch einfarbig oder in sich gemustert  
**15.- 18.- 25.- bis 28.-**

## Flanell-Hosen

aus weißem, grauem, zimt- und beigefarbigem Flanell, einfarbig oder gemustert, mit Rundbund, Gurtschlaufen, Gesäß- u. Uhrtaschen, in flatter Paßform  
**15.- 18.- 25.- bis 38.-**

## Herr. - Sporthosen

in Knickerbocker- od. Breechesform mit Rundbund, Gurtschlaufen, doppelten Knöpfen, zwei Gesäßtaschen und einer Uhrtasche aus haltbaren Cheviots, Cords oder Whipcords  
**11.- 15.- 18.- bis 31.-**

# BAMBERGER & HERTZ

Windmühlenstraße 4-12

### Wäsche, Weißwaren

Damenhemden ringsherum mit Spitze	95
Dam.-Nachthemden mit farbigen Kragen	2 85
Büstenhalter in vieler Farben sortiert	85
Badeanzüge für Kinder bis ca. 12 Jahre	75
Badehauben hübsch garniert, aus Gummi	40 und 25
Schwimmkappen guter roter Gummi	85
Klöppelspitze mit, ca. 3 bis 8 cm breit Meter	15 10
Taffetbänder in allen Farben, ca. 8 cm breit Meter	48
Bindekragen Voile, glatt o. m. Spitze garn. 1.35 u.	90

### Putz, Modewaren

Baskenmützen schwarz und farbig, für Damen	95 und 68
Baskenmützen in besserer Ausführung, ohne Naht, für Damen	2 295 und 2 95
Kleine flotte Hüte mit farbiger Bauschleife garniert	2 250
Florentiner Glocken mitiert, sehr fest, mit Band und Blumentüll	5 550 und 8 50
Kleidsame Frauenhüte m. breit. Krempen, hübsch garn. 4.90 u.	3 390
Elegante Damenhüte Exotenstoffe, sehr floll u. dick garn.	8 850
Damen-Pullover Kunstseide, in vielen Farben	3 395
Damen-Jacken mit Kragen und Besatz	4 495
Kinder-Pullover i. viel. Farb., je n. Gr. 4.90 4.50 3.90	3 350

### Kleider, Waschstoffe

Kleider aus Kunstseide nur neueste Must. mit u. ohne Ärmel, auch große Nummern	10.75 8.75 4 90
Vollvoile-Kleider groß-gehl. o. m. Bordüre, viele Art.	12.75 9.75 6 75
Kleider aus Honanseide sehr schick und modern mit Gürtel in wunderbaren Farben	18 1850
Crêpe-de-Chine-Kleider reine Seide, Punktmuster mit 2 und 3 Reihen Volants	22 2250
Waschmusseline in vielen Mustern	48 48
Indanthrenstoffe sehr kräftige Qualität	78 78
Jacquardkunstseide in vielen leuchtenden Farben Meter	95 95
Vollvoiles große moderne Blümmenmuster Meter	125 125
Crêpe de Chine Kunstseide, alle Farben	2 295

### Strümpfe, Trikotagen

Damen-Strümpfe mit verstärkter Ferse und Spitze Paar	38 38
Kunstseid. Strümpfe II. Wahl oder imit. Mako	75 75
Seidenflor-Strümpfe auch künstliche Waschseide, in vielen Farben	95 95
Waschseid. Strümpfe II. Wahl Laglan. m. Naht. Farb. Paar	1.95 1 45
Bembergseid. Strümpfe in verschied. Qualitäten, gr. Farben-Auswahl	2 295
Herrensocken einl. u. bunl. gemust. Paar	75, 45 und 32 32
Flor- u. kunstseidene platt. Herrensocken in vielen mod. Mustern	1.65, 1.45 und 1 125
Schluphosen farbig Trikot, gute Qual. für Damen	1.15 u. 95 95
Kunst. Schlüpfer I. Dam. i. Viel. schönen Farb.	1.95 u. 1 165

**Leihbibliotheksbücher**  
viele Hunderte v. Bänden, Novellen, Romane usw. . . . . Stück **40**

**Kopierbücher**  
500 Seiten stark, m. Register, gutes halbfreies Papier, mit Lederrücken . . . . . Stück **1 95**

**Bulgarenblusen**  
auf weißem Voile, vorgezeichnet, zum Aussticken . . . . . Stück **3 90**

**Bulgarenblusen**  
aus weißem Voile, fertig genäht und vorgezeichnet . . . . . Stück **4 90**

**Kinderkleidchen**  
auf weiß Voile vorgezeichnet, zum Aussticken . . . . . Stück **1 95**

**Oberhemden**  
mit Kragen, gefalteter Brust, gutem Perkal . . . . . Stück **2 95**

**Herrenkragen**  
steif, moderne Steh-Umlege-Form 3 Stück 1.35 . . . . . Stück **48**

**Leipziger Bierstube**  
Windmühlenstraße 45  
**Engelhardt Spezialauschank**  
Großes Glas 35,- Kleines Glas 20,-  
Spez.: H. Gattorischlessein 75 Pf.  
außer billiger Mittags- u. Abendtisch  
Kein Bedienungsgeld!  
Heute: Großes Schlachtfest

**Central-Lichtspiele**  
L.-Lindenu, Gundorfstr. Straße 11  
Freitag bis Montag! Nur 4-Tage!  
**Harry Piel**  
in seinem neuesten Großfilm  
**Mann gegen Mann**  
10 ungeheuer spannende sensationelle Akte  
Sowie  
das große Lustspielprogramm

**Bertram, Köhnic**  
Vornaische Straße 105  
Kolonialwaren \* Feinkost  
Kaffee, Tee, Kakao, Weine  
Jeden Freitag **Schlachtfest**

**Fahrradzubehörteile!**  
  
Laufdeck M. 2.90, Luftschläuche M. 1.25, Ia M. 2 - Pump. M. 0.80, Glocken M. 0.32, Latern. M. 3 - Felgen M. 1.-, Schlauchreifen M. 7.50, Holzfelg. M. 4.-, Schutzbleche M. 0.80, Griffe M. 0.20, Sattel M. 3.-, Lenker M. 3.-, Pedale M. 2.50, Ketten M. 2.-  
Alle Ersatzteile für Freilaufnaben, Achsen, Conen, Schal., Zahnkränze, Kettenrad., Kurbohn, Schrauben etc.  
Größte Auswahl! Reparatur, an -II System, schnell - sauber - billig.  
Machen Sie einen Versuch!  
**Fritz A. Lange,**  
Tröndlinring 1, am Hauptbahnhof

**Gute Druckarbeiten**  
von der einfachsten bis zur modernsten, geschmackvollsten Ausführung in ein- sowie mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Private und Behörden, Handel und Gewerbe, auch Massenaufgaben (im Flachdruck und im Rotationsbetrieb hergestellt), bei äußerst billigster Preisberechnung  
**Leipziger Buchdruckerei AG**  
Leipzig C 1, Tauchaer Straße 19/21  
Fernsprecher Nr. 72206

**Bruno Heschke**  
Leipzig, Eisenbahnstr. 50  
Moderne nur solide Fußbekleidung in höchster Vollendung  
Schuhe für empfindliche Füße  
Sandalen a. Turnschuhe in großer Auswahl

Vom 29. Juni bis 7. Juli: Großer **Waschstoffrummel**  
zu verblüffend billigen Preisen  
Hier ein Beweis:  
**Künstl. Waschseide** wunderhübsche neue Muster, prima Druck, nur . . . . . **95**  
**Crepe de Chine** Künstl. Seide, zirkt 100 cm breit, nur . . . . . **1.95**  
**Musselin und Voile imit.** in vielen Dessins zirka 80 cm breit, nur . . . . . **65 48**  
**Zephir** echt Indanthren, einfarbig und gestreift, nur . . . . . **48**  
**Kaufhaus GEBR. FRIED**  
Windmühlenstraße 1-5

**Konsum- und Spargenossenschaft für Wurzen und Umgegend**  
Die Ablieferung der **Markenkartens** und **Mitgliedsbücher** erfolgt von Montag, den 2. Juli, bis Donnerstag, den 5. Juli, in den **zuständigen Verteilungsstellen**. Für die Mitglieder des **Bezirktes Wurzen** erfolgt die Abgabe an den gleichen Tagen von **8 bis 1 Uhr und 2 bis 3 Uhr im Kontor**. Wir bitten unsere Mitglieder, diese Zeit möglichst einzuhalten und die **Markenkartens** restlos abzuliefern. **Der Vorstand**

**Schuh-Lohr**  
Hallsches Tor 116 (am Hauptbahnhof)  
Bayrische Straße 12 (am Bayr. Bahnhof)  
Königsplatz 5 (früher Gelpcke)  
**Damen-Sandaleffen 7.80**  
in Leder . . . . . nur Mk.

**Bekanntmachung!**  
Ich gebe hiermit bekannt, daß ich das bisher unter der Firma **Kaufhaus Adler, Leipzig-Lindenu, Albertinerstraße 65** bestandene Geschäft ins **Eigentum** übernommen habe und solches unter meiner **eigenen Firma Porzellan-Sobel** fortführen werde.  
**Max Sobel**  
Inhaber der Geschäfte:  
**Halle a. d. Saale, Steinweg 3 / Steinweg 45 / Große Ulrichstraße 9**  
**Reißstraße 1 / Geiststraße 58 / Ammendorf / Bismarck und Cöthen**

**Die Gläubiger des Leipziger Bankvereins**  
werden zu einer Gläubiger-Versammlung für **Sonntag, den 1. Juli 1928, vormittags 10 Uhr**, im großen Saale des „Sanssouci“, Leipzig, Elsterstraße 12, hierdurch eingeladen.  
Die noch zugehende schriftliche Einladung gilt als Ausweis.  
Tagesordnung:  
**Bericht über den Sachstand.**  
Leipziger Bankverein A.-G.  
Der Treuhänder: Sauerbier.

**Gewerkschaftliche Anzeigen**  
Druckauschuss des A. D. G. B. Leipzig  
Volkshaus, Zeilher Straße 32, Fernruf 340 21

**Metallarbeiter**  
**Achtung! Urwahl! Achtung!**  
Sonntag, den 1. Juli 1928, von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, Urwahl der Delegierten zum Verbandstag in Karlruhe in folgenden Lokalen:

**Sentrum-Süd:**  
Volkshaus, Zeilher Straße (Bureau des D. M. V.)  
Posthöfchen, Querstraße  
Promenadenschloßchen, Promenadenstraße 31  
Stadt Borna, Connewitz, Vornaische Straße  
Börle, Dehlich  
Goldner Stern, Köhnic

**Osten:**  
Rothensleiner, Stöckerli, Papiermühlstraße  
Niederbach, Thonberg, Ecke Oswald- u. Stöckerliher Str.  
Grüne Aue, Unger, Bernhardtstraße 26  
Ungerischloßchen, Unger, Zweinaundorfer Straße  
Sophtenschloßchen, Neudörfel, Konradstraße 20  
Aron, Selterhausen, Wurzner Straße 79  
Gasthof, Stöck

**Norden:**  
Deutsches Haus, Schkeuditz  
Kasino, Quasitz  
Salzmühle, Wahren  
Carola-Restaurant, Mecklenburgstraße  
Nickau-Auschanke, Elsbethstraße  
Götschschloßchen, Eutritzsch  
Restaurant Hermannsruh, Mochau, Mochauer Straße  
Ratskeller, Lindenthal  
Nori pol, Wiederitzsch

**Westen:**  
Albartsburg, Alenjschocher, Gießersstraße  
Bürgergarten, Windorfer Straße  
Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstraße  
Zwei Linden, Plagwitz, Karl-Heine-Straße  
Stadt Altenburg, Lindenu, Markt  
Eiche, Eytzra  
Zur Grenze, Leubitz, Grenzstraße  
Wesend (Känich), Lühner Straße  
Grüne Aue, Böhlitz-Ehrenberg  
Restaurant Endstation, Großschöcher  
Volkshaus, Anaukleeberg

Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich an der Wahl zu beteiligen. Bei der Abstimung ist das Mitgliedsbuch, von Kranken oder Arbeitslosen die erhaltene Ausweisarte vorzulegen.  
**Die Ortsverwaltung.**  
Ausscheiden und in den Betrieben aushängen!

**Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig**  
**Gruppenversammlungen:**  
**Glafer.** Sonnabend, den 30. Juni, 19 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Bericht über die Reichstagsverhandlung 2. Gewerkschaftliches.  
**Zieleleger.** Sonnabend, den 30. Juni, 19 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tarifverhandlung 2. Gewerkschaftliches. Jährlichen Bericht erwarten. Die Zeitungen.  
**Achtung, Bauarbeiter-Jugend!** Die Jugendkollegen, welche Sonntag, den 1. Juli mit in die Dübener Seide gehen, müssen heute, Freitag, den 29. Juni, 18 Uhr, im Volkshaus sein.

Der Prozeß der Braun-Besitzer  
6 Monate Gefängnis für Philipp — Seifert  
freigesprochen

R. Um das Urteil gleich vorwegzunehmen: das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte in dem Braun-Besitzerprozeß den 24jährigen Schlächtergesellen Karl Philipp zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten und 2 Wochen Untersuchungshaft. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, eine Bewährungsfrist auf den Rest der Strafe in Aussicht gestellt. Der Angeklagte Seifert wurde freigesprochen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, daß das Gericht sich geteilt habe, politische Justiz zu üben. Es sei zu berücksichtigen gewesen, daß der Angeklagte Philipp keine Führertätigkeit gehabt habe, sondern Mittläufer gewesen sei und unter keinen Umständen aus egoistischen Motiven gehandelt habe. Wenn die Höchststrafe von vornherein ausgeschlossen schien, so konnte die Strafe auch nicht ganz gering ausfallen, da die Beteiligung des Angeklagten eine weitgehende gewesen und die hier verübte Verletzung der Staatsautorität mit zu berücksichtigen gewesen sei. Es hätte auch unter keinen Umständen dem Strafzweck entsprochen, den jungen Menschen zum Wärter einer politischen Bewegung zu stampeln. Aus all diesen Gründen sei eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten als ausreichend erschienen. Der Angeklagte Seifert habe mangels Beweises freigesprochen werden müssen. — Ein verständiges Urteil — der Antrag des Staatsanwaltes lautete für jeden der Angeklagten auf 1 Jahr Gefängnis.

Die Gerichtsverhandlung selbst war nicht uninteressant. Der 24jährige Philipp, ein feiner Berliner, viel jünger aussehend, gab seine Erklärungen knapp und lakisch, als bestünde er sich nicht vor Gericht, sondern in einem Freundeskreise. Er schien die ganze Sache von vornherein auf eine sehr leichte Schulter zu nehmen, als wolle er sagen, ich hab's eben mitgemacht und muß nun die Verantwortung tragen. Und das sagte er auch dem Gericht. Im übrigen hielt er natürlich mit der Wahrheit zurück. Etwa zwei Wochen vor dem 11. April, so erzählte er, hatte er an einer kommunistischen internen Versammlung teilgenommen. Da war auch von der Amnestie die Rede. Man sprach davon, daß, falls die SPD-Führer — natürlich, die bösen SPD-Führer sind an allem schuld — die Amnestie verhindern sollten und die politischen Gefangenen nicht herauskommen sollten, sie eben herausgeholt werden müßten. Philipp dachte aber hinterher nicht mehr an eine Gefangenendefreierung. Am dritten Osterfesttag traf er in der Grenadierstraße einen von den Genossen, der an jener Versammlung teilgenommen hatte und dessen Namen er nicht nannte. Dieser fragte ihn, ob er nicht an der Befreiung Brauns teilnehmen wolle. Er sagte zu und erhielt nun den Befehl, sich am nächsten Morgen etwa um 9 Uhr vor dem Kriminalgericht einzufinden. Hier traf er sechs Genossen und man bog sich ins Gerichtsgebäude. Auf dem Gange erhielt er einen Revolver; er überzeugte sich, daß dieser nicht geladen war. Alle Heben gingen direkt in das Zimmer des Untersuchungsrichters, er, Philipp, antwortete auf die Frage des Justizobersekretärs Schmidt, was sie wünschten, daß er es gleich sehen würde; dann wurde „Hände hoch“ gerufen und er setzte dem Justizobersekretär den Revolver auf die Brust. Als nun Braun, der von Olga Benario verhaftet wurde, über die Barriere „hopste“, schrie der Justizobersekretär um Hilfe, er, Philipp, hielt ihm den Mund zu — es sei nicht wahr, daß er ihn gewürgt habe — und dann lief alles davon. Als er die Ausgangstür geschlossen fand, stellte er sich „zur Verfügung“.

Der Angeklagte Seifert leidet an Lungen- und Knochen-tuberkulose und hat von den letzten 6 Jahren über drei in verschiedenen Krankenhäusern verbracht. Er lahm, kann also nicht laufen, und ist für ein Unternehmen, wie eine Gefangenendefreierung, im höchsten Maße ungeeignet. Seine Schuld bestreitet er. Seiner Erzählung nach ist er am 11. April um 5,45 Uhr aufgestanden und hat sich zu seinem Freund Philipp begeben. Um 7 Uhr ist er mit ihm zusammen fortgegangen, er hat noch verschiedene Gänge gemacht und ist dann gegen Mittag wieder in die Wohnung der B. gegangen, bei denen Philipp seine Schlafstelle hatte. Auf Vorhalt des Staatsanwalts mußte der Angeklagte zugeben, daß er am Abend vorher sich mit Philipp im Küstertone unterhalten und später zusammen mit diesem die Wohnung verlassen habe, ebenso habe er dem Schwager des B. sagen lassen, daß er ihm eine Kugel in den Kopf schießen würde, falls dieser der Polizei über seinen Morgenbesuch bei Philipp Mitteilung machen sollte. Seifert erklärte, daß er nur aus Angst, in diese Sache verwickelt zu werden, seine Bekanntschaft mit Philipp, seinen Besuch am 10., wie auch die Unterhaltung im Küstertone geleugnet und gegen den Schwager des B. die Drohung ausgesprochen habe. Jedenfalls hätte man den schwerkranken Seifert bei diesen Indizien nicht in der Untersuchungshaft zu halten brauchen.

Zodessstrafe gegen Kommunisten in Japan

Nach Meldungen aus Tokio hat sich der japanische Ehrenrat gestern mit dem Vorschlag der Regierung auf Erlass einer Kaiserlichen Verordnung beschäftigt, wonach die Führer kommunistischer Bewegungen mit dem Tode bestraft werden sollen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, da keine Einkimmigkeit erzielt werden konnte. Der Vorschlag der Regierung steht im Zusammenhang damit, daß gegenwärtig 450 Kommunisten in Tokio und verschiedenen anderen japanischen Städten ihrer Aburteilung entgegensehen.

Früchte bürgerlicher Jugenderziehung

„Knüppel vor!“

L. Die sogenannten „tieferen Werte“ der bürgerlichen Jugendbewegung erfahren durch einen Vorfall, der sich an Pfingsten in der Görtlicher Heide zugetragen hat, eine eigenartige Beleuchtung. Der Jugendpfarrer Preiser hatte mit seiner christlichen Schar in der Görtlicher Heide sein Lager aufgeschlagen. Das erfüllte vermutlich eine Freischar vom Bunde der Wandervögel und Pfadfinder, die sich unter der Leitung eines Studien-assessors Häblich befand, mit Reib, denn sie überfielen das christliche Lager, fesselten die Wachen, durchwühlten die Zelte und raubten eine Menge Proviant. Die Folge davon war eine blutige Keilerei zwischen beiden Parteien und hinterher ein Pressekrieg in den Görtlicher bürgerlichen Blättern. Der Jugendpfarrer Preiser schreibt im Neuen Görtlicher Anzeiger vom 15. Juni u. a. wie folgt:

„... Wenn man die Sache tragisch nehmen wollte, könnte man den Ueberfall als Landfriedensbruch bezeichnen und als Straftat, was eigentlich vor den Staatsanwalt gehört. Es war kein vorher angelegtes oder angelegtes Spiel! Na, wir haben die Sache nicht tragisch genommen, sondern wollten die Freischar einfach für ihre Frechheit verhaften. Als wir die Freischar

stellten, trug sie dicke Knüppel in ihren Händen. Wir hatten einige Speere in der Hand. Unser „Großer Häuptling“ sagte zu unseren Jungens: „Legt die Speere weg, wir kämpfen selbstverständlich ohne Waffen; wir jesseln nur.“ Drüber bei der Freischar aber wurde als Antwort kommandiert: „Knüppel vor!“ Der Kampf begann. Wir ohne Waffen; die Freischar schlug mit diesen Knüppeln. Sie schlugen mit den Stöcken und hieben und boxten auf Gesichter und Köpfe los. Ist das nicht roh? Einige von uns brachen, von den Knüppelhieben auf den Kopf getroffen, blutend zusammen. Ist das etwa nicht ein verzweifelter, wüster Kampf der Freischar...? Wir wollen hier nicht anführen, was von seiten der Freischar für beleidigende und sehr häßliche Auskehrungen über das Christentum gefallen sind, weil wir das aus der Erregung des Kampfes heraus entschuldigen.“

Auf diese Auslassungen des Jugendpfarrers antwortet der Studienassessor entschuldigend, daß während der Keilerei der Jungens ein gewisser Fanatismus loszubringen begann, der bedenklich schien und zum Abbruch des Kampfes führte. Diese Art Jugenderziehung ist geradezu ein öffentlicher Skandal und bewegt sich hart an der Grenze der Gemeingefährlichkeit. Und alles das geschah unter der Oberaufsicht eines Jugendpfarrers und eines Studienassessors! Es geht doch nichts über die „tieferen Werte“ der bürgerlichen Jugenderziehung.

Verbitterung über Mobile in Norwegen  
Die Suche nach Amundsen

II Oslo, 29. Juni.  
In Norwegen herrscht über Nobiles Polarflug, der so viele schwere Opfer gekostet hat und wahrscheinlich noch kosten wird, härteste Verbitterung. Es macht sich um das Schicksal des norwegischen Nationalhelden Amundsen verzweifelte Besorgnis bemerkbar. Bei Mobile stellt man als seinen einzigen Erfolg fest, daß er ein Kreuz über dem Nordpol abgeworfen habe.

Norwegische Fahrzeuge haben das Fahrwasser östlich der Bäreninsel sowie im Gebiet der Bäreninsel und Spitzbergen abgeseucht. Amundsens Flugzeug ist bisher jedoch nicht gefunden worden. In Sachverständigenkreisen beurteilt man die Lage außerordentlich ernst. Wie jetzt bekanntgemorden ist, hat Amundsen vor seiner Abreise die Abfahrt geäußert, im Notfall auf der Bäreninsel eine Zwischenlandung vorzunehmen. Die Radiostation auf der Bäreninsel hat den Auftrag erhalten, sofort eine Schneeschuhexpedition vorzunehmen, um die Insel nach Amundsen abzusuchen. Die Expedition ist in der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag aufgebrochen, hat jedoch bisher noch keinerlei Nachrichten gegeben.

Dichter Nebel über dem Eismeer

II Kowno, 29. Juni.  
Nach Moskauer Meldungen hat der Eisbrecher „Malgin“ mitgeteilt, daß über dem Ozean ein dichter Nebel liegt und jede Möglichkeit zum Beginn der Suche nach der zweiten Gruppe der Italia-Mannschaft raubt. Der Eisbrecher Krassin ist aus Tromsø nach Spitzbergen ausgelaufen.

Endlich auch ein deutsches Rettungs-Flugzeug

III Kopenhagen, 28. Juni.  
Auf Initiative des schwedischen Generalvertreters der Klemm-Daimler-Flugzeugfabrik, der sich in den letzten Tagen hier aufgehalten hat, hat die deutsche Fabrik nunmehr der schwedischen Regierung zur Rettung des schwedischen Fliegers Lundborg und der Mitglieder der Mobile-Expedition eine neue Klemm-Daimler-Sportmaschine, Type L 26, mit einem 50 PS luftgekühlten Salmon-Motor und vollständiger Ausrüstung mit Skis und Pontons zur Verfügung gestellt. Der Aktionsradius der Maschine beträgt 1000 Kilometer, die Nutzlast 350 Kilogramm. Das Flugzeug kann auf einer Fläche von 50 Meter landen, weshalb es als besonders geeignet für den genannten Zweck angesehen wird. Der Engländer Luffler wird Freitag früh mit dieser Maschine von Stuttgart abfliegen, um sich über Kopenhagen nach Stockholm zu begeben. Die Ankunft dort wird im Laufe des Sonnabends erwartet.

Start zum Ozeanflug

IVorta (Azoren), 28. Juni.  
Der englische Flieger Courinen, der heute morgen zum zweiten Mal in Lissabon zu seinem Transozeanflug aufgestiegen ist, der ihn in Clappen über die Azoren und die Bermuda-Inseln nach Nordamerika führen soll, ist heute nachmittag 5 Uhr hier glatt gelandet.

Ueberschwemmungskatastrophe in Japan  
Hunderte von Toten — 100 000 Obdachlose

III London, 28. Juni.  
Nach Meldungen aus Tokio ist der westliche Teil Japans Anusku von einer Ueberschwemmungskatastrophe und ausgedehnten Erdstößen heimgeschlagen worden. Soweit bisher bekannt ist, sind 30 Personen ums Leben gekommen und insgesamt 7000 Häuser überflutet. Die Zahl der Obdachlosen wird auf 110 000 geschätzt und man befürchtet, daß die Zahl der ums Leben gekommenen sich auf viele Hundert erhöhen wird. 26 Personen, die verlusteten, eine durch Erdstöße verfallene Familie zu retten, wurden durch einen neuen Erdstöße lebendig begraben.

Schwere Unwetter in Osten und Westen

III Saarbrücken, 28. Juni.  
In der Umgebung von Saarburg gingen schwere Gewitter mit heftigem Dauerregen nieder, die schwere Schäden anrichteten. TaubeneigröÙe Hagelkörner vernichteten an verschiedenen Stellen vollständig die Ernte.

III Breslau, 28. Juni.  
Durch die schweren Unwetter der letzten Tage in den Kreisen Reichenbach, Brieg und Oels ist die Ernte stellenweise vollständig vernichtet worden. Im Kreise Brieg forderte das Unwetter auch zwei Todesopfer durch Blitßschlag. Eine Anzahl von Feldarbeitern wurde durch Schloßen, die teilweise die Größe von Hühner-eiern hatte, verletzt.

Die Eisenbahnkatastrophe in England  
23 Todesopfer

III London, 28. Juni.  
Von den bei dem Eisenbahnunglück bei Darlington verletzten 47 Reisenden konnten 20 das Krankenhaus bereits wieder verlassen. Die Zahl der Toten, insgesamt 22, hat sich bisher nicht weiter erhöht. Allerdings wird befürchtet, daß noch immer Personen unter den Trümmern begraben liegen. Der Heizer gibt an, daß der Lokomotivführer alles getan habe, um das Unglück zu verhindern. Der Zusammenstoß habe sich jedoch nicht mehr vermeiden lassen, da die entgegenkommende Lokomotive nicht rechtzeitig genug bemerkt werden konnte.

III London, 28. Juni.  
Von den 47 Verletzten des Eisenbahnunglücks von Darlington ist heute noch einer gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Toten auf 23.

Grauenhafter Selbstmord

Auf entsetzliche Weise hat in Berlin die 56jährige Ehefrau Lange in ihrer Wohnung in der Wassertrstraße Selbstmord verübt. Sie übergieß sich die Kleider mit Brennspritus und setzte sie selbst in Brand. Hausbewohner, die den Vorfall von einem gegenüberliegenden Fenster der Wohnung aus bemerkt hatten, alarmierten die Feuerwehr, die die Unglückliche mit furchtbaren Brandverletzungen am Boden liegend bewußtlos auffanden. Die Frau starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

8 Schaufenster

Die in meines Hauses gezeigten Waren beweisen Ihnen erneut meine wohl kaum zu überbietende Billigkeit trotz hervorragender Qualitäten und bester Verarbeitung. In der riesigen Auswahl finden Sie bestimmt, was Ihren Wünschen entspricht



Franz Eberl

Größtes Spezialhaus für Damen-, Backfisch- u. Kindergarderobe in Sachsen



# Werkbeurlaubung und Arbeitsverhältnis

Die Werkbeurlaubung, in der Zeit vor dem Kriege eine nahezu unbekannte Sache, ist seit 1918 und noch mehr seit der Inflation zu einer allgemeinen Erscheinung im Wirtschaftsleben geworden und hat eine ganze Reihe höchst bedeutender Rechtsfragen akut werden lassen, von deren Entscheidung zum Teil recht viel für das Proletariat abhängt. Mit einer der wichtigsten ist die, ob die Werkbeurlaubung eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses darstellt oder nicht; denn eine bejahende Antwort, die das Unternehmertum in zahlreichen Prozessen zu erreichen sucht, würde alljährlich Zehntausende von Arbeitern um ihren Ferien-Anspruch bringen. Anlässlich einer Klage auf Urlaub-Vergütung gegen eine große bayrische Maschinen-Fabrik hat nun das Reichs-Arbeitsgericht prinzipiell entschieden, daß, falls nicht ausdrücklich andere Vereinbarungen getroffen worden sind, das Dienstverhältnis durch eine Werkbeurlaubung nicht unterbrochen wird, daß vielmehr sämtliche Rechte und Pflichten der Vertragsparteien fortbestehen und nur insoweit ausgeübt sind, als auf der einen Seite keine Arbeit geleistet, auf der anderen kein Lohn gezahlt zu werden braucht!

Im vorliegenden Falle hatte die beklagte Firma infolge einer Abfahrts-Verletzung ihren Nürnberger Betrieb für einige Wochen stillgelegt und die Belegschaft beurlaubt; entlassen möchte sie sie nicht, da ihr daran lag, bei der Wiederaufnahme der Produktion die gleichen Leute an der Hand zu haben, und auch die Arbeiter hatten kein Interesse, sich die Papiere zu holen; sie konnten ja doch anderweit keine Beschäftigung finden. Während dieser Beurlaubung erwarb nun ein beträchtlicher Teil von ihnen Ferien-Anspruch, den er auch, als das Werk wieder im Gang war, geltend machte; doch weigerte sich die Firma, ihn als berechtigt anzuerkennen, erklärte vielmehr, das alte Dienstverhältnis sei mit der Stilllegung beendet worden, jedes aus ihm hergeleitete Recht also erloschen! Gegen diesen niederträchtigen Versuch, sich mit juristischer Spiegelfechterei auch noch den paar Verpflichtungen zu entziehen, die die Unternehmer tarifvertraglich ihren Belegschaften gegenüber übernommen haben, wandten sich nun die betroffenen Arbeiter mit Hilfe des Metallarbeiter-Verbands, der einen Fall herausgriff und vors Arbeitsgericht brachte. Dieses entschied zugunsten der beklagten Firma, doch hob die zweite Instanz das Urteil auf und sprach dem Kläger die geforderte Bargeld-Entschädigung zu; die von der Werkleitung dagegen eingelegte Berufung wurde, wie bereits gesagt, vom Reichs-Arbeitsgericht zurückgewiesen.

Die Vertreter der Firma erklärten zunächst, daß der § 24 des in Frage kommenden Tarifvertrags für die Gewährung von Ferien ausdrücklich „eine ununterbrochene Beschäftigung von mindestens einem Jahre im gleichen Betriebe“ zur Bedingung mache, und daß unter ihr eine ununterbrochene Arbeitsleistung von einem Jahre zu verstehen sei! Weiter erhoben sie den Einwand, der Urlaub werde zur Erholung gewährt und sei folglich ein entsprechendes Ruhe-Bedürfnis voraus; dieses sei nun wohl nach einer längeren Tätigkeit vorhanden, nicht aber während oder gar nach einer allgemeinen Werkbeurlaubung! Die Arbeiter hätten im Gegenteil „nachgerade genug Gelegenheit gehabt, sich gründlich zu erholen“ (!), und infolgedessen kein Recht, von der durch die Wirtschaftskrise „stark geschwächten“ Firma eine Sonder-Vergütung irgendwelcher Art zu verlangen!

Mit all diesen „triffligen“ Argumenten hatte die Revisions-Magierin indessen kein Glück; das Reichs-Arbeitsgericht widerlegte sie sämtlich und erklärte in den Entscheidungsgründen unter anderem: Die Werkbeurlaubung habe sich erst in den letzten Jahren herausgebildet; die Einschränkungen und vorübergehenden Stilllegungen, die das Wirtschaftsleben mit sich brachte, hätten es für Unternehmer wie für Arbeiter wünschenswert erscheinen lassen, das Arbeitsverhältnis nicht erst durch Kündigung oder Entlassung zu beenden. Der Unternehmer habe für eine demnächstige Wiederaufnahme seines Betriebs die bisherigen Arbeiter zur Verfügung haben wollen, und diese hätten sich, da sie wo anders doch keine Beschäftigung finden konnten, die Möglichkeit, an ihrer alten Stelle wieder eingestellt zu werden, gern erhalten. So sei man zur Werkbeurlaubung gekommen. Der Arbeiter leiste während ihrer Dauer keine Arbeit und erhalte keinen Lohn; er sehe aber dem Unternehmer zur Verfügung und könne im Bedarfsfalle jederzeit wieder einberufen werden. Das Dienstverhältnis wird also durch die Werkbeurlaubung nicht beendet; hängt von der Dauer des Arbeitsverhältnisses und lediglich von ihr der Erwerb eines Anspruchs auf eine Vergünstigung ab, so steht die Werkbeurlaubung diesem nicht entgegen. Auch während ihrer Dauer kann der Anspruch an

sich erworben werden! Der Einwand der Beklagten, daß unter „ununterbrochener Beschäftigung“ eine ununterbrochene Arbeitsleistung zu verstehen sei, sei also hinfällig!

Zu dem Gerede über das „tarifvertraglich vorausgesetzte Erholungs-Bedürfnis“ der Arbeiter äußert sich das Reichs-Arbeitsgericht folgendermaßen: „Der § 30 des Tarifvertrags sagt allerdings, der Urlaub werde zur Erholung gewährt, erklärt aber auch alsbald im folgenden Satze, was er darunter verstanden wissen will. Der Arbeiter soll ihn auch wirklich zur Erholung benutzen und nicht etwa durch Übernahme anderer Arbeit während des Urlaubs dessen Zweck, neu gestärkt zur Arbeit zurückzukehren, vereiteln. Der



Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Leipzig

## Stimmzettel

Riste A | Riste B  
Schäfer, Hermann | Richter, Marie

Die beiden Risten haben den Charakter einer gebundenen Liste. Das abtimmenbe Mittelglied hat sich mittels Durchstreichen d. r. nicht auflösenden Riste für eine der Listen zu entscheiden. In dies nicht der Fall, ist der Stimmzettel ungültig.

## Metallarbeiterinnen! Metallarbeiter!

So gestrichen müßt ihr am Sonntag, dem 3. Juli, euren Stimmzettel abgeben! Wahllokale sind im heutigen Inseratenteil abgedruckt.

Unternehmer, der die Urlaubstage bezahlt, soll auch den Vorteil davon haben. Im übrigen enthält der Tarifvertrag keine Bestimmung, die auch nur entfernt darauf hindeuten könnte, daß der Urlaub nur im Falle eines Erholungsbedürfnisses gewährt werden sollte; im Gegenteil läßt er ihn allen Arbeitern zukommen und läßt die Gewährung lediglich an eine bestimmt bemessene ununterbrochene Beschäftigung!

Es treten nämlich auch im Leben des Arbeiters Ereignisse ein, die ihn zwingen, eine oder mehrere Schichten zu veräumen. Wenn damit die Beschäftigung im Sinne der Beklagten unterbrochen sein sollte, würde wohl der größte Teil der Arbeiterchaft der Wohlthat des Urlaubs verlustig gehen, und die Bestimmung würde nur auf dem Papier stehen. Schließlich wäre es keinem Arbeiter möglich, eine ununterbrochene Dienstzeit von mehreren, insbesondere fünf-jehn Jahren, wie sie § 23 des Tarifvertrags vorsieht, zu erfüllen. Daß dies nach dem Willen der Parteien des Abkommens beabsichtigt sein sollte, muß als ausgeschlossen gelten! —

Mit dieser Entscheidung des Reichs-Arbeitsgerichts ist wieder ein Versuch der Unternehmer, das Proletariat um ein solches wichtiges Recht zu prellen, abgeklagen. Im übrigen ist sehr charakteristisch, daß weder im Tarifvertrag, noch in der Urteils-Begründung das Recht des Arbeiters als Mensch auf freie Zeit erwähnt, sondern stets nur gesagt wird, daß er sich im Interesse seines Ausbeuters erholen soll, daß diesem — nicht etwa dem ausgemergelten Proleten! — der Urlaub „gute kommen“ soll! „Der Unternehmer, der die Urlaubstage bezahlt, soll auch den Vorteil davon haben!“! Der Zukunft bleibt es vorbehalten, das Recht des Arbeiters als Menschen auf Freizeit zu schaffen! — R. II.

## Arbeitszeit-Schiedspruch für die westfälische Textilindustrie

Am Donnerstag fanden im Arbeitsministerium die Verhandlungen über die Verlängerung des Mehrarbeitszeit-Abkommens der mittel- und westfälischen Textilindustrie auf Antrag der Unternehmer statt. Von dem Schlichter Haaf, der vom Reichsarbeitsministerium eingeleitet war, wurde folgender Schiedspruch gefällt:

Das Mehrarbeitszeitabkommen laut verbindlich erklärtem Schiedspruch vom 4. Juli 1927 wird mit folgender Maßgabe verlängert:

daß die tägliche Arbeitszeit vom Montag bis Freitag 8 1/2 Stunden, und Sonnabends 6 1/2 Stunden beträgt. Eine anderweitige Verteilung der 48-Stunden-Woche kann im Bedarfsfalle betrieblich vereinbart werden. Ferner verbleibt es hinsichtlich der Arbeitszeitregelung für die Berufsfremden, der Zuschläge für Nachtarbeit, Sonntagsarbeit und Schichtwechsel bei den Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien vom 4. Juli 1927 und hinsichtlich der Berechnung der Überstundenzuschläge bei der Vereinbarung der Tarifvertragsparteien vom 28. Juli 1927.

Wacht sich aus wirtschaftlichen Gründen Kurzarbeit nötig, so unterliegt die Verteilung der Gesamtwochenarbeitszeit auf die einzelnen Werktage der betrieblichen Regelung im Benehmen mit der Betriebsvertretung. Dabei darf jedoch eine Lohnminderung entsprechend der Arbeitsreduktion erst von dem Zeitpunkt ab eintreten, an dem das Arbeitsverhältnis nach den allgemeinen gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen endet würde.

In denjenigen Betrieben, wo eine Betriebsvertretung nicht vorhanden ist, tritt an die Stelle der Betriebsvertretung eine für den jeweiligen Fall gemählte Kommission der Arbeiter.

Vorstehendes Arbeitszeitabkommen tritt mit dem 1. Juli 1928 in Kraft und läuft unbefristet mit zweimonatiger Kündigung, die das erstemal für den 31. Dezember 1929 ausgesprochen werden kann.

Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft am Dienstag, dem 3. Juli, 12 Uhr, ab. Die Funktionäre des Deutschen Textilarbeitersverbandes werden am Freitag in einer Konferenz zu diesem Schiedspruch Stellung nehmen. Wie der Sozialistische Sachverständigenrat erfuhr, ist nicht zu erwarten, daß der Schiedspruch, der eine wesentliche Verschlechterung der rechtlichen Lage der Arbeiterschaft darstellt, von den Funktionären der Textilarbeiter angenommen werden könnte.

## Sunahme der Kurzarbeit

SPD. Berlin, 28. Juni.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die Woche vom 18. zum 23. Juni ergibt sich für den Durchschnitt des Arbeitsmarktes im ganzen Reich noch immer ein lechter Rückgang der Arbeitslosigkeit. In Brandenburg, Westfalen und im Rheinland ist die Lage allerdings ungünstig geblieben. In der Nordmark und in Südwestdeutschland dagegen ist sie besser geworden. Der Arbeitsmarkt steht gegenwärtig unter dem Zeichen der Uneinheitlichkeit und mangelnden Steiligkeit. Die Unsicherheit wird durch eine teilweise Steigerung der Kurzarbeit verstärkt.

## 5000 neue Mitglieder für den ZGV

SPD. Berlin, 28. Juni.

In einer Konferenz des Bezirks des Zentralverbandes der Angestellten ist über die Tätigkeit des Verbandes in den ersten Monaten des laufenden Jahres berichtet worden. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, wurden durch eine eifrige Werbearbeit 5000 neue Mitglieder für den Zentralverband der Angestellten gewonnen.

# Spitzenleistungen 10 Propaganda Tage als Beweis



Braun Boxkali-Spangenschuh

9.80



Beige-rosé mit aparter Zierstepperei

9.80



Herrn Rindbox-Halbschuh, Original-Goodyear-Well

12.50



Brauner Herren-Halbschuh Boxkali-Fn., Original-Goodyear-Well

12.50

Damen-Lackspangenschuh 8.90

Charleston-Sandaletten 8.90

beige 9.80, blau und rot Leder . . . 8.90

Herrn-Halbschuh 8.90

Lackhalbschuh für Herren 12.50

gutes Rindbox, weiß gedoppelt . . . 8.90

vornehme Ausführung . . . . . 12.50

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster



& Cie A-G. Burg b.M.

Vorkaufsstelle Conrad Tack & Cie. G. m. b. H.

Leipzig

nur Hainstr. 16/18 Tel. 13576

## Konflikt zwischen Ärzten und kaufmännischen Berufsrankenkassen

Seit zwanzig Jahren bestand ein ungetrübtes Vertragsverhältnis zwischen dem Verband der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund) und dem Verband kaufmännischer Berufsrankenkassen, das die Forderung der Ärzte auf freie Arztwahl verwirklichte und ihnen höhere Honorare sicherstellte, als von den gesetzlichen Krankenkassen gezahlt wurden. Der Ärzteverband übernahm in diesem Vertrage als einziger wichtige Gegenleistung die Verpflichtung, die ärztliche Tätigkeit seiner Mitglieder zu überwachen und ihre Rechnungen und Verordnungen sorgfältig zu prüfen. Als nach dem Kriege die Zahl der Ärzte sich stark vermehrte und die Einnahmen aus der Privatpraxis zurückgingen, wußten die Ausgaben für ärztliche Behandlung bei den kaufmännischen Berufsrankenkassen in solchem Maße an, daß beide vertragschließenden Parteien es für notwendig erachteten, die **Überwachung der ärztlichen Tätigkeit durch Vereinbarung von Begrenzungsbestimmungen** wirksam zu machen. Trotzdem betrug im Jahre 1927 die Ausgabe der kaufmännischen Berufsrankenkassen für ärztliche Behandlung 34 v. H. der Gesamtausgaben. Der Verband kaufmännischer Berufsrankenkassen erklärte in den Vertragsverhandlungen, jedem Vertrage zustimmen zu wollen, der die Ausgaben für ärztliche Behandlung nicht weiter erhöhte. Die Forderungen des Hartmannbundes ließen aber darauf hinaus, durch Anwendung einer neuen, einseitig vom Ärzteverband aufgestellten Gebührenordnung für 1928 die **Belastung der Kassen sofort um mehrere Millionen Mark zu steigern** und außerdem den **Schutz der Krankenkassen, den sie durch die Begrenzungsbestimmungen genossen, unwirksam zu machen**. Um den Eintritt des vertragslosen Zustandes zu vermeiden, schlug der Kassenverband die **Verlängerung des unveränderten alten Vertrages bis zum Schluß des Jahres 1928 vor**. Der Hartmannbund forderte aber auch für die Verlängerung des Vertrages die **Abänderung der Begrenzungsbestimmungen in seinem Sinne**. Nur an dieser Forderung des Ärzteverbandes sind die Verhandlungen gescheitert. Die Kassen haben bei den Verhandlungen immer wieder erklärt, daß sie nicht imstande sind, ihren Mitgliedern eine **Preiserhöhung** zuzumuten, die unbedingt vorgenommen werden müßte, wenn die Forderungen des Ärzteverbandes erfüllt werden würden.

## Ein feiner Unternehmer

In der Rauchwarenhandlung von Kloss & Co., Inhaber Herr Gustav Steinmann, Lindenau, Raimundstr. 10, haben die Arbeiter des Hiesigen über unwürdige Behandlung durch den Unternehmer zu klagen. Für Wünsche und berechnete Forderungen hat er selten Gehör, das hängt von seiner Laune ab. Dieser „feine“ Mann konnte als Gehilfe die Forderungen nicht hoch und scharf genug bekommen. Jeden Unternehmer hätte er am liebsten aufgestreift. Welche denjenigen Kollegen, die wagten, anderer Meinung zu sein, dann hatten sie unter seinen Schlägen oder Fußstapeln zu leiden. Heute als Unternehmer ist er derjenige, welcher sich am wildesten gehärdet und das Arbeitsverhältnis zur Hölle macht. Eine lauthelle und anfeindliche Auseinandersetzung über betriebliche Angelegenheiten ist selten möglich. Bei dem geringsten Anlaß wirft er sich in seine Herronnenpantoffeln. Bei dieser Gelegenheit glaubt er, seinen Reuten alles bieten zu können.ardon! Mit Reuten hat er es da überhaupt nicht zu tun. Da liegen die Ochsen, Rindvieh oder sonstige Kosenamen nur so in der Luft herum. Im Betriebe ist noch sehr viel Verbesserungsbedürftig. Ein **Wachraum** ist nicht vorhanden. Zum Waschen dienen alte Eimer oder der Wasserleitungshahn. Der Schraum ist für die circa 40 Personen zählende Belegschaft ungenügend. Nur ein **Kleiderarbeitsverbot** zu führen. Ein Betriebsrat braucht Herr Steinmann nicht. Wenn ihn die Arbeiter verlangen, gibt es Krach. Daß solche Zustände bestehen können, ist Schuld der Arbeiter selbst, denn den Weg zur Organisation haben bis jetzt nur wenige gefunden. Die Arbeiterinnen sind so gut wie nicht organisiert. Es tut in dieser Hinsicht bitter not, daß sich auch die Männer von diesen Angehörigen damit beschäftigen und sie der Organisation, dem Deutschen **Bedienungsarbeitsverband**, zuführen.

SPD. Sitzung des **ADGB-Ausschusses**. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hält dieser Tage in Köln eine **Ausschusssitzung** ab, die sich vor allem mit organisatorischen Fragen beschäftigt wird. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die **Regelung der bereits auf der letzten Bundesversammlung angestellten Frage, wie durch die Aufstellung besonderer Funktionäre und Spezialisten die Vertretung der Gewerkschaften in den Prozessen vor den Arbeitsgerichten vereinfacht und verbilligt werden kann**. Im Anschluß an die Tagung wird der **Bundesauschuß** die **Presse** besuchen.

SPD. Der **Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung** hat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers **verordnet**, daß die **Kurzarbeiterunterstützung** bis zum 1. September 1928 im gegenwärtigen Umfange **bestehen** bleibt.

**Arbeiter und Arbeiterinnen!**  
**Werbt neue Leser für die Volkzeitung!**

# Zechenvertreter als Lügner erlappt

Von Karl Otter-Vogam, M. d. L.

Wenn die Bergarbeiter im Ruhrrevier Anspruch auf einen **auskömmlichen Lohn** erheben, dann kommen die Bergwerksunternehmer und ihre Beauftragten her und versuchen auf verschiedene Art und Weise, ihnen dieses auszurufen. In der **Unternehmerpresse** wird Lärm geschlagen und Sturm geläutet, um die **Deffentlichkeit** gegen die Bergarbeiter aufzureizeln. Die Argumente, die die Unternehmer und ihre Presse gegen menschenwürdige Löhne ins Feld führen, sind: **starke untragbare Belastung des Bergbaues und Ruin der gesamten Wirtschaft**. Weil die Bergarbeiter **auskömmliche Löhne** fordern, daher muß nach Ansicht der Unternehmer — die **Wirtschaft zugrunde gehen**. Wenn aber die **Zechen-Direktoren** und **Generaldirektoren**, die sich in der **Nachkriegszeit** im Ruhrrevier **faulhühnerartig vermehrt** haben, **100 000 Mark** und mehr im Jahr an **Gehalt** beziehen und **allein dadurch den Ruhrbergbau** und die **Wirtschaft** auf empfindlichste belasten, dann hört man darüber von den **Unternehmern** und ihren **Vertretern** nichts — auch in ihrer **Presse** liest man kein Wort darüber.

Ein **Riesengeher Zechendirektoren** und **Generaldirektoren** hat sich im Ruhrrevier **etabliert** und führt ein **füßliches Leben** auf **Kosten** der **Bergbauwirtschaft**. Dafür müssen die **Bergarbeiter** **blühen**; ihre **Löhne** werden **niedrig gehalten**, damit die **Herrn Direktoren** und **Generaldirektoren** ein **feudales Leben** führen können.

So etwas nennt sich „**göttliche**“ Weltordnung! Wenn die **Direktoren** und **Generaldirektoren** sich ein **Stellweilen** geben — was **oft vorkommt** — dann reden sie mit **Vorkluge** über die „**hohen**“ **Bergarbeiterlöhne**, die **sozialen** „**Lasten**“ und die **große** „**Begehrlichkeit**“ der **Bergarbeiter**. Es ist so **mancher** unter ihnen, **der in einer Nacht, die er verschläft, oder beim Wein jubringt, mehr an Einnahmen hat, als der fleißige, von ständiger Todesgefahr umlauerte Bergarbeiter im ganzen Jahre**.

Sie reden aber immer nur über die „**hohen**“ **Löhne** der **Bergarbeiter** und die **sozialen** „**Lasten**“, über ihre **Kleingehälter**, die **ganz** gewiß **getrübt** werden könnten, reden sie **kein Wort**. Den **schwergeprüften Bergarbeitern** können sie **nicht das trodene Brot**. Sie **nennen** sich **Christen**! —

Bei der **letzten Lohnforderung**, im **April**, nahmen die **Unternehmer** den **Mund** ganz **besonders** voll, um die **geforderte Lohn**erhöhung den **Bergarbeitern** zu **hintertreiben**. Sie **sprachen** von **150 Millionen Mark** **jährlicher Belastung** des **Ruhrbergbaues**, falls der **Lohnhörspruch** für **verbindlich** erklärt würde und **anderen Anknüpfen** mehr. Wir **worden** später die **Unternehmer**, an die **150 Millionen Mark** **Lohnzahlung** mehr, **noch erinnern**.

Am **31. Mai 1928** hielt der **Bergbauverein** und der **Zechenverband** des **Ruhrreviers** in **Essen** seine **General- oder Jahresversammlung** ab. Auf dieser **Versammlung** hielten die **Bergwerksbesitzer** und ihre **Beauftragten** **Brandreden**, daß **sich die Balken** **bogen**.

Unter den **Rednern** der „**ersten**“ **Garnitur** trat der **Geschäftsführer** des **Bergbauvereins** und des **Zechenverbandes**, der **Bergassessor** **A. von und zu Löwenstein-Essen** auf. Die **Deutsche Bergwerkszeitung** vom **1. Juni 1928** brachte die **Ausführungen** **Löwensteins** an **leitender Stelle** und **ließ** von **und zu Löwenstein** so **reden**:

„Der **Geschäftsführer** erstattete **Bergassessor** **von Löwenstein** **Ausgehend** von dem **starken politischen Druck**, der **schon seit Jahren** auf dem **rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau** lastet und ihn in den **Zustand** **völliger Ausnahmebehandlung** **gerückt** habe, wurde **zunächst** die **amtliche Sozialpolitik** auf dem **Gebiete** der **Arbeitszeit** und **Lohnregelung** **getreift**. **Angelehnt** der **Tatsache**, daß dem **Ruhrkohlenbergbau** in den **Jahren 1924 bis 1928** eine **achtmalige Lohn**erhöhung **ohne jeden Preisausgleich** **aufgezwungen** wurde, **die eine**

**Mehrbelastung von über 1 Milliarde Mark an Löhnen** **erbracht** habe, **sei es nicht verwunderlich**, daß **während dieser Zeit** **nicht weniger als 60 Zechen** **zum Erliegen** **gekommen** seien. **Die achtmalige, ohne Ausgleich durchgehende Lohn**erhöhung **hätte** auch, **wie man erwarten** **darfte**, **von nunherin eine klare Situation** **schaffen** **können** **gegenüber** **der** **einermaligen Belastung** **von** **rund 200 Millionen Mark** **bedeutenden** **Fortsetzung** **der** **Gewerkschaften**, **vor** **die** **der** **Ruhrbergbau** **sich** **Anfang** **April** **d. J.** **gestellt** **gehehen** **habe**.“

Bei **früheren** und **anderen Anlässen** **sprachen** die **Bergwerksbesitzer** **von** **150 Millionen Mark** **jährlicher Belastung**; **Herr** **von** **und zu Löwenstein** **sprach** **von** **200 Millionen Mark**. **Das** **aber** **nur** **nebenbei**.

**Herr** **von** **und zu Löwenstein**, der **Geschäftsführer** **des** **Bergbauvereins** **und** **des** **Zechenverbandes**, **hat** **aber** **auf** **dieser** **Tagung** **die** **Behauptung** **aufgestellt** **und** **auch** **nach** **der** **Presse** **übermittelt**, **daß** **die** **Lohn**erhöhungen **im** **Ruhrrevier** **seit** **1924** **eine** **Mehrbelastung** **von** **über** **1 Milliarde Mark** **an** **Löhnen** **erbracht** **habe**.

Man **sollte** **doch** **glauben**, daß der **Geschäftsführer** **von** **und zu Löwenstein** **zum** **mindesten** **soviel** **Kenntnis** **und** **Anstand** **besitzen** **müßte**, **um** **errechnen** **zu** **können**, **daß**, **was** **er** **den** **Herrn** **Werkbesitzern** **und** **der** **Deffentlichkeit** **vorsetzt**, **auch** **keine** **Richtigkeit** **haben** **muß**. **Nichts** **von** **dem!** **Er** **schmeißt** **mit** **Millionen** **und** **Milliarden** **so** **um** **sich** **herum**, **daß** **man** **annehmen** **müßte**, **er** **ist** **jemand**, **der** **ziemlich** **Beisold** **weiß**.

Bei **näherem** **Zusehen** **findet** **man** **jedoch**, **daß** **das**, **was** **er** **gesagt** **hat**, **eine** **direkte** **Unwahrheit** **ist**.

Wenn **Herr** **von** **und zu Löwenstein** **sich** **selbst** **und** **den** **Werkbesitzern** **was** **vorkunzelt**, **so** **ist** **das** **keine** **Sache**, **mit** **der** **er** **sich** **selbst** **und** **die** **Bergwerksunternehmer** **abzufinden** **haben**. **Wir** **aller** **Schärfe** **muß** **aber** **Einspruch** **erhoben** **werden** **gegen** **die**

**Irreführung** **der** **Deffentlichkeit** **durch** **den** **Geschäftsführer** **von** **und zu Löwenstein**.

Die **Büge**, **mit** **der** **Herr** **Löwenstein** **die** **Deffentlichkeit** **„beglückt“**, **war** **so** **groß**, **daß** **wir** **uns** **veranlaßt** **fühlten**, **der** **Sache** **auf** **den** **Grund** **zu** **gehen**. **Wir** **blättern** **in** **mehreren** **Jahrgängen** **des** **Preussischen** **Staats- und** **Reichsanzeigers** **nach**, **um** **auf** **Grund** **der**

amtlichen **Angaben** **zu** **ermitteln**, **wie** **hoch** **die** **Summen** **sind**, **die** **die** **Bergarbeiter** **im** **Ruhrrevier** **insgesamt** **überhaupt** **verdienen** **und** **welche** **Bewandnis** **es** **mit** **der** **einen** **Milliarde** **Mehrbelastung** **seit** **1924** **auf** **sich** **hat**.

Nach **den** **amtlichen** **Angaben** **im** **Preussischen** **Staats- und** **Reichsanzeiger** **haben** **die** **Bergarbeiter** **im** **Ruhrrevier** **jährlich** **verdient**:

Jahr	Vorbuch der Arbeiter einschließlich Verhältnißverhältnisse	Entschädigung der Arbeiter für Urlaub	Wert der Beiträge (im ganzen)	Gesamtlohn einschließlich Entschädigung für Urlaub, Verhältnißverhältnisse (überhaupt)
1924	696 515 744	19 475 503	17 208 363	733 199 610
1925	815 918 082	19 275 011	12 340 829	847 533 902
1926	811 675 305	20 650 324	11 261 724	843 587 353
1927	807 280 246	26 775 676	11 840 242	935 885 164

Nach **dieser** **amtlichen** **Feststellung** **ist** **die** **Gesamtlohnsumme** **der** **Ruhrrevierbergarbeiter** **einschließlich** **Entschädigung** **für** **Urlaub** **und** **Verhältnißverhältnisse**, **Kohlen** **deputat** **u. a.** **won** **733 199 610** **Mark** **im** **Jahre** **1924** **auf** **935 885 164** **Mark** **im** **Jahre** **1927** **gestiegen**. **Das** **ist** **gegen** **das** **Jahr** **1924** **ein** **Mehr** **von** **202 Millionen** **Mark**. **Wo** **bleibt** **aber** **die** **über** **eine** **Milliarde** **Mehrbelastung** **infolge** **der** **Lohn**erhöhungen, **von** **der** **Herr** **Löwenstein** **geredet** **hat?**

**Herr Löwenstein hat 800 Millionen Mark hinzugeklunkert.**

Aber **es** **kommt** **noch** **schöner!** **Wenn** **wir** **die** **gesteigerte** **Kohlenförderung** **im** **Ruhrrevier** **seit** **1924** **bis** **1927** **in** **Berechnung** **stellen**, **und** **das** **müssen** **wir**, **da** **die** **Bergwerksbesitzer** **die** **Kohlen** **verkauft** **und** **dafür** **Geld** **eingeführt** **haben**, **so** **bekommt** **diese** **Angelegenheit** **für** **Herrn** **Löwenstein** **ein** **noch** **viel** **ungünstigeres** **Bild**.

Jahr	Förderung Tausen	Gesamtlohnsumme	Lohnanteil je Tonne gefördert Kohle
1924	94 111 000	733 199 610	7,70
1925	104 124 000	847 533 902	8,14
1926	112 102 110	843 587 353	7,51
1927	118 086 000	935 885 164	7,92

Seit **dem** **Jahre** **1924** **bis** **1927** **stieg** **die** **Kohlenförderung** **im** **Ruhrrevier** **von** **94 Millionen** **Tonnen** **auf** **118 Millionen** **Tonnen**. **Rechnen** **wir** **den** **Lohnanteil** **auf** **je** **geförderte** **Tonne** **Kohlen** **um**, **so** **zeigt** **es** **sich**, **daß**

**der** **Lohnanteil** **am** **Ertrage** **fast** **gar** **nicht** **gestiegen** **ist**. **Gegen** **das** **Jahr** **1925** **ist** **der** **Anteil** **im** **Jahre** **1927**  **sogar**  **gefallen**.

**Herr** **von** **und zu Löwenstein**, **der** **Geschäftsführer** **des** **Bergbauvereins** **und** **des** **Zechenverbandes** **wagt** **dennoch** **die** **Behauptung** **aufzustellen**, **daß** **seit** **1924** **der** **Ruhrbergbau** **infolge** **der** **Lohn**erhöhungen **eine** **Mehrbelastung** **von** **über** **einer** **Milliarde** **Mark** **getragen** **hat**. **Ob** **Herr** **von** **und zu Löwenstein** **die** **Kleingehälter** **der** **Zechendirektoren** **und** **Generaldirektoren** **zu** **den** **Bergarbeiterlöhnen** **hingerechnet** **hat** **und** **so** **zu** **einer** **Mehrbelastung** **von** **über** **einer** **Milliarde** **Mark** **gekommen** **ist**, **wissen** **wir** **nicht**. **Wir** **wissen** **nur**, **daß** **die** **Bergarbeiterlöhne** **seit** **1924**, **da** **seit** **jener** **Zeit** **die** **Kohlenförderung** **um** **22 Millionen** **Tonnen** **gestiegen** **ist**,

**keine** **Mehrbelastung** **für** **den** **Ruhrbergbau** **gebracht** **haben**. **Herr** **von** **und zu Löwenstein** **hat** **in** **Bezug** **auf** **die** **Bergarbeiterlöhne** **eine** **direkte** **Unwahrheit** **gesagt**.

## Massenentlassungen im Ruhrbergbau

SPD. Am **Donnerstag** **wurde** **unter** **dem** **Vorsitz** **von** **Oberbergamtsdirektor** **Dr. Weise** **über** **die** **Stilllegungsangelegenheit** **der** **Zechen** **Graf** **Wismar** **ab** **verhandelt**. **Gegen** **die** **beabsichtigte** **Maßnahme** **wurde** **kein** **Widerspruch** **erhoben**. **Es** **werden** **demnach** **nach** **Ablauf** **der** **Sperre** **am** **5. Juli** **entsprechend** **der** **erstatteten** **Anzeige** **800** **Bergleute** **entlassen** **werden**. **Diese** **Zahl** **verteilt** **sich** **auf** **sämtliche** **Wismar** **Grubenschächte**.

SPD. **Der** **vom** **Aufsichtsrat** **der** **Bergwerks** **A. G. Reddinghausen** **beschlossene**, **von** **der** **Verwaltung** **vorgeschlagene** **Abbau** **von** **rund** **1500** **Belegschaftsmitgliedern** **auf** **den** **Schachtanlagen** **des** **ehemaligen** **Bergwerks** **in** **West-** **Reddinghausen** **ist** **durch** **in** **regelmäßigen** **Partien** **erfolgte** **Kündigung** **auf** **den** **verschiedenen** **Schachtanlagen** **in** **die** **Wege** **geleitet** **worden**. **In** **der** **Hauptsache** **kommen** **zwar** **Invaliden** **und** **ältere** **Leute** **in** **Frage**, **doch** **macht** **die** **Verwaltung** **kein** **Hesl** **daraus**, **daß** **auch** **andere** **ungeeignete** **Elemente** **bei** **dieser** **Gelegenheit** **abgestoßen** **werden** **sollen**. **Die** **Verringerung** **der** **Belegschaftsziffer** **bedingt** **natürlich** **auch** **eine** **Einschränkung** **der** **Ange** **stell** **enzahl**, **teilweise** **in** **recht** **erheblichem** **Umfange**.

SPD. **Die** **seit** **kurzem** **angekündigten** **Massenentlassungen** **auch** **im** **Wanne-Eickel** **Bergbau** **scheinen** **jezt** **Tatsache** **zu** **werden**. **Die** **Grube** **„Inser** **Brill“** **hat** **den** **Antrag** **auf** **Entlassung** **von** **über** **1000** **Arbeiter** **und** **einer** **Reihe** **von** **Ange** **stellten** **beim** **Demobilisationskommissar** **gestellt**. **Die** **Verhandlungen** **zwischen** **der** **Verwaltung**, **den** **Arbeitnehmerverbänden** **und** **der** **Demobilisationsbehörde** **sind** **nunmehr** **zu** **einem** **gewissen** **Ab** **schluß** **gelangt**. **Mit** **den** **Entlassungen** **soll** **tatsächlich** **am** **1. Juli** **begonnen** **werden**, **nachdem** **bereits** **eine** **große** **Anzahl** **von** **Feiertaglichen** **eingesetzt** **werden** **mußte**.

# SONDER-ANGEBOT

- Herren-Anzüge modern gemustert, bestbewährte Qualitäten..... jetzt Mark **29.— 39.— 49.— 54.— 59.— 69.— 79.— 89.—**
- Herren-Ulster letzte Neuheiten, mit Rückengurt und Falten..... jetzt Mark **29.— 39.— 49.— 53.— 59.— 63.— 73.— 89.—**
- Herren-Sport-Anzüge moderne Muster, bestbewährte Qualitäten..... jetzt Mark **29.— 35.— 45.— 49.— 53.— 59.— 69.— 79.—**
- Herren-Lüster-Sakke Mark **6.<sup>90</sup>** bis **26.<sup>00</sup>** Herren-Hosen . . . . . Mark **3.<sup>50</sup>** bis **26.<sup>00</sup>** Wasch-Spiel-Anzüge Mark **1.<sup>00</sup>** bis **3.<sup>50</sup>**
- Herren-Wasch-Joppen Mark **3.<sup>00</sup>** bis **12.<sup>75</sup>** Wind-Jacken . . . . . Mark **6.<sup>90</sup>** bis **26.<sup>00</sup>** Knaben-Wasch-Anzüge . Mark **2.<sup>90</sup>** bis **14.<sup>00</sup>**

Gummi-Mäntel Continental Mark **12.—** bis **49.—** Loden-Mäntel Mark **19.—** bis **49.—**

Leipzig, Rosßplatz 1 Friedrich Treumann Leipzig, Rosßplatz 1 neben der Markthalle







Es bleibt veränderlich

Die vor acht Tagen von uns angekündigte, um die Wende der Woche erwartete vorübergehende Erwärmung hatte sich fast nur in Süddeutschland, der Schweiz und in Oesterreich voll ausgemirkt. So brachte es am Schluß der Vorwoche Zürich auf 31, Karlsruhe auf 30 Grad Celsius, wogegen in Mittel- und Norddeutschland nur 22 bis 23 Grad Wärme erreicht wurden.

Im Süden des über Skandinavien sich verflachenden Sturmtiefs erfolgte zu Beginn der zweiten Wochenhälfte wieder ein Vorstoß des Azorenmaximums nach Mitteleuropa und damit eine Wetterbesserung, die aber so wenig von Dauer sein wird wie die der Vorwoche. Eine weitere Störung vom mittleren Atlantik wandert an der Nordseite des Azorenhochs in der Richtung nach dem Nordmeer, wird die Hochdruckwelle schnell wieder aus Mitteleuropa verdrängen und schon zu Beginn der Woche nach kurzer Aufhellung und Erwärmung den alten, veränderlichen Witterungscharakter wiederherstellen, wobei der Süden vor dem nördlichen Mitteleuropa durch höhere Temperaturen abnormals begünstigt sein wird.

Frömmelnde Wohlfahrt

Es gibt in Leipzig, wie in fast allen anderen großen Städten, eine ganze Reihe privater Wohlfahrtsinstitute konfessionellen Einschlags. Die Aufnahme Wohlfahrtsbedürftiger wird in solchen Anstalten durchweg von der Konfessionszugehörigkeit abhängig gemacht. Nicht selten wird auch ein gut Stück religiöser Drills getrieben. So auch in Leipziger privaten Kinderbewahranstalten. Den täglichen Tischgebeten, Andachten und sonstigen christlichen Feiern durfte sich niemand entziehen. Wer nicht beten will, ist auch nicht wohlfahrtsbedürftig! Das ist der Standpunkt der Leiter solcher Wohlfahrtsanstalten. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat wiederholt beantragt, diesen Vereinigungen städtischen Unterstützung nicht mehr zu gewähren, wenn sie solchen Mißbrauch nicht unterlassen. Der Rat hat sich diesen Stadtverordnetenheißeln stets ablehnend gegenübergestellt. Da aber auch die Stadtverordneten von ihrem Standpunkt nicht abließen, sah er sich nunmehr sowohl die „Freie Vereinigung der Leipziger Kinderbewahranstalten“ als auch die „Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege“ genötigt, kein beizugehen. Nach längeren Verhandlungen stimmten sie folgender Abmachung zu:

„Die Aufnahme darf nicht abhängig gemacht werden von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei oder Konfession. Wählt die Anstalt infolge ihrer politischen oder religiösen Einstellung besondere Gebrauche (z. B. Tischgebet, christliche Weihnachtsfeiern), so sind die Erziehungsbehörden bei der Aufnahme ihrer Kinder hierauf hinzuweisen. Die Heranziehung von Kindern Anderer zu diesen Gebrauchen hat zu unterbleiben, wenn die Erziehungsbehörden nicht ausdrücklich hierzu ihre schriftliche Zustimmung bei der Aufnahme ihrer Kinder gegeben haben.“

Der Rat bemerkt in seiner Vorlage, in der er über die vorstehend getroffenen Abmachungen an die Stadtverordneten berichtet, daß damit wohl der Tendenz der Beschlüsse Rechnung getragen sei. Wie wir erfahren, wird auch in städtischen Kinderbewahranstalten täglich gebetet. Es ist wohl selbstverständlich, daß auch für diese Anstalten zumindest gilt, was hier mit den privaten Wohlfahrtsvereinigungen vereinbart wurde.

Freizeiten für Jugendliche

Wiederholt haben die Stadtverordneten beschlossen, für die Schulklassen und Jugendlichen, die keine berufliche Beschäftigung gefunden haben, Arbeitsgelegenheiten und Erholungsmöglichkeiten zu schaffen. Der Rat kam mit der Durchführung dieser Beschlüsse nur außerordentlich langsam voran. Am 20. Juni vorigen Jahres haben die Stadtverordneten durch einen weiteren Beschluß ein wenig Dampf dahinter gesetzt. Nunmehr, nach weiteren 12 Monaten, berichtet der Rat, daß er die Durchführung dieses Beschlusses dem Jugendamt übertragen habe, um eine einheitliche Durchführung herbeizuführen. Der Gemeindefachausschuß für Jugendfürsorge schlug vor, erwerbslose Jugendliche in Gruppen von 25 bis 30 unter Leitung geeigneter Persönlichkeiten mindestens zwei Wochen lang an geeigneten Orten außerhalb ihres Wohnortes zusammenzuführen, für jede solche Gruppe einen festen Arbeitsplan aufzustellen, der sowohl allgemeine wie fachliche Fortbildung, als auch Turnen, Sport und Wandern umfaßt. Diese Veranstaltungen nennt man Freizeiten. Die Kosten für eine Freizeit für etwa 30 Jugendliche betragen nach der Katsvorlage 2700 Mark.

Außer den Freizeiten werden Wanderungen von einem bis drei Tagen Dauer in Gruppen von etwa 10 Jugendlichen, Besuchen von Sommerbädern in Verbindung mit Schwimmunterricht und schließlich auch Heimwerkstätten vorgeschlagen.

Freizeiten wurden schon eingerichtet. Ueber den Abschluß einer solchen berichten wir in einem anderen Artikel der heutigen Ausgabe. Heimwerkstätten konnten bisher noch nicht eingerichtet werden, einmal, weil es an geeigneten Räumen fehlt, vor allem aber, weil die besonders schwierige Frage der Leitung noch nicht gelöst wurde. Nach Meinung des Rates ist es nach den bisherigen Erfahrungen nur schwer möglich, in den schönen Sommermonaten Jugendliche für diese Form der Fürsorge zu finden.

**Volks-Hochschule Leipzig.** Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: Die Kurse Frank und Mänge treffen sich Sonnabend, den 30. Juni, zu einer Studienfahrt in die Dübener Heide. Abfahrt 17,24 Uhr mit Sonntagsrückfahrkarte nach Schölkau. Radfahrer 17,30 Uhr Gutritzhof Markt. Uebernehmen in Durchwehna, Gasthaus zur Linde. Decke und Badzeug mitbringen. Nachzügler in der Heide auf rote Zeichen achten.

Erwerbslosen-Freizeiten

Leipziger im Erzgebirge - Studium und Sport - Sonne und Luft - Ein Jugendparadies

Genosse Heller, der einen vom Ortsauschuß deutscher Jugendverbände in Johannegeorgenstadt veranstalteten Kursus für die erwerbslose Jugend leitet, teilt uns über seine Eindrücke bei diesem Kursus folgendes mit:

Heute, wo die Freizeit zu Ende ist, darf ich, ohne überschwänglich zu werden, sagen, daß mir diese Freizeit zu einem tiefen Erlebnis wurde. Es ist an sich eine gewagte Aufgabe, Jugendliche aus verschiedenen Interessenskreisen, gemeinsam verbunden fast nur durch die Not der Arbeitslosigkeit, für drei Wochen zu einer Gemeinschaft zu einem. Es sind da kümmerliche Jugendbeweiser und stille „Philosophen“, nikotinfreie Radfahrer und alkohollüsterne Fußballer, Menschen mit ganz verschiedener Einstellung zum Alltag. Es sind viele kleinliche und ermüdende Dinge, die man da so miterlebt und mitordnen muß. Eines ist aber sicher: Es ist eine gewaltige Tat des Ortsauschusses gewesen, erwerbslose Jugendliche für drei Wochen aus den Sorgen und der Kleinlichkeit des kapitalistischen Alltags herauszureißen. Es ist eine großartige Aufgabe, diesen jungen Menschen für drei Wochen ein neues Leben der Freude und der Kameradschaft in einem der schönsten Teile Deutschlands, die Möglichkeit zur Körperkultur und zur gemeinsamen geistigen Arbeit zu schaffen.

Man gibt jungen Menschen Freude, die bisher kaum wußten, wie schön das Leben sein kann. Man schafft so den Willen zum Aufstieg, zu neuen geistigen Bedürfnissen. Man gibt denen — wenn auch nur für, daß, so kurze Zeit — wieder Jugend, die, kaum halberwachsen, dem Kapitalismus frohnen müssen. Damit leistet man zweifelsohne eine soziale Tat, ein bedeutendes Stück Aufbau- und Erziehungsarbeit für unsere proletarische Jugend.

Mich hat eine gewisse Angst erfüllt, als ich mit meinem Kursus beginnen sollte. Ich habe mich gefragt: Werden diese jungen Menschen einfach noch den Willen aufbringen, zu lernen? Wird es ihnen nicht lieber sein, auf den sonnigen Bergen herumzuklettern, als im dumpfen Schulzimmer zu lauern? Wir haben uns gleich von Anfang an zu helfen gesucht. Kam die Sonne nicht zu uns in die Stube, gingen wir zu ihr hinaus in die freie und Unterirdik? Ich habe selten so viel „gearbeitet“, als während dieses Kursus. Ich stand fast schüchtern auf der sonnigen Bergeshalde, auf der wir „Schule“ hielten, konnte mich gar nicht richtig wehren, wie viele Fragen auf mich niederprasselten und wie schnell die Antworten — richtige und falsche — von andern wieder zurückkamen. Zum ersten Male erlebte ich richtig mit, was bewußte Arbeitsgemeinschaft ist. Man konnte da natürlich nicht mit Buchweisheit und er-

müdender Theorie beginnen. Es mußte in Anknüpfung an tägliches Erleben und aufgetauchte Wünsche versucht werden, zum selbständigen Denken zu erziehen. Zum ersten Male wurde mir vollkommen klar, wie schwer — aber auch darthar — proletarische Bildungsaufgabe ist, wie verantwortungsbewußt und gewissenhaft sie gelassen muß, damit ihr ein voller Erfolg beschieden ist. Jedenfalls darf abschließend gesagt werden, daß es durchweg gelungen ist, die Lust am Mitdenken und der Mitarbeit von Tag zu Tag zu steigern. Wir haben in diesen Wochen alle, Lehrer und Schüler, viel gelernt, und ich glaube, daß diese Arbeit, wie sie gemeinsam geleistet wurde, auch für die sozialistische Weiterbildung nicht nutzlos war.

Was wir den übrigen Teil des Tages getan haben? In der Früh Gymnastik getrieben. Nach dem Waschen, dem Frühstück und dem Unterricht haben wir uns die Sonne auf den Hals brennen lassen. Das war überhaupt unsere Hauptarbeit. Hall, gewandert sind wir auch „mit Singang und Klingelang“, im Erzgebirge und in der angrenzenden Tschechoslowakei. Schön war es, wundervoll schön, frohe, sorgenlose Stunden! Nur mit dem Essen war das so eine Sache. Da knappte zuerst manches nicht. Zuerst haben wir nach Leipzig telephoniert und es kamen Mitarbeiter und Genosse Dertel. Dann, als es nicht besser wurde, kamen die Genossen Schröder und Kühnert. (Ich darf ihnen im Namen der ganzen „Vereinschaft“ danken.) Sie haben alles richtig geordnet und durchgeführt. Eine Exkursionskommission übernahm die Organisation dieser schweren Angelegenheit. Selbstverwaltung war die Parole und so herrschte bald einmütige Begeisterung über Menge und Güte der Portionen.

Es wäre über die Johannegeorgenstädter Freizeit noch vieles zu sagen. Man überreißt nicht, wenn man erklärt: Die Erwerbslosen-Freizeiten sind eine Kulturtat an unserer Jugend. Die Erwerbslosen-Freizeiten halten das, was sie versprechen: Frohe Stunden für unsere proletarische Jugend, Wochen der geistigen und körperlichen Erholung, Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und der Solidarität, Ausdauer für den Kampf um eine bessere Zukunft. — Gestaltet man diese Erwerbslosen-Freizeiten weiter aus — eine Geldfrage —, so schafft man damit Großes und Gewaltiges für Jugend und Volk. Wir meinen, daß es für alle Behörden keine dankbarere Möglichkeit, ihre soziale Bekanntheit zu beweisen, geben kann, als die Unterstüßung dieser Freizeitbewegung.

Die Tage von Johannegeorgenstadt waren ein großer Erfolg der unermüdbaren Arbeit des Ortsauschusses deutscher Jugendverbände. Hoffen wir, daß ihm zu solchen Leistungen noch oft und in verstärktem Grade die Möglichkeit gegeben wird! Es ist eine Geldfrage...

Das neue Schulhaus

Es kann nicht geleugnet werden, daß unsere alten Schulbauten vielfach alles andere eher sind als heitere Stätten freudiger Arbeit. Die Schulgebäude, die Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts erbaut wurden, bringen häufig schon rein äußerlich den durch Reichtum und braves Handwerkler hinlänglich gekennzeichneten Geist zum Ausdruck. Diese dunklen, lauzerndähnlichen, muffig riechenden Schulgebäude sind Symbole, Symbole für die „Erziehung“, für die Zurechtbildung froher und mitunter rebellischer Jugend zu gestillten Durchschnitts-Untertanen.

Die Revolution hat das starre Gefüge der Schulverziehung aufgelockert. Der Volksschullehrer von heute ist ein anderer als der Durchschnittslehrer der Vorkriegszeit. Die Lehrerschaft hat die neuen Erziehungsgrundsätze teils begeistert aufgegriffen, teils hat sie sich ihnen, wenn auch widerstrebend, angepasst.

Es ist verständlich, daß in dieser Lehrerschaft der Wunsch lebendig ist, auch im Schulhaus, und zwar in seiner baulichen Gestaltung und in seiner inneren Ausstattung Ausdruck finden soll, daß die neue Schule ein Gesamtbild zeigt, das der Aufgabe der neuen Schule einen künstlerischen Ausdruck gibt, den „Ausdruck der Freiheit, der Freudigkeit, der Gemeinschaftsarbeit“.

Diesen berechtigten Wünschen der Lehrerschaft gibt eine Broschüre Ausdruck. Die Arbeit, an deren Entstehen ein größerer Kreis von Mitarbeitern beteiligt war, geht von dem Gedanken aus, daß das Schulbauprogramm in erster Linie eine pädagogische Angelegenheit ist, also Sache der Lehrer, daß die Zeiten nicht wiederkehren dürfen, in denen Architekt und Finanzmann dem Lehrer ein Gebäude übergeben, an dessen Planung und Gestaltung er keinen Anteil hatte.

Die Broschüre bringt zahlreiche, genau detaillierte Einzelvorschläge, Vorschläge, hervorgegangen teils aus Erfahrungen, Beobachtungen und Wünschen, die die neue Arbeitsweise in der Schule lebendig gemacht hat, teils aus Beschäftigungen einer Reihe von Schulneubauten aus den letzten Jahren. Unter Zugrundelegung der Bedürfnisse einer Volksschule mit etwa 20 Klassen sind die baulichen Notwendigkeiten der neuen Schule erörtert und formuliert worden.

Nach diesen Vorschlägen soll die neue Schule der örtliche und geistige Mittelpunkt des Stadtteils werden. Im freien Gelände liegend, von blühenden Gärten umgeben, das Baugeschehen gegenüber der strengen Geschlossenheit des alten Schulbaus gelockert, von Licht und Luft umflutet und durchflutet, soll das Gebäude jene Freiheit symbolisieren, die die neue Erziehung bringen soll.

\* „Das neue Schulhaus.“ (100 S., 21 Abb., Preis 2.— Mark. In Kommission bei Greiner u. Schramm, Leipzig, Querstraße 17.)

Der einförmige, graue Betonstrich ist verschwunden und hat lichteren Farben Platz gemacht. Hell und freundlich die Klassenzimmer, Blumen an den Fenstern und Jalousienvorhänge machen einen anheimelnden Eindruck. Die Fenster sind aus Glas, das die ultravioletten Strahlen durchläßt. — Verhänge, die mit diesem Glas unternommen wurden, zeitigen außergewöhnlich günstige Ergebnisse. — An Stelle der Klassenbänke sind quadratische Arbeitstische mit Stühlen getreten. Um Raum zu sparen, sind die Schränke in die Wände eingebaut. Wandbrunnen in den Gängen und auf dem Hofe sorgen für frisches Trinkwasser. Warmes und kaltes fließendes Wasser ermöglichten ausgiebige Reinlichkeit.

Selbstverständlich gehören in eine moderne Schule, um nur einiges zu nennen: eine erstklassige Lichtbildvorrichtung, eine schöne Pfeifehalle, Turnhallen mit Brausebädern, Gymnastik-Übungsstätten im Freien, ein Spielplatz für Kindererziehungen usw.

Warum nicht gleich ein Hallenschwimmbad, Tennisplätze und ein Planetarium? fragte ein mißvergnügter Stadtrat, mit dem wir über die Vorschläge des Lehrervereins debattierten. Er dachte mit Schrecken an seine leere Stadtkasse.

Gewiß, Herr Stadtrat. Ihre Vorschläge sind durchaus beachtlich. Aber da wird wohl der Finanzminister der Stadt ein veto einlegen. Wir wissen schon, so haben Sie's nicht gemeint. Nun, die Brausebäder tun's auch. Und eine Plattform auf dem Dache, von der aus man den Sternenhimmel beobachten kann, ist für die Schüler sicher fast so interessant, wie ein Planetarium.

„Ja, wenn die Schulmeister zu bestimmen hätten“...

Würden die Schulen anders aussehen, genau so, wie die Wohnungen anders aussehen würden, wenn die Hausfrauen über ihren Bau zu bestimmen hätten. Praktischer sicher. Zweckmäßiger. Jedenfalls: die Forderung nach einer Zusammenarbeit von Schulbehörde, Baumeister und Lehrerschaft bei Schulneubauten, ist durchaus berechtigt. Der Schwerpunkt des Problems aber scheint uns auf einer kleinen Forderung zu liegen, die sich ganz harmlos und unauffällig im Text der Broschüre befindet: die Höhe der Baukosten nicht von vornherein so zu begrenzen, daß die begründet vertretbaren Forderungen der Lehrerschaft für Schulneubauten nicht durchgeföhrt werden können.

Der Herr Stadtrat zieht ein Gesicht, als hätte er Eßig getrunken.

Sie denken an das Defizit des städtischen Etats, Herr Stadtrat?

Und das Reich?

Ach richtig, das Reich muß ja Panzerkreuzer bauen...

Frieda Edel.

Leipziger in der Fremde

Kleinjocher und der „Ober“.

Leipziger in der Fremde! Durch Joachimstal dummele ein gutes Duzend Leipziger Jungs. Sie sehen ein wenig unglücklich aus. Wandern ist zwar gesund, verschönert aber nicht das Aeußere. Weswegen die Jungs auch zum Friseur wollen. Sie haben nur Angst, wie sie sich im „selbstlichen Ausland“ verständigend lassen. Frisieren? Kaffern? Wie heißt das in der tschechoslowakischen Nationalprache? Endlich nehmen die Leipziger Knaben einen Anlauf. „Rein zum Friseur!“ Wenn auch die Tschechen nicht Deutsch verstehen, wie hat sich denn Robinson Crusoe mit den Kanakibalen verständigend? Das wäre doch lächerlich, wenn es nicht klappen würde!

Wir gehen also frohlich hinein. Einer von uns, der frechtste Knabe, macht den „Sprecher“. Mit unbestreitbarem Talent versucht er mit Hilfe von mimischen Gesichtszugverzierungen und graziosen Handverrenkungen dem Fingaro Karzuzumachen, daß er sich von ihm raffen lassen wolle. Einige Minuten betrachtet der Friseurgehülfe das anmutige Schauspiel „internationaler Verständigung“, dann meint er etwas schüchtern:

„Sie müssen wissen, ich bin Sie nämlich aus Kleinjocher.“

Kinderfreunde Leipzig

Sonntag, den 1. Juli 1928,

Heimweih in Mahren

10,20 Uhr Ankunft in Mahren. Anschließend Festzug durch den Ort.

Weiherede des Genossen Löwenstein, Berlin, Uebergabe des Heims.

Die Genossinnen und Genossen, die an der Feier teilnehmen wollen, fahren 9,50 Uhr ab Hauptbahnhof mit Sonntagstare.

# Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Stötteritz. Die Funktionäre werden erjagt, am Sonnabend, 30. Juni, von 17 Uhr ab Material in der Bibliothek abgeholt.

Frauen.

Thonberg. Dienstag, 3. Juli, 20 Uhr, im Himmelfeld, Vortrag über Ehe und Sexualberatung. Referent: Gen. Dr. Solowitschik.

Connewitz. Dienstag, 3. Juli, 20 Uhr, sind wir alle im Volkshausgarten. Treffen 19.30 Uhr am Kreuz.

Jungsozialisten.

Groß-Weipzig. Morgen Sonnabend, 19.30 Uhr, im Soz. Arbeiterheim Mödern, Beginn des Wochenendkursus mit Gen. Fuchs: Wie werden wir ausgebeutet? (Heim Volkstrasse, Straßenbahn 10 oder 11 bis Gustav-Kühn-Strasse.) Fortsetzung Sonntag, 1. Juli, 9 bis 13 Uhr.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Mit-Weipzig-Erd. Wir gehen morgen alle zum Sommer- und Kinderfest der Partei ins Volkshaus. Beginn 16 Uhr. 20 Pfennig mitbringen. Sonntag treffen wir uns 8.45 Uhr am Volkshaus zur Einweihung in Mödern. 60 Pfennig, Essen für den ganzen Tag und Trinkteller mitbringen. — Die kleine Gruppe bis zu 7 Jahren spielt jetzt Montags von 17 bis 19 Uhr in der 3. Volkshaus, Kriemhildstrasse.

Sten II. Für Mödern treffen wir uns 8.30 Uhr am Mohrenplatz. 60 Pfennig mitbringen.

Stünz. Für Mödern treffen wir uns 9 Uhr an der Ede. Fahrpreis für Kinder unter 10 Jahren 25 Pfennig, für ältere 50 Pfennig.

Neuhäuser Ostbezirk. Alle Kinder, die nächste Woche nach Mödern kommen, nehmen an der Weibe teil und bleiben dann im Heim. Mitzubringen sind Referatbuch und Strümpfe, Wasch- und Badezeug, Schlüpfel oder Hausstube und 3 Mark.

Stübchen. Horde Viefel-Lotte spielt am Sonnabend um 17 Uhr in der Amstelsche; bei Regen im Heim. — Weibe Mödern. Alle Bezirke haben zur Weibe einen Radfahrer zu stellen.

Connewitz. Für Mödern treffen wir uns 8 Uhr am Kreuz. Padezeug, Trinkteller und Essen für den ganzen Tag mitbringen. Anmeldungen für die große Fahrt in den Mordegrund (Erzgeb.) müssen sofort abgegeben werden.

Dehsh-Gaußh. Sonnabend 17 Uhr im Gartenverein Erholung. Gohlis. Sonntag stellen wir zum Kinderfest um 13 Uhr am Heim. — Dienstag, 3. Juli, Elternabend im Heim. Beginn 20 Uhr. Lichtbilder und Aussprache über unseren Ferienaufenthalt in Mödern, Annaberg und Rautentanz.

Mit-Weipzig-Nord. Radfahrer treffen sich 8.45 Uhr am Töpferheim.

Sprechchor.

Heute 19.30 Uhr Probe in der Schule, Westalozstrasse 4. Die Jugend des Textilarbeiter-Verbandes braucht erst nächsten Mittwoch zur Probe zu kommen, da heute keine Texte vorhanden sind.

Mitglieder-Veranstaltungen

Tauscha. Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich an der Sommerwende der Jugend. Stellen 21 Uhr zum Fackelzug am Marktplatz.

Holzhausen-Judelhäuser. Sonnabend, 30. Juni, 20 Uhr. Mitgliederversammlung mit Lichtbildern. Erscheinen aller ist Pflicht.

Völkisch. Sonnabend Treffen zur Sommerwende des Völk. an der Fichte-Ede. Romarisch 19 Uhr. — Wer mit zur Heimweibe nach Mödern fährt, findet sich am Sonntag 8.30 Uhr an der Bahndrücke ein oder 9.30 Uhr am Hauptbahnhof.

Zwenkau. Sonnabend 20 Uhr in der Sommerlust spricht Gen. Wieligt über: Die Sozialdemokratie im neuen Reichstag.

Gohlis. Zu unserem Sommer- und Kinderfest treffen wir uns Sonntag 13.30 Uhr am Vikau-Ausschank. Für die Kleinen stehen Wagen bereit! Wir marschieren gemeinsam auf den Platz des Arbeiterturnvereins am Tauschaer Weg neben Wader.

Borsdorf. Sonnabend, 30. Juni, 20 Uhr, im Feldschlösschen, Mitgliederversammlung. Alle müssen anwesend sein.

## Ehepaare in Untermiete

Über 300 000 junge Ehepaare wohnen bei Verwandten.

wk. Das Statistische Reichsamt stellt in Wirtschaft und Statistik jedoch genau fest, wiederholt junge Ehepaare in den Groß- und Mittelstädten heute infolge der Wohnungsnot gezwungen sind, bei Verwandten, vor allem bei den Eltern, zu wohnen.

Die Zahl der durch die Reichswohnungsabzählung am 16. Mai 1927 festgestellten Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung beträgt in den Großstädten etwa 481 000, in den Mittelstädten rund 80 000. Davon leben in den Großstädten 254 000 oder 52,7 Prozent, in den Mittelstädten 49 000 oder 61 Prozent bei Verwandten. Mehr als die Hälfte aller Untermieterfamilien ist also mit dem Wohnungsinhaber verwandt, in den Mittelstädten sind es sogar 7/10. Es ist dabei festzustellen, daß von den bei Verwandten wohnenden Familien über 1/2 bei den Eltern untergebracht sind und zwar wohnen regelmäßig weit mehr Familien bei Elternpaaren als bei einzelnen Elternteilen.

Von der Gesamtzahl der verwandten und nicht verwandten Untermieterfamilien wohnt in den Großstädten jede vierte, in den Mittelstädten fast jede dritte, bei einem Elternpaar.

## Die verunglückten Skifahrer

Vor einigen Tagen berichteten wir über den Leichenfund am Padofterjoch. Es handelt sich um die Leiche eines der drei Touristen, die im Februar von einer Lawine verschüttet wurden. Jetzt wurde, wie die Innsbrucker Nachrichten melden, eine zweite Leiche gefunden und als die des Handlungsgeschliffen Flor festgestellt. Nicht gefunden ist bis jetzt die Leiche des Mechanikers Rudolf Schmidt. Doch darf mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß in den nächsten Wochen, in denen der Schnee immer weiter zurückgedrängt wird, auch die Leiche des dritten Opfers der Unglückslawine ans Tageslicht kommt.

Der Verwaltungsvorstand nach Ziegenrück am Sonntag, dem 1. Juli, vertehrt bestimmt. Abfahrt Leipzig Hauptbahnhof 5.45 Uhr, Bahnhofsplatz 4. Fahrkarten in beschränkter Zahl noch zu haben.

Elternabend. 14. Volkshaus. Mittwoch, den 4. Juli, 19.30 Uhr. Vortrag mit Lichtbildern, Herr Schlotte vom Psychologischen Institut Leipzig über „Geistige und seelische Vorgänge in der Entwicklung des Kindes“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Bauarbeiterjugend. Die Jugendkollegen, die Sonntag, den 1. Juli, mit in die Dübener Heide gehen, müssen Freitag, den 29. Juni, 18 Uhr, im Volkshaus sein.

Kinderchor Gutenberg. Treffen kommenden Montag, 19.30 Uhr, am Volkshaus, zum Besuch des Dessauer Kinderchorkonzerts!

Diebstahl an einem Schwerekriegsbeschädigten. In der Nacht zum 22. Juni sind einem Schwerekriegsbeschädigten, während er ohne Bewachung in der Toreinfahrt eines Grundstücks der Berliner Straße gelegen hat, eine Blindenühr „Alpina“, Nummer unbekannt, mit einer Doublette, und verschiedene Ausweispapiere gestohlen worden. Wer Barmessungen über den Täter gemacht hat, wird gebeten, sich beim Kriminalamt zu melden.

Freiheitskämpfer an den Freiübungen. Morgen Sonnabend, den 30. Juni, an der Freiheit I Nr. 4501 bis 5000 und Nr. 1 bis 2200; an der Freiheit II Nr. 2051 bis 4251 und Nr. 1 bis 600. Von 10 Uhr an freier Verkauf.

# Ehe- und Sexualberatung - Frauenschutz

## Ein sozialdemokratischer Erfolg

Am Donnerstag, dem 28. Juni, hielt der Landtag seine 82. Sitzung ab, in der als wichtigste Beratungsgegenstände Fürsorge für schwangere Frauen und Ehe- und Sexualberatungsstellen auf der Tagesordnung standen.

Die Krankenhausbroschüre Annaberg und Plauen.

Zum Staatskapitel Frauenkliniken zu Dresden und Chemnitz und Krankenliste Zwidau liegt ein Minderheitsantrag Thümmel (Soz.) vor auf Einstellung eines ersten Teilbetrages von 500 000 Mark für

Errichtung einer Frauenklinik in Plauen.

Ministerialrat Dr. Schulte bemerkte, es sei ihm gelungen, für das Krankenhausprojekt Annaberg vom Reiche einen verlorenen Zuschuß von 250 000 Mark zugelangt zu erhalten, die Sache sei aber ins Stocken geraten, weil der Bezirk Annaberg neuerdings ein großzügiges Projekt aufgestellt habe, bei dessen Verwirklichung aber ein Reichszuschuß nicht in Frage komme. Deshalb müsse er bitten, dem Gesuche des Bezirkes der Amtshauptmannschaft Annaberg, das nach dem Ausschuhentwurf der Regierung zur Berücksichtigung überwiegen werden soll, eine andere Fassung zu geben. Was Plauen anlangt, so wolle sich erst einmal die Stadt darüber schlüssig machen, ob sie einen völligen Neubau oder einen Um- oder Ausbau des alten Krankenhauses wolle. Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge sehe sich die Regierung, selbst wenn der Minderheitsantrag angenommen werde, außerstande, die 500 000 Mark noch in diesem Jahre auszugeben.

In der Aussprache trat Genossin Schlag den Ausführungen des Regierungsvortrags entgegen.

Die Abstimmung über das Kapitel erfolgt erst in der nächsten Sitzung. Zum Minderheitsantrag Thümmel ist namentliche Abstimmung beantragt.

Zum Kap. 25:

Medizinalpolizei

forderte ein Minderheitsantrag Schilling (Soz.) die Übernahme der vollen Kosten, die sich aus dem Wundesteinommen und dem Ruhelohne der Hebammen ergeben.

Im Zusammenhang damit kam zur Verhandlung der sozialdemokratische Antrag auf Bereitstellung von Mitteln zur Errichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen.

Der Ausschuß empfiehlt die Annahme des Antrages.

Genossin Schilling:

Die Richtlinien über Sexual- und Eheberatung entsprechen, bis auf einige Abänderungen, den Richtlinien, die der Kommunalpolitische Landesauschuh der SPD als Vorläufer der Regierung überreicht hat. Die Auslastungserhöhung in den Beratungsstellen soll sich auf rechtliche, gesundheitliche und erbschaftliche Fragen erstrecken. Auch die Geburtenregelung soll dabei ihre Erledigung finden. Ebenso soll der Jugend Gelegenheit gegeben werden, sich über Fragen sexueller Natur Auskunft holen zu können. Zu bedenken ist, daß die Regierung die Richtlinien dadurch hart abgeschwächt hat, daß sie der Kirche ein Sonderrecht eingeräumt hat. Die Kirche hat, auf Grund des Sächsischen Wohlfahrtsvereinsgesetzes, nicht mehr Recht als die übrigen freien Wohlfahrtsvereinigungen. Es bedeutet eine Verletzung der Parität, wenn die Innere Mission zur Durchführung der Eheberatungsstellen doppelt und dreifach herangezogen werden soll. Wenn die Regierung erklärt, sie will damit nur erreichen, daß wirklich alle Kreise zur Durchführung der Beratungsstellen herangezogen werden, so ist das eine mehr als fahrlässige Begründung, denn mit demselben Recht könnten auch alle politischen Organisationsgruppen Anspruch auf Heranziehung erheben. Es bedeutet schon von vornherein eine gefährliche Kompromittierung, wenn die Richtlinien nicht in dem Sinne abgeändert werden, daß alles gestrichen wird, was auf eine gesonderte Heranziehung der Kirche hinausläuft. (Bravo! links.)

Genossin Schlag

begründete in wirkungsvoller Weise den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Aufhebung des Beschlusses des Sächsischen Bezirksamtes Chemnitz, für eine Schwangerschaftsunterbrechung außer in Fällen schwerer Lebensgefahr die vorherige Beratung mit wenigstens noch einem zweiten Arzt zu verlangen. Dieser Beschluß habe schon nach dem zweiten Arzt ausgelöst, nicht nur bei den sozialistischen Ärzten, sondern bei den weitaus meisten der Bevölkerung, denn der Beschluß bedeute eine große Erschwerung und Einengung der jetzt vorhandenen geringfügigen Möglichkeiten einer medizinischen Schwangerschaftsunterbrechung. Es handle sich um eine ganz reaktionäre Maßnahme der Verzeitschaft (Sehr richtig! bei den Soz.), die übrigens eine außerordentliche Geschäftstüchtigkeit erkennen läßt. Dabei sind die ärztlichen Einnahmen schon jetzt recht erheblich. Die Denkschrift des Landesgesundheitsamtes über das Kinderheft ist eine Anhäufung von Widersprüchen und hat einen so unlogischen Ausklang, daß man sich nicht vorstellen kann, daß sie Dr. Weber verfaßt hat. Sie scheint uns vielmehr eine politische Polemik gegen Ruhland zu sein, und dagegen müssen wir uns verwahren. Wir lehnen auch diese Denkschrift ab.

Wenn Sie für unsere Anträge zum Schutze für Mutter und Kind und zur Besehung der Wohnungsnot eintreten, so brauchen wir Ihre Beschlüsse der Verzeitschaft nicht, denn dann würden wir wahrheitsgemäß die Unterbrechung der Schwangerschaft und der Geburtenrückgang nicht mehr zu bemerken sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es liegt in erster Linie an den schlimmsten wirtschaftlichen Verhältnissen, die von Ihnen vertreten und weiter vertieft und verschärft werden, daß Frauen aus dem Volke zu solch unglücklichen Mitteln gezwungen werden. (Bravo! links.)

Bei der Abstimmung wurde der Ausschuhentwurf, die Einstellungen für das Hebammenwesen von 240 000 M. auf 320 000 M. zu erhöhen, einstimmig angenommen.

Im Haushaltsauschuh A war durch eine Zufallsmehrheit der Beitrag für die dritte Rate zum deutschen Hygienemuseum in Höhe von 500 000 Mark abgelehnt worden. Im Plenum stimmten die Arbeiter zunächst auch für Ablehnung. Darüber große Bestärkung bei den Bürgerlichen. Herr Blüher rief verärgert: Es handelt sich um das Hygienemuseum. Jetzt kugelten die verschlafenen Arbeiter. Unter dem stürmischen Gelächter des Hauses erhob sich erst Wirt zögernd, dann Weibke, dann Müller, zuletzt Hagen. Ein Witz zum Hilfen! So kam Herr Blüher doch noch zu den gewünschten 500 000 Mark.

Der Antrag Schilling (Soz.), den infolge Erkrankung im Besonderen erwerbsunfähig gemessenen Hebammen den vollen Ruhe-lohn zu gewähren, wurde von derselben Mehrheit niedergestimmt. Also mit Hilfe der MSP!

Selbstverständlich wurden mit derselben Rücksichtslosigkeit auch die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge zu dem Ausschuhentwurf betreffend die Ehe- und Sexualberatungsstellen abgelehnt. Der sich gegen den Sächsischen Bezirksamtsrat Chemnitz richtende Antrag ging an den Rechtsauschuh.

Beim Etat des Finanzministeriums stimmte die Linke gegen das Gehalt des Finanzministers.

Die Wegebaufallen.

Zum Kapitel: Staatsstraßen- und Wasserwesen, forderten sozialdemokratische Minderheitsanträge Erhöhung der eingestellten Mittel für Wegebaufallen von 1 300 000 Mark auf 2 500 000 Mark und Vorlegung eines Bauprogramms, das die Übernahme der sogenannten schwarzen Straßen auf den Staat und Bereitstellung der erforderlichen Mittel.

In der Aussprache führte Genosse Müller, Plauitz, in Abwehr kommunistischer Angriffe aus, daß die sozialdemokratische Fraktion die Schwierigkeiten des Straßenbauproblems kenne und sich deshalb auf Anträge beschränkt habe, deren Durchführung unter allen Umständen möglich ist. In die Herstellung der Gemeindegangstraßen müsse planmäßig herangegangen werden. Dadurch werde es auch möglich sein, daß ein großer Teil der Arbeitskräfte, der jetzt Erwerbslosen- und Krisenunterstützung bezieht, Beschäftigung findet. Die im Etat eingestellten Mittel reichten allerdings nicht aus.

Die Minderheitsanträge wurden abgelehnt und darauf das Kapitel nach den Anträgen der Auschuhmehrheit verabschiedet. Danach werden u. a. die Wegebaufallen auf 2 Millionen Mark erhöht. Wegen der schwarzen Straßen soll mit den Gemeinden verhandelt werden. Beim Neubau von Straßen sollen Radfahrwege angelegt werden. Vom Reiche soll eine wesentliche Erhöhung des Anteils Sachsen aus der Kraftfahrzeugsteuer gefordert werden.

Die sozialdemokratischen Anträge auf Aufhebung des Straßenbaumandats von 1781 und Schaffung eines neuen Wegebaugesetzes, sowie gegen Wiedereinführung der Kraftfahrarten und der Fahrradsteuer wurden einstimmig angenommen.

Vertreibung der Flüchtlinge aus dem Lager in Zeithain.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte die Aufhebung der Gutsbezirke Zeithain-Lager und Dresden-Albertstadt. Die Auschuhmehrheit beantragt Ablehnung des Antrages und das Ersuchen, an die Regierung zu treten, wegen der Vertreibung des Gutsbezirks Albertstadt mit der Stadt Dresden mit der Reichsregierung in Einmütigkeit zu treten. 2. bei der Reichsregierung auf anderweitige Unterbringung der Bewohner des ehemaligen Flüchtlingslagers Zeithain zu dringen und in der Zwischenzeit dafür zu sorgen, daß die Gemeinde Zeithain keine finanziellen Lasten zu tragen hat. Der Berichterstatter Genosse Bobbert jagte: Der Antrag der Regierungsparteien sei unüberführbar und, wenn er es doch wäre, bedeute seine Durchführung eine grausame Härte für die Bewohner von Zeithain-Lager. Der Mehrheitsantrag sei nichts anderes als eine neue Deportation und Exilierung von 3000 Ausländerinnen.

Nicht bloß aus sittlichen, sondern auch aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen müsse der Mehrheitsantrag abgelehnt werden. Der sozialdemokratische Antrag werde als Minderheitsantrag aufrecht erhalten.

Nachdem Herr Blüher sich entschieden für den Mehrheitsantrag eingesetzt hatte, wurde der Minderheitsantrag selbstverständlich abgelehnt.

Die Einstellung von 400 000 M. im Haushaltsplan zur Förderung des Luftfahrwesens wurde gegen die Linke bewilligt.

Das Gesuch der Frau Voigt um Nachprüfung ihres Urteils (siehe Parlamentsbericht vom Dienstag) wurde an den Rechtsauschuh zurückverwiesen.

Zum Kap. 24:

Oberbergamt und Bergämter

lag ein Antrag Tempel-Herrmann (Soz.) vor, die eingestellte Summe für Darlehen zur Unterstützung in Betrieb befindlichen Erzebergwerke im westlichen Erzgebirge um 60 000 M. auf 330 000 M. mit der Maßgabe zu erhöhen, daß diese Summe für die noch in Betrieb befindlichen Erzebergwerke im Freiberg-Gebiet unter der Bedingung verwandt wird, daß der Staat dieser Summe entsprechend am Besitz der Grube beteiligt wird.

Der Antrag wurde gegen die Linke abgelehnt. Weiter lag ein Entschuldigungsantrag Herrmann (Soz.) vor.

Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, die Bergämter anzuweisen, sofort bei allen Werken der sächsischen Steinindustrieviere, bei denen ausländische Arbeiter beschäftigt werden, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, Maßnahmen zu treffen, daß die Bestimmungen des § 158 der allgemeinen Bergpolizei-Vorschriften von 1901 für Sachsen durchgeführt wird.

obwohl sich die Nationalsozialisten und Aufwärtler der Linken angegeschlossen (die Arbeiter gingen mit den Rechten!), veränderte der Vizepräsident Dr. Ehardt — zu Unrecht — die Ablehnung des Antrages. Die Linke protestierte energisch.

Die Ablehnung erfolgte, obwohl die Regierung vorher erklärt hatte, daß sie gegen die Annahme des Antrages nichts einzuwenden hätte!

Dann beschäftigte sich das Haus noch mit der Porzellanmanufaktur Meissen und dem Entwurf einer Satzung der neuen Arbeiterklasse der Porzellanmanufaktur. Da die Vorlage manche sozialpolitische Verschlechterungen brachte, hatte auch hier die sozialdemokratische Fraktion Verbesserungsanträge eingebracht, die jedoch von der Mehrheit niedergestimmt wurden.

Nächste Sitzung: Dienstag 15 Uhr.

## Der Wohnungsbedarf in Industriebezirken

In Preußen fehlen 140 000, in Sachsen 16 000 Industriearbeiterwohnungen.

wk. Umfragen bei dem preussischen Minister für Volkswohlfahrt, dem sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsminister, dem Verband der preussischen Provinzen, dem Deutschen Städtebund, dem Reichsstadtebund, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Landgemeindegeld und dem Reichsverband der deutschen Industrie haben ergeben, daß fast alle Industrien ihre Betriebe ausbauen und weiterentwickeln könnten, wenn es durch die Deckung des Wohnungsbedarfs in den Industriegebieten gelänge, die nötigen Arbeitskräfte heranzuziehen.

Besonders stark ist der Mangel an geschulten Facharbeitern und Werkmeistern hervorzuheben. Es gelang nicht, diese für die Industrie wertvollen Facharbeiter gerade dort zu erhalten, wo sie am dringendsten nötig waren. Es handelt sich hier meist um verheiratete Leute, die sich ohne Bereitstellung eines ausreichenden Wohnraums nur selten von ihren Familien zu trennen pflegen. Schwere wiegend ist auch die Wirkung der durch weite Anfahrten und schlechte Verkehrsverhältnisse unglücklichen Wohnungsverhältnisse auf die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters. Etwa 20 bis 30 Prozent und oft ein noch höherer Prozentsatz der Arbeiterkräfte müssen beträchtliche Strecken von 1 bis 3 Stunden und darüber hinaus zu ihrer Arbeitsstätte zurücklegen.

In Preußen fehlen insgesamt 140 000 Industriearbeiterwohnungen, in Thüringen 1000, in Sachsen 16 000. So wirkt die Wohnungsnot unglücklich zurück auf den Arbeitsmarkt. Ein Grund mehr, ihn mit allen nur denkbaren Mitteln auf den Leib zu rücken.

## Was ist Tonal?

Tonal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!

Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Über 5000 Ärzte anerkennen die hervorragende Wirkung des Tonal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis 30 Pf. 1.40. 0,48 Chin. 12,6 Lith. 74,8 Acid. soet. sal. ad 100 Amyl.

# Ämtliche Bekanntmachungen

## Aufforderung

zur Anmeldung des Altbesitzes und zur Einreichung des Neubestandes der Anteile der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten zu Leipzig und der Leipziger Palmengarten-Aktiengesellschaft, soweit die Anmeldung und Einreichung nicht bereits im Verfahren wegen Aufwertung der Stadtanleihen erfolgt ist.

Gemäß § 39 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 (Reichsgesetzblatt I Seite 117) fordern wir die Altbesitzer der nachstehend aufgeführten Anleihen: 1. 4% Anleihe der A.-G. Zoologischer Garten zu Leipzig vom Jahre 1899, 2. 3% (4%) Anleihe der Leipziger Palmengarten-A.-G. vom Jahre 1898, 3. 3% (4%) Anleihe der Leipziger Palmengarten-A.-G. vom Jahre 1900 auf, ihre Schuldverschreibungen, für die die Vorrechte des Altbesitzes in Anspruch genommen werden, zur Vermeidung des Verlustes des Genussrechtes innerhalb einer Frist von einem Monat seit dem Erscheinen dieser Aufforderung im Deutschen Reichsanzeiger bei der Aufwertungsstelle für Stadtanleihen, Leipzig, Neues Rathaus, Erdgeschoss, Zimmer 152, anzumelden.

Der Anmeldung sind die Mängel der Schuldverschreibungen nebst Zinscheinbogen, ein nach Anleihen und der Nummernfolge geordnetes Verzeichnis und die zum Nachweis des Altbesitzes erforderlichen Unterlagen beizufügen. Für die bei vorbezeichnete Aufwertungsstelle unmittelbar erfolgenden Anmeldungen stehen Vorbrüche zur Verfügung.

Altbesitzer sind die Inhaber von Schuldverschreibungen, die ihre Schuldverschreibungen vor dem 1. Juli 1920 erworben haben und die bis zur Anmeldung Obligationen gültiger geblieben sind. Den Altbesitzern stehen gleich die Inhaber von solchen Schuldverschreibungen, die gemäß § 38 des Aufwertungsgesetzes als vor dem 1. Juli 1920 erworben gelten.

Beweismittel für den Altbesitz sind binnen einer Frist von zwei Monaten, gerechnet seit dem Erscheinen dieser Aufforderung im Deutschen Reichsanzeiger, einzureichen, soweit sie nicht schon bei der Anmeldung mitgebracht werden können.

Einer nochmaligen Anmeldung des Altbesitzes bedarf es nicht, soweit die Anmeldung und Einreichung bereits im Verfahren wegen Aufwertung der Stadtanleihen erfolgt ist. Diefen bereits angemeldeten Stücken werden, falls die oben angegebenen Voraussetzungen vorliegen, die Vorrechte des Altbesitzes ohne weiteres eingeräumt.

Ferner fordern wir die Neubesitzer der vorerwähnten Anleihen auf, gleichfalls innerhalb einer Frist von einem Monat seit dem Erscheinen dieser Aufforderung im Deutschen Reichsanzeiger, ihre Schuldverschreibungen nebst Zinscheinbogen mit einem nach Anleihen und der Nummernfolge geordneten Verzeichnis bei der oben genannten Aufwertungsstelle einzureichen, soweit die Einreichung nicht bereits im Verfahren wegen Aufwertung der Stadtanleihen erfolgt ist.

Die Anmeldungen und Einreichungen sind provisorisch, wenn sie unmittelbar bei der Aufwertungsstelle erfolgen; andernfalls wird von den Banken die übliche Provision in Anrechnung gebracht.

Auf jede (frühere oder neue) Anmeldung und Einreichung werden wir noch besondere Benachrichtigung ergehen lassen, sobald die Auslieferung der neuen Stücke erfolgen kann.

Die vorstehende Aufforderung ist in den nachstehenden Blättern erschienen:

- Deutscher Reichsanzeiger,
- Leipziger Neueste Nachrichten,
- Neue Leipziger Zeitung,
- Leipziger Volkszeitung.

Leipzig, den 28. Juni 1928.  
Der Rat der Stadt Leipzig.

## I. Nachtrag

zur Ordnung, den Bootverkehr auf den Gewässern innerhalb des Stadtgebietes Leipzig betr., vom 17. März 1928.

Die in § 6 enthaltenen Vorschriften über den Verkehr der Boote werden wie folgt ergänzt:

a) Das Plägewecheln in den Booten ist verboten.  
Leipzig, am 23. Juni 1928.

Das Wasseramt der Stadt Leipzig.  
Stadtrat Lampe.

Das Polizeipräsidium Leipzig.  
Fleischer, Polizei-Präsident.

Der vom Polizeipräsidium Leipzig am 10. 3. 1927 unter der Vitennummer 18520 auf den Namen

**Paul Selus Martin Junf** ausgestellte Führerschein für Kraftwagen der Klasse 3a sowie die Zulassungsbcheinigung für den Kraftwagen Kz. III 26118 der Firma Rudmann & Junf hier, Marschstraße 5 sind verloren worden.

Zur Verhütung von Mißbrauch werden der Führerschein und die Zulassungsbcheinigung hiermit für ungültig erklärt.  
V. R. III 3903. =

Leipzig, am 27. Juni 1928.  
Das Polizeipräsidium.

Die am 13. August 1925 vom Polizeipräsidium Leipzig ausgestellte Zulassungsbcheinigung für das Kraftfahrzeug III 13734

besitzer: Zimmermeister Baumeister Kurt Friedrich in Leipzig, ist verloren worden. Kz. III 4473

Zur Verhütung von Mißbrauch wird diese hiermit für ungültig erklärt.  
Leipzig, den 28. Juni 1928.

Das Polizeipräsidium.

**Laucha** Im ehem. Stadtankenhaus werden abgegeben: Wasser, Heißluft, elektrische Fichten-nadel, Kohlenäure, Schwefel- und Sauerstoffbäder, sowie wirkungsvolle Massagen ausgeführt: Montags, Mitt-wochs, Freitags 8-12 Uhr vormittags, 1-7 Uhr nachmittags.  
Der Stadtrat Laucha.

**Begau** Öffentliche Sitzung des Schulausschusses am Mittwoch, dem 4. Juli 1928, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaal, Tagesordnung am Ratsbrett.

**Zahrmart in Bad Lausitz** am 8., 9. und 10. Juli 1928.  
Der Stadtrat.

## Kleine Anzeigen

in der Leipziger Volkszeitung bringen Sie

Große Erfolge!

# 8 Werbe-Tage

vom 29. Juni bis 7. Juli 1928

## 10% Rabatt

auf unsere ausgezeichneten Saisonpreise und dazu

## Teilzahlung

1/4 Anzahlung, Rest in 12 bis 16 Wochenraten

Der Arbeiterstamm der Kleiderfabrik unserer Gesellschaft muß auch in der stillen Zeit voll und ganz beschäftigt werden.

Nützen auch Sie die günstige Einkaufsgelegenheit

Vorn. Straßen-Anzüge in frischen Farbtönen mit modernem Ueberkaro... **54.-42.-36.-**

Eleg. Kammg.-Anzüge 1- und 2-reihig, Jesche Art **98.-76.-68.-**

Blaue Kammg.-Anzüge **95.-68.-57.-**

Sport-Anzüge hübsche Farben u. Fasson **67.-48.-32.-**

Mäntel für jede Witterung und Gelegenheit!



**Franz Mettner**

Zeitzer Straße 8, im Hause des G. D. A.

Wir sind billiger als wie zuvor

37756

Jugendl. Strohhut mit K'Seidenrand **1,95**

Fesche Sportglocke mit Bandgarnitur **3,75**

Elegante Florentiner Glocke imit., auch in weiß, mit Blumentuff u. Bandgarnitur **5,75**

Reizender Kinderhut Florentiner imit., in schiedenen Formen **2,95**

**haus der Hüte**  
G.M.B.H.

**Brühl 6** Grimmsch. Steinv. 19  
Windmühlenstr. 24  
Eisenbahnstraße 31  
Breite-, Ecke Beuchaer Straße

## Bereit sein, ist alles

Im Leben. Dazu gehört heute unbedingt auch die Kenntnis über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik. Diese Kenntnis vermittelt in fesselnder Form die illustrierte Wochenschrift „Die Umschau“. Verlangen Sie kostenlos das Probeheft 10 vom Verlag der Umschau in Frankfurt a. Main, Niddastraße 81/83. Die Umschau ist seit 50 Jahren auf dem Gebiete das beste Blatt



In der Welt!

## Sommer-Sprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen

unter Garantie

durch das erste unschädliche Teintverbesserungsmittel „Beaus“ Stärke B (nat. geld.)

beseitigt

Preis 2,75 Mark.

Keine Schüttel. Nur zu haben in der Drogerie Joh. Achonich, Johannisplatz 19; Drogerie A. Allner, Stedner-Passage; Drogerie Karl Stuck Nacht, Peterssteinweg 7.

# Extra-Preise

durch meine jahrzehntelangen Groß-Einkäufe beste Beziehungen — knappste Kalkulation



**Haferl-Schuh**

Strapazier- und Wanderschuh

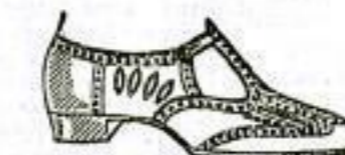
41/46 . . . 12.50	27/30 . . . 7.50	<b>5<sup>50</sup></b>
36/40 . . . 10.90	25/26 . . . 6.50	
31/35 . . . 8.50	23/24	



**Braune Spangen**

bequeme Paßform  
solide Verarbeitung  
10.50, 9.50 und

**8<sup>90</sup>**



**Sandaletten**

Modifarben, rot und blau, Qualitätsware

**9<sup>50</sup>**

# M. FRIED

Reichsstraße 26

Windmühlenstraße 1-5

## Jeder Bücherfreund

deckt seinen Bedarf an Poesie, wissenschaftlicher und Unterhaltungsliteratur entweder in der Zentrale oder in den Zweiggeschäften bei

Leipziger Buchdruckerei AG  
Ubieta, Buchhandlung, Lauchaer Straße 19/21



Parteienwirrwarr in Frankreich

Ein Artikel des Sozial-Pressebüros unterrichtet über die Parteigruppen in der neuen französischen Kammer.

Die offizielle Liste der parlamentarischen Gruppen ist dieser Tage erschienen. Wir geben sie hier wieder, wobei wir die Reihenfolge nach politischen Gesichtspunkten, und zwar von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, aufgestellt haben:

Kommunisten	13
Sozialisten	100
Linksunabhängige	15
Republikanische Sozialisten (offizielle)	13
Republikanische Sozialisten (nichtoffizielle)	18
Radikale	125
Radikale Linke	53
Demokratische Volkspartei	19
Unionistische Linke	18
Linksunabhängige	15
Demokratisch-soziale Aktion	29
Republikanisch-demokratische Union	102
Nicht eingeschrieben	39

Die zwei einzigen Gruppen, die dem deutschen Leser nicht besonders erläutert werden müssen, sind die kommunistische und die sozialistische. Alle übrigen sind Gebilde, die einer kurzen Erklärung bedürfen. Die „Linksunabhängigen“ sind eine ganz neue Gruppe, gebildet von Männern, die den Sozialisten nahesteht oder die ihnen sogar bis vor kurzem angehört haben, aber aus persönlichen Gründen die Partei verlassen mußten, z. B. Alexandre Barente, der 1926 auf die Parteimitgliedschaft verzichtete, um den Posten des Generalgouverneurs von Indo-China anzunehmen. Dennoch hatten die Sozialisten darauf verzichtet, ihm einen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Praktisch dürften mindestens sechs von den 15 Mann dieser Gruppe stets mit den Sozialisten stimmen.

In der vorigen Kammer gab es nur eine Gruppe von „Republikanischen Sozialisten“, die sich allerdings seit der Bildung der Regierung Poincaré in zwei Teile gespalten hatte: in Anhänger und in Gegner der Regierung. In der neuen Kammer wird es nun zwei getrennte Fraktionen dieses Namens geben: Die eine, die eine Art Parteidisziplin anerkennt und ebenfalls den Sozialisten sehr nahesteht, während die andere aus persönlichen Anhängern von Briand und Painlevé, die selber Mitglieder dieser linken Gruppe sind, besteht und, wenigstens zur Zeit, die Regierung Poincaré unterstützt.

Die Radikalen (die sich auch „Radikalsozialisten“ nennen), sind wieder die stärkste Gruppe im Parlament. Diese bürgerlich demokratische Gruppe leidet aber an einem chronischen Mangel an Homogenität und Disziplin, der seit der Bildung der Regierung Poincaré ganz besonders schlimme Formen angenommen hat und der in der neuen Kammer bei der ersten Kampfabstimmung besonders deutlich zum Vorschein gekommen ist: nur eine kleine Minderheit folgt bedingungslos den radikalen Ministern Herriot und Queuille. Etwa ein Drittel unter Führung von Daladier, den

offiziellen Parteivorstehenden, ist entschieden oppositionell. Der Rest schwankt zwischen Herriot und Daladier und sucht in kritischen Situationen sein Heil in der Stimmenthaltung.

Charakteristisch für diese Zerfahrenheit der Radikalen war ihr Verhalten bei der Abstimmung am 14. Juni über die von der Regierung gestellte Vertrauensfrage gegen den sozialistischen Antrag auf Freilassung aller inhaftierten — kommunistischen und autonomistischen — Abgeordneten. In der Fraktion war einstimmig beschlossen worden, Stimmenthaltung zu üben. Der Abgeordnete Duon Delbos war beauftragt, diese Stellungnahme im Plenum kurz zu begründen. Als sein Name aufgerufen wurde, war er nicht aufzutreten. Bei der Abstimmung stimmten 27 Radikale mit der Regierung, 35 gegen sie, 61 enthielten sich der Stimme. Nachträglich erklärten 8 von den Letzteren, die Stimmenthaltung sei vom Fraktionssekretär gegen ihren Willen geübt worden.

Die „Radikale Linke“ ist die Gruppe Loucheur. Sie entspricht etwa dem linken Flügel der Deutschen Volkspartei. Sie ist gemäßigter als die offizielle Radikale Partei, und die Regierung, in die soeben ihr Führer Loucheur als Arbeitsminister eingetreten ist, kann sich einweisen auf sie verlassen.

Die „Demokratische Volkspartei“ ist eine Gruppe neueren Datums, der insbesondere einige erfahrene Abgeordnete angehören. Es handelt sich um eine Arbeitsgemeinschaft von Katholiken, die in kulturellen Fragen reaktionär sind, aber auf den meisten anderen Gebieten mit der Linken stimmen. Die französischen „Demokraten“ stellen einen ersten Versuch dar, in Frankreich eine Partei nach dem Muster der deutschen Zentrumspartei ins Leben zu rufen.

Auch die „Unionistische Linke“ ist ein neues Gebilde: es handelt sich um die Freunde des ehemaligen radikalen Franklin Bouillon, die ihm gefolgt sind, als er die Partei im vergangenen Winter verließ. Diese Gruppe muß trotz ihres Namens zur rechten Hälfte des Parlaments gezählt werden: das geht schon daraus hervor, daß sich ihr Gründer Franklin Bouillon bei der Wahl des Kammerpräsidenten von der Reaktion gegen den Sozialisten Fernand Bouillon aufstellten ließ — und durchfiel.

„Linksrepublikaner“ und Mitglieder der „demokratisch-sozialen Aktion“ bilden die eigentliche Kerntruppe Poincarés. Nicht alle sind reaktionär und insbesondere in innerpolitischen Fragen werden sie zuweilen mit der Linken stimmen. Aber gegenwärtig halten sie Führung mit der Rechten.

Die eigentliche große Reichtspartei ist die 102 Mann starke „Republikanisch demokratische Union“, die etwa unseren Deutschnationalen entspricht. Der Einfachheit halber nennt man sie am Besten nach ihrem Führer, dem gegenwärtigen Pensionminister Louis Marin. Innenpolitisch und außenpolitisch kann die Marin-Gruppe als die ausgesprochene reaktionäre Partei bezeichnet werden. Sie ist clerikal, arbeiterfeindlich, nationalistisch und militaristisch. Die ersten Staatslisten nach den Wahlen hatten ihr nahezu 150 Mann zugesprochen, aber es haben sich schließlich nur 102 Mann zu ihr bekennen wollen, also etwa die gleiche Zahl wie in der früheren Kammer.

Die Liste der 39 „Nicht-Eingeschriebenen“, der

„Wilden“, umfaßt die verschiedensten Elemente. Die meisten von ihnen sind konservative Royalisten, einige judauntonomistfreundliche Eißäfer, schließlich findet man auch darin zwei dissidente Kommunisten, die über kurz oder lang zu den Sozialisten stoßen werden.

Es ist fürwahr nicht leicht, sich in diesem unterbunten Bild zurecht zu finden. Man hat zwar nachgerechnet, daß die früheren Parteien des Linkstellers von 1924 in der neuen Kammer etwa gleich stark geblieben sind, aber das beweist einstweilen nicht viel. Wohl ist das Übergewicht der Linken bei der Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten klar zum Ausdruck gekommen, solange aber die Regierung Poincaré am Ruder ist, wird die entschieden oppositionelle Linke nur eine stattdliche Minderheit bleiben.

Reichswehroffiziere provozieren Arbeiterportier

rw. Auch in Oels, der ruhvollen Residenz des jüngeren Herrn Wilhelm Hohenzollern, gibt es zum Ärger verschiedener Leute und Reichswehroffiziere eine Arbeiterportierbewegung, die den Reichs-Arbeiterportiertag mit verschiedenen Veranstaltungen und einem imponenten Festzuge beging. Als einige Offiziere der dort stationierten Reiter-Schwadron den Festzug sahen, gaben sie ihren Gefühlen mit den für ihre Umgangs- und Ausdrucksform sehr bezeichnenden Worten: Die verfluchten roten Hunde, Ausdruck. Nur der Besonnenheit der Arbeiterportier war es zu danken, daß die sich daraufhin selbstverständlich bemerkbar machende Erregung keine ersten Folgen für diese Vertreter der republikanischen Wehrmacht hatten.

Wir empfehlen dem Reichswehrminister dringend, einen auf das zwanzigste Jahrhundert umgearbeiteten „Kriegs“ für die Offiziere der von ihm ketzerischen Truppe herauszugeben und diesen Karzuzumachen, daß Arbeiter auch Bürger dieses Staates sind.

Bundesfeier des Reichsbanners in Frankfurt

Am 11. und 12. August feiert das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Frankfurt a. M. seine diesjährige große Bundes- und Verfassungsfeier, die, an den bisherigen Anmelddungen gemessen, alle früheren Generalaufmärsche des Reichsbanners weit übertrifft. Mit der Feier verbunden ist das 80jährige Jubiläum des ersten deutschen Parlaments, der Paulskirche. Wie aus Frankfurt gemeldet wird, hat die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dem Reichsbanner einen Festzuschuß von 20000 Mark zu bewilligen.

Für die Reise

Wanderungen und das Wohnende unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste mit gezahmtem Borstenkamm zur Beseitigung launiger, überdrückender Speisereste in den Zahnräumen und zum Weichputzen der Zähne. Die gel. gelb. Chlorodont-Zahnbürste von bester Qualität, für Erwachsene 1.25 M., für Kinder 70 P., ist in Mau-weiß-grüner Original-Chlorodontpackung überall erhältlich.

Außergewöhnliche billige Angebote in allen Abteilungen unseres Hauses. Beispiele in unseren Fenstern.



DAS HAUS DES GUTEN GESCHMACKS



### Eine blutige Tragödie

Am Donnerstagmorgen in der dritten Stunde spielte sich in Ricchig eine schwere Mordtat ab. Der 39 Jahre alte Inwalid Kurt versuchte seinen zwölfjährigen Sohn, der schlafend im Bett lag, mit einer Pistole zu erschließen. Im Anschluss an diese Tat unternahm Karte einen Selbstmordversuch. Er jagte sich ebenfalls einen Schuss in den Kopf. Vater und Sohn wurden schwerverletzt nach einem Leipziger Krankenhaus übergeführt und liegen dort bewusstlos da. Die Gründe zu der Tat sind noch unbekannt. Es wird aber angenommen, dass Karte in einem Anfall von Geisteskrankung zur Pistole gegriffen hat, mit dem Voratz, seinem Leben und dem seines Sohnes ein Ende zu machen.

### Wieder ein folgenschwerer Zusammenstoß

Am Donnerstag fuhr in den späten Abendstunden ein Motorradfahrer auf der Staatsstraße Leipzig-Rastkranft in eine Kurve hinein. Der Motorradfahrer und sein Sozius kamen bei diesem Zusammenstoß schwer zu Schaden und mussten in ein Krankenhaus übergeführt werden. Die Insassen der Kurve kamen mit leichten Hautabstürzungen davon. Beide Fahrzeuge wurden zertrümmert.

### Vom Kreistag Merseburg

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Landrat, Genosse Guse, einen kurzen Überblick über den jeweiligen Stand der Eingemeindung des Zweckverbandes Leuna nach der Stadt Merseburg. Er nimmt Bezug auf die Aufregungen des preußischen Innenministers auf der Tagung des preußischen Landkreistages in Swinemünde, in der den Landkreisen Schutz gegen ungerechtfertigte Bestrebungen der Städte auf Eingemeindungen versprochen wurde. Die Aufregungen des Magistrats der Stadt Merseburg, dass die Eingemeindung des Zweckverbandes in aller Kürze erfolge, sind zu mindest irreführend. Der Kreisabschluss unter Führung des Landrats Guse wird die Interessen des Kreises Merseburg gegen die Eingemeindungsbestrebungen der Stadt Merseburg mit allen Mitteln zur Geltung bringen.

Im Kreise Merseburg fehlen circa 2000 Wohnungen. Eine Wohnungsbauanleihe im Betrage von 500 000 Mark, die schon voll zur Verfügung steht, soll insbesondere dazu dienen, die örtliche Obdachlosigkeit zu beseitigen. Aus den Zinsen der Hauszinssteuerhypotheken soll der Zinsfuß gesenkt werden auf 7 Prozent; weiter soll eine Senkung des Zinsfußes auf 5 Prozent durch allgemeine Mittel erreicht werden, damit die Mieten in tragbarer Höhe gehalten werden können. Es sollen nur solche Bauten unterstützt werden, die nach Güte und Art die Gewähr geben, dass die Bedingungen der Richtlinien für die Verwendung der Hauszinssteuermittel erfüllt werden. Brauchbare Typen werden vom Kreisbauamt zur Verfügung gestellt, um zu erreichen, dass durch einfache Verwendung diese Mietwohnungen in brauchbare Dauerwohnungen umgewandelt werden können. Die Darlehen sollen nur öffentlichen Körperschaften, den Städten, Landgemeinden und Amtsbezirken, zur Verfügung gestellt werden. Ein deklamatorischer Antrag, diese Mittel auch Privaten zur Verfügung zu stellen, wurde mit den Stimmen der SPD und KPD abgelehnt. Im übrigen wurde der Kreisabschluss mit der Verteilung der Mittel beauftragt.

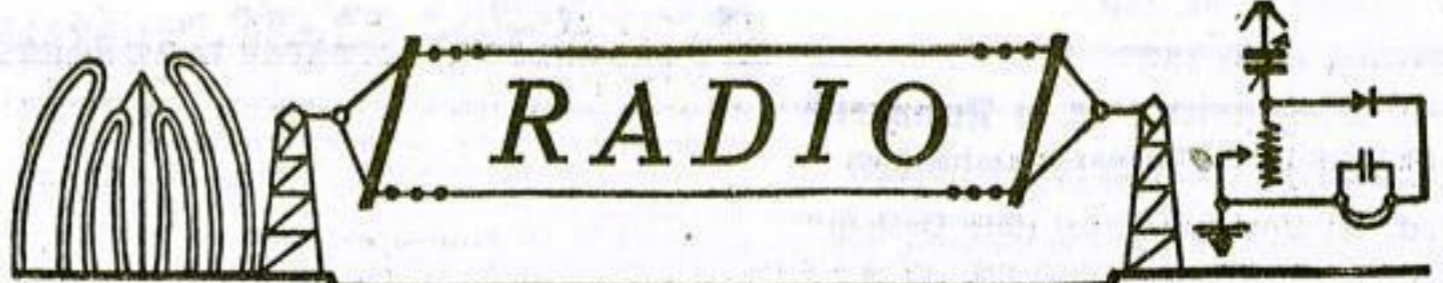
Anschlagsmäßig betragen die Kosten für den Kreisbauausbau 1 200 000 Mark. Im Sommer 1929 soll der Bau bezugsfertig sein. Zur Ausführung des Baues macht sich die Aufnahme einer Anleihe von 500 000 Mark notwendig. Die Verhandlungen über diese Anleihe sind abgeschlossen. Der Zinsfuß beträgt bei voller Auszahlung 9 Prozent. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Die dem Kreistage gemachte Vorlage über die Kostenverteilung der in den Jahren 1926/27 ausgeführten Straßendbauten wurde einstimmig angenommen, bis auf die Straße Vorbüh-Voppitz-Dürrenberg-Rauschberg. Hier soll zunächst eine Klärung der Nebenkosten herbeigeführt werden. Bemerkenswert ist, dass die Verteilung der anteiligen Kosten nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden geschehen ist. — Die Gebühren für die Benutzung der Kreisfrankenzüge betragen zur Zeit für alle Kreisangehörige 10 Mark. Eine Vorlage will diesen Betrag auf 15 Mark heraufsetzen. Auf Vorschlag des Genossen Pehold bleibt die alte Ordnung in Kraft, nur mit der Veränderung, dass bei Fahrten über 25 Kilometer der Kilometer mit 50 Pfg. extra zu vergüten ist.

Ueber die Beteiligung des Kreises an der Weiterführung des Bahnbaues Zützen-Weipzig entspinnt sich eine rege Debatte. Anhänger dieser Seite sind in der Hauptsache das Leunawerk, der Zweckverband Leuna, die Stadt Merseburg und die große Stadt Leipzig, die sich durch direkte Verbindung das mitteldeutsche Industriegebiet aufschließt. Der Kreis ist mit nur einigen Gemeinden mit zusammen 1400 Einwohnern daran interessiert. Der Kreistag hat einstimmig beschlossen: a) Der Kreis Merseburg übernimmt die Aufbringung eines Kapitals bis zur Höhe von 150 000 Mark, einschließlich der Kosten für den Landwerb, gegen eine Verzinsung von 5 Prozent vom 4. Jahre ab nach der Eröffnung der Bahn und Rückzahlung des Kapitals innerhalb 5 Jahren nach Beginn der Verzinsung, b) der Personenverkehr der Bahn muß durchgeführt werden bis zum Hauptbahnhof Leipzig, so daß ein Umsteigen auf dem Bahnhof Leipzig-Zützen vermieden wird. Eine größere finanzielle Beteiligung erscheint für den Kreis Merseburg untragbar.

### Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Halle

x. Die hällischen Stadtverordneten hatten sich in ihrer vorletzten Sitzung vor den Ferien insbesondere mit einem Anleiheprogramm des Magistrats zu beschäftigen. Auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion wurde dieses zunächst von 6% auf 7 Millionen Mark erhöht, um den längst notwendigen Schulhausneubau durchführen zu können. Weiterhin sollte die Sozialdemokratie die Aufnahme einer Anleihe von einer Million Mark für den Wohnungsbau beantragen, um der in Halle ständig steigenden Wohnungsnot abzuhelfen zu können. Dieser Punkt endete mit einer argen Blamage der Kommunisten, da die für die Leihhausbenutzer sehr ungünstige Vorlage des Magistrats ausgerechnet von dem kommunistischen Stadtrat Ruchbach entgegen dem Willen seiner Fraktion eingebracht worden war. Genosse Schaumburg als Redner der SPD, die die Vorlage ablehnte, nagelte diese Tatsache entsprechend fest, was für die Herren von der KPD sehr peinlich war. Schließlich wurde die ungünstige Vorlage von einer kleinen Mehrheit abgelehnt. Ob die KPD nun auch ihren Parteifreund im hällischen Magistrat aus der Partei wegen „Verrates“ ausschließen wird?

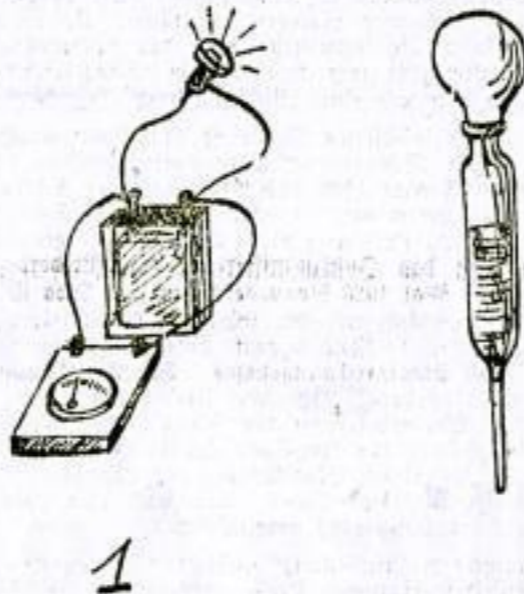


### Abnutzung des Akkumulators

SW Gerade der Akkumulator bedarf einer ganz besonderen sorgfältigen Pflege. Man muß sich vorstellen, der Akkumulator sei krank und brauche deshalb eine häufige Messung — zwar nicht seiner Temperatur, wohl aber seiner lebenswichtigsten Flüssigkeit, der verdünnten Schwefelsäure. An ihr macht sich jedes Verfallener bemerkbar, das man mit elektrischen Meßinstrumenten gar nicht mehr feststellen kann. Das für diesen Zweck zu verwendende Meßinstrument ist das Aräometer, das durch Eintauchen in eine Flüssigkeit ihr spezifisches Gewicht angibt. Das spezifische Gewicht der Akkumulatorkonzentration muß im geladenen Zustande 1,21, im entladene Zustande 1,18 betragen. Ergibt sich bei der Prüfung eine andere Zahl, so ist sofort erkennbar, daß mit dem Akkumulator etwas nicht in Ordnung ist. Vor allem darf der Akkumulator nicht mit Leitungswasser oder gar Brunnenwasser nachgefüllt werden, da durch die in diesem Wasser enthaltenen Fremdstoffe, wie Kalk, Eisen usw., die Platten des Akkumulators schnell zerstört werden.

Weit bequemer ist natürlich das Messen der Spannung, um festzustellen, ob der Akkumulator entladen ist oder nicht. Dieses Verfahren ist zwar sehr einfach, in den weitaus meisten Fällen jedoch nicht einwandfrei. Holt man seinen Akkumulator von der Ladestelle ab, dann hält der Verkäufer sein Voltmeter an die beiden Pole, und der Ausschlag des Voltmeters beträgt dann bis zu 2,7 Volt. Aber beim Anschließen des Voltmeters stellt sich heraus, daß die Nöhre nicht brennt. Alle Versuche helfen nichts. Der darüber höchst erstaunte Verkäufer rückt wieder mit seinem Meßinstrument an und beweist, daß der Akkumulator die richtige Spannung hat. Erst auf die Bitte des Akkumulatorenbefizers, doch einmal eine Taschenlampenbatterie an die Pole zu halten, muß der Verkäufer sich davon überzeugen, daß der Akkumulator wirklich keinen Strom abgibt. Das Endergebnis ist: Die positive Platte war im Innern oben am Pol abgebrochen, so daß nur das abgebrochene Ende des Pols geladen wurde, das wohl die richtige Spannung anzeigt, jedoch keinen Strom hergibt.

Einwandfrei kann man einen Akkumulator nur dann messen, wenn man parallel zum Meßinstrument eine Verbrauchsquelle (Figur 1) schaltet. Das Meßinstrument muß dann im geladenen Zustande mindestens 2,3 Volt anzeigen. Man soll aber auch nicht unter 1,7 Volt pro Zelle entladen, um den Akkumulator nicht zu sehr zu erschöpfen. Die Grenze zwischen 1,7 und 2,3 Volt ist gewissermaßen als „Mittelpunkt“ des Akkumulators aufzufassen, und jedes weitere Laden oder gar Entladen ist vom Uebel. Ein gewöhnlicher Elektrotechniker wird nach Beendigung des Vorgangs nicht nur die Spannung, sondern auch die Säuredichte messen. Jeder Akkumulatorenbefizer kann sich heute schon für wenig



Geld ein Aräometer beschaffen (wie es Figur 2 zeigt), um seinen doch nicht gerade billigen Akkumulator ständig überwachen zu können. Die Aräometer sind so konstruiert, daß man ein wenig Säure mit einem Gummiball ansaugt und dann die Dichte feststellen kann, ohne etwas dabei zu verschütten.

Der positive Pol des Akkumulators hat die unangenehme Eigenschaft, daß an ihm die Säure heraustritt. Das erklärt sich daraus, daß die Vergußmasse mit der Zeit nicht mehr die richtige

Bindung mit den Polen einhalten kann, so daß zwischen Vergußmasse und Pol ein kleiner Zwischenraum entsteht, der die Säure hindurchläßt. Die Folge davon ist, daß alle Metallteile sich mit Grünspan überziehen und allmählich so zerfressen werden, daß sie nicht mehr zu gebrauchen sind. Hiergegen hilft allmähentliches Einfeilen mit Bafelinsäure oder Del, jedoch muß eine etwa schon vorhandene Grünspanbildung durch Abkochen entfernt werden. Festigtige Stöße und Erschütterungen bedingen, daß die in den Platten befindliche aktive Masse herausfällt und der Akkumulator dadurch ebenfalls in kurzer Zeit unbrauchbar werden kann. Zum Schluß sei noch besonders darauf hingewiesen, daß verdünnte Säure auf Gewebe, Leder, Holz usw. stets Löcher hinterläßt und daß auch Salmiakgeist nur bedingt zu verwenden ist. Es ist also in zweifacher Hinsicht Vorsicht geboten! Vgl.

### Eine neue Rundfunk-Verordnung

Unterm 23. Juni ist eine neue Verordnung des Reichspostministers veröffentlicht worden, die einige Veränderungen in den Bestimmungen über die Teilnahme am Rundfunk bringt. Zunächst wird eine Klärung darüber herbeigeführt, wer zu dem gleichen Haushalt gezählt wird und was ein „anderer Haushalt“ im Sinne des Rundfunkgesetzes ist. Danach werden zu dem gleichen Haushalt diejenigen, die in einer gemeinsamen Wohnung wohnen, also auch Untermieter, Gäste eines Hotels usw. Diese dürfen, obwohl sie faktisch einen eigenen Haushalt haben, einen Anschlag an eine bestehende Empfangsanlage benutzen ohne besondere Genehmigung und brauchen keine Teilnehmergebühren zu zahlen. Beamte und Angestellte von Anstalten, die im Anstaltsgebäude ihre Wohnung haben (etwa Ärzte im Krankenhaus), müssen wohl eine eigene Genehmigung haben und die Gebühren zahlen.

Die Verordnung bringt aber noch eine wichtige Neuerung, nämlich die sogenannten Rundfunk-Bermittlungsanlagen. Man versteht darunter eine Einrichtung, die von einer zentralen Empfangsanlage aus, eine größere Zahl von Anschlüssen zum Empfang der Radiobereitungen bedient. Das heißt, daß in der Zentrale der tatsächliche drahtlose Empfang betrieben wird und daß von da aus über Drahtverbindungen Lautsprecher oder Kopfhörer betrieben werden. Wer also an die Zentrale angeschlossen ist, hat in seiner Wohnung nur einen Kopfhörer oder Lautsprecher an eine Steckdose, etwa wie eine Tischlampe, anzuschließen, um Radio-Empfang zu haben. Jede Apparatur, Akkumulatoren und Batterie, sowie ihre Bedienung fällt weg. Diese Methode der Radio-Verbreitung ist sehr stark in Rufstand entwickelt, wo die Bauern kaum imstande sind, die Radioapparate zu bedienen. Außerdem kennt man schon lange eine ähnliche Einrichtung in Holland, wo sie „Radio-Telephon“ genannt wird. In Holland wird dies von der Postverwaltung betrieben. In Deutschland scheint jedoch der Post dazu zu fehlen, oder aber sie will erst andere die Experimente machen lassen, um es dann in eigene Regie zu übernehmen, wenn das Unternehmen Erfolg zeigt. Vorläufig jedenfalls bleibt diese Einrichtung der Privatinitiative überlassen.

Die Bestimmungen sind kurz die folgenden: Jeder kann eine solche Rundfunk-Bermittlungsanlage betreiben. Will er jedoch damit mehr als zehn Anschlüsse bedienen, so muß er eine besondere Genehmigung bei der Oberpostdirektion einholen. Die Gebühren für diese Vermittlungsanlagen betragen, wie die normale Teilnehmergebühr, 2 Mark im Monat. Außerdem muß jeder, der an die Vermittlungsanlage angeschlossen ist, die übliche Genehmigung einholen und die Teilnehmergebühr an die Post entrichten. Es ist dem Unternehmer der Vermittlungsanlage ungenommen, von den Angehörigen eine Entschädigung auf Grund privater Abmachungen zu verlangen.

Eine Beschränkung besteht nur bezüglich der Zusammenstellung der Programme. Durch die Vermittlungsanlage dürfen ausschließlich sich nur Programme deutscher Sender übermittelt werden. Darüber hinaus hat der Unternehmer der Anlage die Verpflichtung, Anweisungen über die Programmzusammenstellung, die ihm von der zuständigen Sendegesellschaft gegeben werden, Folge zu leisten. Zwei ganz unverständliche Bestimmungen, die bei unzulässiger Anwendung den Wert der ganzen Einrichtung illusorisch machen können. Ohne diese Beschränkungen wäre es möglich, aus den Programmen aller Sender selbst wieder ein Programm zusammenzustellen, das einem bestimmten Kreise ideologisch entspricht und auf noch bequemere Weise, als beim bisherigen Rundfunkempfang, hörbar zu machen. Hier eröffnen sich für die Bildungsorganisationen der Arbeiterschaft ein neues und wahrlich erfolgversprechendes Betätigungsfeld, das besonders auf dem Lande für die Aufklärung von großem Werte sein dürfte. jh.

### Leipziger Rundfunkprogramm

Sonnabend, den 30. Juni 1928.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und -Vorausage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen.
- 12,55 Uhr: Neuenzeitliche.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 15,00—16,00 Uhr: Konzert. Die Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Agunte. Uebertragung aus der Jahreschau in Dresden.
- 16,00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del Kottig.
- 16,30—18,00 Uhr: Konzert. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Hilmar Weber.
- 18,00—18,30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Dr. F. Ehlers: „Das Arbeitsrecht im Alltag.“
- 18,30—18,45 Uhr: Funkballstunde.
- 18,45—19,00 Uhr: Dr. Ernst Lappo, Leipzig: Einleitende Worte zur nachfolgenden Opernübertragung.
- 19,00—19,30 Uhr: Priv.-Dop. Dr. Wegand, Leipzig: Vortragsreihe: „Probleme der Raumschiffahrt“. 3. Vortrag: „Die Chemie der Rakete“.
- 19,30 Uhr: Uebertragung aus dem Neuen Theater in Leipzig. Uebersetzung von Antonio Marchi, überlegt von Hermann Roth Musik von Georg Friedrich Händel. Musikalische Leitung: Oskar Braun. Personen: Alcina... Fanny Cleve. Ruggiero... Maria Danenberg. Morgana, Schwester Alcinos... Elisabeth Gerö. Brabantante, Braut Ruggieros... M. Krämer-Vergau. Orantes, Feldhauptmann Alcinos... Paul Weinert. Meißo, Geleiter Brabantantes... Josef Lindlar. Oberlo, Sohn des Paladins Afoso... Mali Trummer. Gefolge, Verwandler, Dämonen. Gemalt: Neg Kamei Ehre: Adolf Meinerich. Pause nach jedem Akt. Besprechungsänderungen vorbehalten.
- Etwas 22,30 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,45 Uhr: Funfbrett.

### Berichtungs-Kalender

Freitag, 29. Juni 1928.

Werkzeugmacher und Einrichter, Volkshaus, 19,30 Uhr. Heizungsmonteur und Helfer, Vertrauensleute, Volkshaus, 19,30 Uhr.

Sonnabend, 30. Juni 1928.

Glasler, Volkshaus, 19 Uhr. Fliesenleger, Volkshaus, 19 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

### Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Heute: Aprikosenreis 40 J. Weißbrot mit Karloffelschinken und Hammelfleisch 1,00. Sob. Kalbs: 1,00 mit Remoulade und Kartoffelsalat 60 J. — Ab 16 Uhr: Schweinsknochen mit Meerrettich und Klößen 1,10. Moran: Schmalzbraten mit Klößen 1,00. Hammelkeule mit grünem Bohnen 1,20.

## TOTAL-AUSVERKAUF

Wegen Geschäftsaufgabe verkaufe ich mein gesamtes Lager zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen aus

**Damen-Mäntel** . . . . . von M. 5.- an  
**Kleider** von M. 5.- an **Kostüme** von M. 20.- an  
**Herren-Anzüge** . . . . . von M. 25.- an  
**Sport-Anzüge**, 4teilig . . . . . von M. 35.- an  
**Burschen-Anzüge** . . . . . von M. 20.- an  
**Knaben-Anzüge**, Sportform . . . . . von M. 12.- an  
**Frühjahrs- u. Sommer-Mäntel** v. M. 20.- an  
 Windjacken, Breeches, Streifenhosen usw.

Alfred Hermsdorf

**Grimmaischer Steinweg 8'**



12 NEUMARKT 12

**HARBERS** Photo-Apparate  
Zubehör  
Arbeiten

TAUGHAERSTR. 2-4

## Teilzahlung!

**Damen-**

Mäntel . . . . . ab 9.-  
 Kleider . . . . . ab 6.50  
 Kostüme . . . . . ab 19.-  
 Röcke, Blusen billigst!

**Herren-**

Mäntel . . . . . ab 22.-  
 Anzüge . . . . . ab 35.-  
 Sportanzüge, Hosen  
 Wind- und Lederjacken

**Kinder-**

Anzüge, Kleider, Mäntel  
 ganz billig  
 Bade-Mäntel, -Anzüge



**M. Baumgärtel**

Königsplatz 9, I. Durchgang Kramersstraße.

## Sonder-Angebot

Zum Aufsetzen von Beeren u. Früchten garantiert reiner **Getreidekorn** 2<sup>50</sup>  
 Marke „Spezial“, Vol. 35 Proz.  
 . . . . . Liter nur

**Horn, Johannisplatz 15**

Ecke Johannisgasse (die bekannte Ecke) Tel. 31462

Zweiggeschäfte:  
 Zeitzer Straße, Ecke Sidonienstraße 51 — Lindenu:  
 Gundersir Str. 29 — Sellenhausen: Eisenbahnstr. 116b  
 Neumarkt 3, im Hof — Connewitz: Bornische Straße 41  
 Neuschönfeld: Eisenbahnstr. 40 — Plagwitz: Zschocher-  
 scho Straße 61 — Bayerscho Straße 9 — Anger:  
 Zwainsandorfer Straße 3  
**Fabrik und Weinkellerer:** Arndtstraße 33, Groß-  
 und Kleinverkauf — Telephon-Sammel-Nummer 31462

**Die Frauenwelt**  
 ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, der Frauen des Angestellten- und mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit der Frauenwelt befaßt gemacht, die ihren hohen praktischen und idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause misen und ahnen zu dem großen treuen Helfertrio, der von Welt zu Welt um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt erscheint wöchentlich. Jedes Heft enthält die vierseitige **Modenschau** **Selbst ist die Frau** ein, jedes zweite Heft enthält außerdem eine vierseitige, reich illustrierte **Sonderbeilage** **Kinderland** Preis pro Heft mit Schnittmusterbogen 40 Pfennig. Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen. **Leipziger Buchdruckerei A. G.** Tauscher Str. 19/21

Am Mittwochabend kurz plötzlich und unerwartet nach kurzer, aber sehr glücklicher Ehe, an den Folgen einer Operation, meine innigste Geliebte Frau, die Mutter ihres Söhnchens, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante,

**Frau Ida Große geb. Fritsch**

2. Gohlis, Cöthner Str. 16, den 28. Juni 1928

In tiefer Trauer

Karl Große nebst allen Angehörigen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 30. Juni, nachm. 2 Uhr, auf dem Gohliser Friedhofe statt.

Für die vielen wohlthuenden Beweise herzlichster Anteilnahme an dem schweren Verlust meiner lieben Frau und Mutter, Frau

**Rosa Penndorf**  
geb. Welsch

sagen wir allen herzlichsten Dank.  
 Leipzig W. 33  
 Schadowstraße 5, pt. 1.

**Emil Penndorf**  
und Hinterbliebene.

Freude  
und Leid

berührt Verwandten und Bekannten die Familien-Anzeige

## Wer bei uns kauft, spart, wer bei uns spart, um zu kaufen, spart doppelt!

Wir nehmen von heute an Einzahlungen in jeder Höhe an unserer Sammelkasse entgegen, welche wir vom Tage der Einzahlung bis zum Tage der Abhebung mit

**12 Prozent**

jährlich verzinzen. Jede Einzahlung von Beträgen gilt als Anzahlung auf den Kauf der von uns feilgehaltenen Waren nach Wahl des Einzahlenden. Die Abhebung des entstehenden Guthabens erfolgt ausschließlich durch Lieferung von Waren unsererseits. Eine Rückzahlung in bar ist, als gegen das Gesetz über Depot- und Depositen-Geschäfte vom 26. Juni 1925 verstoßend, ausgeschlossen.

Die Abhebung erfolgt entweder in der Weise, daß der Kunde sich in unserem Hause ein Sammelbuch geben läßt, auf Sammelbuch kauft und bei Bezahlung seiner Einkäufe das Sammelbuch an der Sammelkasse abgibt, wo der Betrag der Einkäufe alsdann von seinem Konto abgebrieven wird; oder die Abhebung erfolgt in der Weise, daß der Kunde sich an der Sammelkasse einen Gutschein bis zur Höhe seines eingezahlten Guthabens geben läßt und mit diesem Gutschein an den einzelnen Kassen unseres Hauses bezahlt. Die Abreibung im ersteren Falle und die Aushändigung des Gutscheines im zweiten Falle gilt als Abhebung des entsprechenden Betrages vom Konto.

Die Verrechnung der Zinsen erfolgt halbjährlich zum 31. Juli und 31. Januar, für solche Kunden, welche ihr Konto abgehoben haben und daselbe nicht fortsetzen wollen, bei Aufhebung des Kontos.

Der Zinsbetrag wird dem Konto gutgeschrieben. Auf Wunsch wird dem Kunden dafür ein Gutschein ausgehändigt, der an allen Kassen unserer Häuser in Zahlung genommen wird.

Jeder Kontoinhaber erhält ein Kontobuch, welches bei Einzahlungen und Abhebungen vorgelegt werden muß. Wir sind berechtigt, an den Inhaber des Kontobuches die gekaufte Ware zu liefern und den entsprechenden Betrag vom Konto abzuschreiben. Zur Prüfung der Legitimation des Inhabers sind wir berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Wir glauben unserer Kundschaft mit unserer neuen Einrichtung einen ganz besonderen Dienst zu leisten, wenn wir sie veranlassen, entbehrliche Befräge bei uns gegen hohe Verzinsung einzuzahlen, um bei uns Guthaben für Anschaffungen von größeren Gegenständen anzusammeln. Unsere Kundschaft weiß, daß wir infolge einer sorgfältig durchgearbeiteten Einkaufsorganisation, infolge eines leistungsfähigen Fabrikations-systemes, infolge unserer großen Kapitalkraft ganz besonders vorteilhaft unsere Waren einkaufen bzw. herstellen; unsere Kundschaft weiß weiter, daß wir jederzeit bestrebt sind, unsere Geschäfte nach dem Grundsatz „großer Umsatz, kleiner Nutzen“ zu führen und uns mit dem niedrigsten Aufschlage zu begnügen. Wenn wir unserer Kundschaft, welche nicht im Besitze von größeren Barmitteln ist, es nunmehr ermöglichen, durch vorteilhaftes Sparen bei uns jeden Gegenstand zu den enorm niedrigen Barzahlungspreisen zu kaufen, so glauben wir, nicht zuviel gesagt zu haben, wenn wir unsere heutige Anzeige unter dem Motto begonnen haben:

## Wer bei uns kauft, spart, wer bei uns spart, um zu kaufen, spart doppelt!

# ALTHORN





Sächsische Angelegenheiten

Sucht der Staatsgerichtshof einen Ausweg?

Am 7. Juli 1928 wird der Staatsgerichtshof endlich über die Klage der Zentrumspartei und der USPD wegen der Verfassungswidrigkeit einiger Bestimmungen des Sächsischen Landtagswahlgesetzes entscheiden. Beide Klagen sind zur gemeinschaftlichen Verhandlung und Entscheidung verbunden worden. Da der Staatsgerichtshof durch seine Rechtsprechung in den Fällen Hamburg, Heßen, Mecklenburg-Strelitz, die der Vorsitzende des Gerichtshofs, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, noch ausdrücklich in der Deutschen Juristenzeitung als richtig verteidigt hat, sich bereits festgelegt hat, kann das Urteil nicht zweifelhaft sein: mindestens die Bestimmungen des Sächsischen Wahlgesetzes, die eine Kauzionsstellung vorsehen, sind verfassungswidrig. Um so eigenartiger muß es berühren, wenn jetzt bekannt wird, daß der zum Berichterstatter bestellte Rat bei der sächsischen Regierung angefragt hat, wieviel Stimmen bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 auf die Wahlvorschläge der beiden Klageparteien entfallen sind. Die Zahlen, heißt es in der Anfrage, seien unter Umständen von Bedeutung dafür, ob die Antragsteller befragt sind, Klage zu erheben. Ein Hoffnungsstimmer für die Heildergeringer! Aber nur ein bläffer! Die Zahlen der letzten Reichstagswahl können überhaupt keinen Einfluß auf die bei der Landtagswahl vom 31. Oktober 1926 gegebenen Lage haben. Selbst wenn die Antragsteller bei der Reichstagswahl so gut wie keine Stimmen erhalten hätten — für das Zentrum kommt das nicht einmal in Frage — so beweist gerade ihre Beteiligung an der Wahl, daß sie noch organisierte Parteien sind. Dies allein ist entscheidend, für ihr Recht als Kläger in dem Verfassungsstreit aufzutreten. Für die Landtagswahl vom Jahre 1926 trifft das erst recht zu. Damals fehlten dem Zentrum nur wenige Stimmen zur Erlangung eines Mandats. Die Annahme ist nicht von der Hand zu weisen, daß diese Partei, wenn sie die Kauzion für den Wahlkampf noch hätte aufwenden können, auch die fehlenden Stimmen noch aufgebracht hätte. Die Anfrage kann deshalb in der Öffentlichkeit nur den Eindruck erwecken, daß der Staatsgerichtshof einer sachlichen Entscheidung ausweichen wolle. Das ist bedauerlich. Denn der Staatsgerichtshof wird schließlich in einer Sache, die die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt, die Streitfrage durch eine mehr formale Entscheidung, den Klageparteien fehle die Befugnis zur Klage, ungelöst lassen. Die Reizung, sachlichen Entscheidungen auszuweichen, besteht häufig bei den unteren Gerichten. Sie hat nicht wenig zu der Vertrauenskrise der Justiz beigetragen. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Krise am 7. Juli 1928 neue Nahrung erhält. A.F.

Am die neue Anleihe der Sächsischen Werke

Im Ausschuß B des Landtages standen am 27. Juni die Sächsischen Werke auf der Tagesordnung. Eine Regierungsvorlage fordert eine Anleihe von 20 Millionen Dollar zum weiteren Ausbau der Werke. Daß selbst eine bürgerliche Regierung eine solche Vorlage unterbreiten muß, beweist, daß die Anleiheverleihen im bürgerlichen Lager bei Schaffung der Sächsischen Werke unrecht hatten, als sie deren baldigen Untergang und schwerste Schädigung der Privatwirtschaft prophezeiten. Es ist die Tatsache festzustellen, daß die Sächsischen Werke einen ungeheuer günstigen Einfluß auf die Wirtschaft ausübten, und daß dieser zu ihrem ständigen weiteren Ausbau zwingt.

Die Zustimmung zu der Vorlage und zu den Staatskapiteln bedeutet für die sozialdemokratische Fraktion nicht zugleich Zustimmung zu dem, was innerhalb der USPD vor sich geht. Daran mußte in vielen Fällen heftige Kritik geübt werden. Es wurde u. a. besonders kritisiert, daß die USPD die Tarifverträge der Angestellten-Organisationen nicht erfüllen. Um die Sächsischen Werke dazu zu zwingen, wurde von der Sozialdemokratie folgender Antrag eingebracht:

- die Regierung zu ersuchen, zu veranlassen, daß
a) die Sächsischen Werke den mit den Angestelltenorganisationen geschlossenen Tarifvertrag vollständig erfüllen, insbesondere müssen die Angestellten entsprechend ihren Leistungen in die vertraglich festgelegten Gruppen genommen werden;
b) vorhandene untariflich bezahlte Angestellte sofort mit rückwirkender Kraft in die entsprechenden Gruppen des Tarifvertrages eingereiht werden;
c) dem Landtage baldigst eine Denkschrift vorgelegt wird, aus der genau die Gesamtzahl der Angestellten und aller Direktoren und ihre Einkommensverhältnisse, ersichtlich sind.

Regierung und Regierungsparteien erklärten, daß die Erfüllung der Tarifverträge eine Selbstverständlichkeit sei und trotzdem stimmten sie gegen die entscheidenden Punkte a und b des Antrages. Am gas

Monstrum von Aufschotrat

zu einem einigermassen brauchbaren Gebilde zu gestalten, wurde folgender Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß der aus 68 Personen bestehende Aufschotrat der Sächsischen Werke baldmöglichst auf 1/4 des heftigen Standes herabgesetzt wird. Die Zahl der Landtagsabgeordneten darf nicht herabgesetzt werden.

Auch er verfiel der Ablehnung, obwohl keine Gründe für die Beibehaltung der jetzigen Zahl der Aufsichtsratsmitglieder vorgebracht werden konnten.

Mit Hilfe der USPD, die ja immer tapfer mit den Bürgerlichen stimmt, wurde auch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, einen Gesamtbetriebsrat für die Sächsischen Werke zu errichten, abgelehnt. Und dies trotz eingehender Begründung von sozialdemokratischer Seite, daß keinerlei gesellschaftliche Hemmungen gegen eine derartige Forderung der Sächsischen Regierung vorhanden wären.

Auch zu dem sozialdemokratischen Antrag:

Die, durch die Spülkippe entstandenen Grundwasserschäden in den Gemeinden Lippendorf, Spahnsdorf und Medewitz, sind den geschädigten Einwohnern in vollem Umfang zu vergüten, äußerten die Regierungsparteien, das wäre selbstverständlich, lehnten aber dann gemeinschaftlich ab, trotzdem festgestellt war, daß die Geschädigten seit Jahren um ihre Ansprüche kämpfen und immer abgewiesen wurden.

Aus den Ausführungen des Finanzministers ist wichtig hervorzuheben, daß die Reichsberatungskommission für Auslandsanleihen plötzlich Schwierigkeiten macht, obwohl sie anfänglich zustimmte, weil es sich um eine Anleihe für rein produktive Zwecke handelt. Wir sehen in dieser Stellungnahme der Beratungskommission wieder die Hand Schachts, die gemeinwirtschaftliche Betriebe nur zu gern droffelt.

Eine mittelalterliche Kuriosität sei noch festgehalten. Die USPD fragt in ihren Fragebogen die Stellen-Bewerber auch nach der Religion. Sie sagt, sie brauche das, ohne jede Begründung weshalb. Liegt das etwa auf der gleichen Linie wie die schon vielfach in der Öffentlichkeit festgenagelte Vorliebe für die Stahlhelmer?

Eine merkwürdige Nichtigstellung

Die sozialdemokratische Presse brachte vor einigen Tagen eine Nachricht über eine unerhörte Schlamperlei innerhalb der sächsischen Justizverwaltung. Die Stelle des am 31. Januar 1928 in den Ruhestand getretenen Landgerichtsdirektors Siebdrat in Freiberg war im April noch nicht wieder besetzt worden, so daß sich infolge eines Revisionstrages die Ungültigkeit aller in der Zwischenzeit von dem Freiburger Landgericht gefällten Urteile ergab. Zu dieser Mitteilung, die selbstverständlich das allergrößte Aufsehen erregte, veröffentlichte die Sächsische Staatszeitung eine Erklärung, die sich läßt als eine „Nichtigstellung“ bezeichnen:

In der linkssozialistischen Presse ist dem Justizministerium mit Rücksicht darauf „Schlamperlei“ vorgeworfen worden, daß die Stelle des am 31. Januar 1928 nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getretenen Landgerichtsdirektors Siebdrat in Freiberg am 3. April 1928 noch nicht wieder besetzt gewesen sei. Es trifft zu, daß das Justizministerium die Wiederbesetzung der Stelle bis zum Mai 1928 hinausgeschoben hat. Dies ist jedoch nicht etwa aus Nachlässigkeit oder infolge eines Versehens geschähen, sondern mit Rücksicht darauf, daß das Gutachten des Präsidenten des Staatsrechnungshofes, Schied, Ermäßigungen wegen der Aufhebung des Landgerichts Freiberg ausgestellt hatte, die die sofortige Wiederbesetzung der Stelle unzulässig machten. Daß die Nichtbesetzung der fraglichen Stelle einem Revisionsangriff gegen ein Urteil der Sitzkammer des Landgerichts Freiberg zum Erfolge verhelfen könnte, war nach dem bisherigen Stande, der Rechtsprechung nicht vorauszusetzen.

Diese sogenannte Nichtigstellung beschäftigt nicht nur die Mitteilungen der sozialdemokratischen Presse, sondern gibt darüber hinaus zu, daß die Stelle sogar bis zum Mai d. J. unbesetzt geblieben ist. Wenn das Justizministerium nicht vorausgesehen hat, daß die Urteile eines unvorkehrungsmäßig zusammengesetzten Gerichtes erfolgreich angefochten werden können, so ist dieser Mangel an Voraussicht mit dem Ausdruck Schlamperlei wirklich nur sehr milde gekennzeichnet. Im übrigen ist es interessant, daß auch die angeblich neutrale Staatszeitung im Jargon der Linkssozialisten von einer linkssozialistischen Presse spricht. Uns ist von der Existenz einer links- oder rechtssozialistischen Presse nichts bekannt; es gibt, wie auch dem Redakteur der Staatszeitung bekannt sein sollte, nur eine sozialdemokratische Presse in Sachsen.

Deutschnationale und Kommunalpolitik

Die Deutschnationalen, die nach dem 20. Mai im Reich vorläufig schwinden, haben sich ein neues Betätigungsfeld und haben es auch bereits gefunden. Der gemeindepolitische Ausschuß der Deutschnationalen Volkspartei für den Wahlkreis Sachsen fordert sämtliche der Partei angehörenden Organisationen auf, den sächsischen Gemeindevorständen, die im November 1929 stattfinden, „bereits jetzt Beachtung zu widmen und an die Vorbereitungen heranzutreten“. Von den Gemeinden müsse die Besetzung des Reichstages ausgehen, man dürfe nicht den Verlusten vom 20. Mai nachtrauern, sondern müsse nun hier „die nationale Wiederauferstehung vorbereiten“.

Auch wir sind der Meinung, daß der Gemeindepolitiker eine außerordentlich große Bedeutung kommt, und wir können den Deutschnationalen versichern, daß wir alles tun werden, um nicht nur ihren Ansturm auf die sächsischen Gemeinden zurückzuschlagen, sondern um ihnen bei den Gemeindevorständen eine noch empfindlichere Niederlage als am 20. Mai zu bereiten. Die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl haben uns ja gezeigt, daß wir Aussicht haben, in einer ganzen Reihe von großen und kleinen Gemeinden sozialistische Mehrheiten zu erobern. Wir können den Deutschnationalen nur dankbar sein, daß sie uns ihre Pläne so ehrlich mitteilen. Um so nachdrücklicher werden unsere Anstrengungen sein, sie zu durchkreuzen.

Feuerwehreinheit wegen Brandstiftung verurteilt

Ein Gericht in Baugen verurteilte drei Mitglieder der Baureiter Freiwilligen Feuerwehr, die bekanntlich vor einiger Zeit eine Reihe von Brandstiftungen in der Baureiter Gegend begangen hatten. Wegen gemeinschaftlicher Brandstiftung erlitten der Baureiter Lorenz ein Jahr drei Monate und der Schmied Wacker ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Seiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Der Lagerarbeiter Seidert erhielt wegen Unterlassens einer Anzeige acht Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt führte in der Verhandlung aus, die Baureiter Feuerwehr habe den Spruch „Einer für alle und alle für einen“ anscheinend dahin ausgelegt, daß einer angebrannt und alle anderen diesen einen geschützt hätten. Die Hauptverhandlung in dieser Angelegenheit findet später statt.

Mord im Sörsziger Walde

Das Kriminalamt Chemnitz teilt mit: In dem zur Fürst Witt-Geringswalde gehörigen Sörsziger Walde wurde am 27. Juni ein unbekannter weiblicher Leichnam unter jungen Nadeln gefunden, der mit Moos und Nadeln bedeckt und völlig unkenntlich war. Die Verwesung war sehr weit vorgeschritten. Etwa 65 Meter von der Leiche entfernt wurden mit Nadeln zugedeckt Kleidungsstücke gefunden, die zweifellos von der Toten herrühren, denn sie sind zum größten Teil hinten aufgerissen, was auf einen stützgebundenen Kampf schließen läßt. Die Person der Toten konnte bisher nicht festgestellt werden. Das Kriminalamt Chemnitz setzt 1000 Mark Belohnung für diejenigen aus, die Angaben zur Überführung des Täters machen können.

Dresden. Was der Rat bewilligt. Der Stadtrat bewilligte für die nächstjährige Ausstellung „Kellen und Wandern“ 200 000 Mark und für die Internationale Hygiene-Ausstellung 1930 600 000 Mark als Beihilfe.

Dippoldswalde. Ein tragischer Todesfall. Während eine Schneiderin im Fenster ihrer Wohnung im zweiten Stock mit Blumenpflege beschäftigt war, stürzte ihr 2 Jahre alter Sohn plötzlich zum Fenster hinaus. Schnell griff die Mutter zu und ergriffte ihr Kind noch an den Füßen. Das Kind schlug aber bei dem Sturz mit dem Kopf so heftig an das Mauerwerk, daß es bald darauf starb.

Die alten Indianer wußten wohl warum sie den Mais anbauten, er garantierte ihnen ihr Leben!

MAIZENA

ist das beste und edelste Maisprodukt. Auch der schwächste Magen kann es verdauen. Darum bekommt es Kindern so gut und Kranken und Genußenden.

Kochbücher gratis durch die Deutsche Maizena Gesellschaft m. b. H. HAMBURG 15.

Die Nacht nach dem Verrat

49) Roman von Liam O'Flaherty. Berechtigter Uebersetzung aus dem Englischen von H. Hausler. Copyright by Th. Knauer Nachf., Berlin W 50. 14. Kapitel.

Zehn Minuten lang lag Gypo in seiner Zelle, nachdem die Tür verzerrt worden war, vollkommen still auf dem Rücken. Kopf und Nacken waren durch einen vieredrigen Steinblock, der der Tür gegenüber an der Wand aus dem Boden ragte in eine aufrechte Lage gekommen. Seine Füße waren weit ausgebreitet. Eine Hand lag auf seiner rechten Hüfte, die Innenfläche nach oben, mit einwärts gekrümmten Fingern, als ob er im Schlaf nach etwas griffe, die andere lag über den Augen. In langen Zwischenräumen atmete er sehr tief. Sein Gesicht war vollkommen friedlich. Er hatte leichte Beulen am Mund und an den Backenknochen. Seine Gesichtszüge waren bewegungslos wie ein geschnitztes Bildnis. Die blaue Haut, die Knollen darunter, die Augenbrauen, die wie Nüsse auslachen, die dicken Kegerlippen waren während dieser zehn Minuten unnatürlicher Ruhe von einer Majestät, die so nicht in Erscheinung trat, wenn sie sich bewegten und die merkwürdigen Triebe seines Geistes spiegeln.

Erschöpft ruhte Gypo, während er zum Tode verurteilt wurde. Es war eine totähnliche Ruhe, wie die Ruhe des Kindes im Mutterleib vor der Geburt, das von allen Seiten Kraft einhaucht für den erbitterten Kampf des Lebens, der bald beginnen soll. Jedes Organ, jede Faser, jeder Muskel sammelte neue Kraft. Wenn die Unfähigkeit des Verstandes flieht, kommt der Instinkt, der ursprünglich und unbeeinträchtigt ist, schnell dem Leben zu Hilfe.

Zwölf Minuten nach drei Uhr, eine Minute, nachdem er zum Tode verurteilt worden war, bewegte sich Gypo. Er öffnete die Augen und schloß die Hand, die mit der Innenfläche nach oben auf dem Boden lag. Er ballte die Hand so fest, daß die Handgelenke durch die Anspannung knackten. Dann nahm er die andere Hand von den Augen und ließ sie auf die Brust sinken. Er bewegte seine Augen umher von Seite zu Seite, langsam, mißtrauisch, blinzeln und angepannt lauschend.

Die Zelle war köstlich. Nur an einer Stelle war ein Fleck-

chen Licht. In einiger Entfernung hing vorn links von ihm ein trüber, länglicher Flecken Licht schräg in der Dunkelheit. Der kam von der Öffnung am oberen Ende der Tür. Der Schimmer drang nicht durch die Dunkelheit der Zelle. Er hing nur da, heimlich und nutzlos, wie ein sanfter Einfall. Ringsherum war es tauben-schwarz. Gypo sträubte sich.

Er schüttelte sich nicht. Nein. Er fühlte überhaupt nichts in dem üblichen Sinn dieses Wortes. Aber sobald er sich bewegte, war er sich augenblicklich alles dessen bewußt, was geschähen war, denn man ihn in die Zelle geworfen hatte. Noch fonderbarer war es, daß er über alles ruhig und gelöst war. Die Dunkelheit tröstete ihn. Er fühlte sich in ihr heimlich. Sie verbarg ihn. Er fühlte sich ungeheuer groß und stark in der Dunkelheit. Nichts gab es in seiner nächsten Umgebung außer einer dunklen Leere, die seine Persönlich-keit überwältigte. Er konnte brüllen, und seine Stimme würde in der Dunkelheit unbegrenzt widerhallen. Es würde keinen Widerstand geben. Die Finsternis hatte keine Grenzen, es gab keine Mauer, keinen Horizont, kein Ende. Er war von ihr umhüllt, in sie eingebettet. Sie legte sich rings um ihn. Sie war eine undurchdringliche Küstung, ohne Gewicht, ohne Dichte, unerbürbar.

Darüber hinaus, irgendwo waren seine Feinde. Die Finsternis legte sich zwischen sie und ihn. Ha!

Mit einem plötzlichen Ruck raffte er sich zusammen. Er stützte sich auf Hände und Arme. Mehrere Geleiste knackten, als er es tat. Während er auf dem Steinboden lag, war sein zerbrechlicher Körper steif geworden. Gerade als er in dieser Stellung auf Händen und Knien lag, hörte er ein Geräusch an der Tür. Sofort warf er sich wieder hin und tat, als ob er schlief. Aber er fiel so, daß seine Augen auf den länglichen Lichtfleck gerichtet waren. Er wußte, was gerastet hatte; es war der Posten gewesen, der einen Blick auf ihn warf. Eine elektrische Taschenlampe wurde durch die Öffnung gesteckt. Sie blieb ein oder zwei Sekunden auf ihn gerichtet. Dann wurde sie weggezogen.

Während der paar Sekunden, in denen das Laternenlicht die Zelle überflutet hatte, waren Gypos Augen nicht müde gewesen. Sie waren überall herumgeschossen. Ja. Die Mauern waren hoffnungslos. Er wußte das, natürlich. Er hatte selbst in der Zelle einen Gefangenen bewacht, einen verurteilten Gefangenen, den er, Francis Mac Whillip und Tom Linnet, der Kommissar des Buchmachers, später im Auto forgeschafft hatten. Er kannte alle Gepflogenheiten. Vielleicht war diese Kenntnis der Grund für seine

Gelassenheit, teilweise der der Grund. In der nächsten Zukunft war nichts ungewiß. In einigen Minuten würden sie ihn holen kommen. Einmal im Auto, würde es unmöglich sein, zu entfliehen.

Schon. Seine einzige Chance war in der Zelle. Ha! Das war der Grund, warum er ruhig und gelassen war. Schließlich war es doch weder die Dunkelheit noch seine Kenntnis dessen, was ihm bevorstand, die ihn ruhig machten. Mac Whillip hatte endlich einen Plan gemacht. Die Tür ... die Tür ... die Tür!

Eines Nachts bei Cassidy, als er betrunken war, hatte er gesagt: „Gypo, wenn man uns je ... du weißt schon, was ich meine, Gyp ... schnap ... weicht ... da brauchst du die keine Sorge zu machen. Mit der Zelle werde ich leicht fertig. Aber dich brauch ich. Ich bin zu klein. Hör zu.“

„Ich schaff' es, Frankie.“ murmelte Gypo aufgeregt vor sich hin, während er am Boden entlang auf die Tür zu kroch.

Er bewegte sich vorwärts wie ein Bär auf Händen und Knien mit nach unten gebogenem Kopf und hoch in die Luft gestrecktem Hinterkopf. Geräuschlos bewegte er sich, bis er die Tür erreichte. Er fühlte sich an der Kante der Mauer entlang und zog sich allmählich in die Höhe. Einen Augenblick spielte er mit dem Gedanken, die Stiefel auszuziehen, aber er konnte sich nicht erinnern, daß Frankie etwas davon gesagt hätte. Er beachtete sie anzubehalten. Er reichte mit den Händen nach oben. Er streckte sie in ihrer ganzen Länge aus, bevor er die obere Steinkante über der Tür erreichte.

Tief Atem holend, zog er, den Wappes als Hebel benutzend, seinen Körper aufwärts. Sein Wappes schwoh und knietete sich und spannte sich an. Geschmeidig und ohne sichtliche Anstrengung hob sich sein Körper. Auf erstaunliche Art schwang er seine Beine von den Hüften aus herum und landete seinen Körper sanft auf dem Sims, sich auf die rechte Seite der Brust und des Bauches stützend. Die steinernen Beiste war nur sechs Zoll breit. Mehr als die Hälfte seines Körpers hing in der Luft, während er auf dem Sims lag. Aber er war so leicht, als ob er läßt auf der geräumigen, festen Erde stünde. Er handelte nach dem Plan, den er mit Mac Whillip durchgesprochen hatte. Sein Körper führte die Bewegungen aus, ohne daß sein Geist irgendeine Tätigkeit ausübte, weder ihn zu führen, noch ihn zu warnen; vor Gefahr zu warnen, was man Furcht nennt.

(Fortsetzung folgt.)

Bernard Shaws Sozialismus

Dieser Tage erschien bei Constable u. Co. in London das lang- erarbeitete neueste Buch von Bernard Shaw, das den Titel trägt: „Führer für die intelligente Frau zum Sozialismus und Kapitalismus.“

Shaw geht von dem Gedanken aus, daß die ganze Wirtschafts- struktur von der Einkommensverteilung abhängt und daß deren gegenwärtige Regelung weder feststehend, noch natürlich sei.

Darauf betrachtet Shaw sieben Möglichkeiten, nach denen der Volksreichtum verteilt werden kann, und kommt zu dem Schluß, daß der Gedanke, jede Frau — er spricht in diesem Buche stets von der Frau, auch wo er den Mann einbezieht — könnte nach dem Wert dessen, was sie produziert, entlohnt werden, unmöglich sei.

„Im häuslichen Dienste wie das Hausmädchen, im wirtschaftlichen wie der Briefträger, im Staatsdienste wie der König; und alle Gläubigen nehmen an, daß wir außerdem noch in dem Dienste stehen, den einige von uns den Dienst Gottes nennen.“

Andererseits vertritt Shaw auch den Gedanken, daß wir das bekommen könnten, was wir „moralisch verdienen“, oder das, was wir erraffen können — die traditionelle Theorie des Kapitalismus, die nach Shaw schon längst über Bord gegangen ist; ebenso die Annahme, daß die Armen gerade genug zum Leben haben sollen und „die Besitzenden das übrige nehmen“, oder diejenige, daß wir nach den Wertstufen unserer Arbeit entlohnt werden, oder endlich, daß wir die gegenwärtig herrschende gemischte Methode behalten sollen.

Die einzig praktische und wirtschaftliche Möglichkeit sei, a l e i n e s E i n k o m m e n oder wenigstens so stark angeglichenes Einkommen zu haben, daß keiner auf den andern neidisch sein und keiner durch das Geld Macht über den andern haben könnte.

Wir haben gegenwärtig sehr viel Verstaatlichung, und niemand ist deswegen auch nur um einen Pfennig schlechter daran trotz des Meinungsstörers der Müßiggänger und der von ihnen abhängigen, die sich anstrengen, in ihren Zeitungen und Reden und Predigten den Frauen einzureden, Verstaatlichung sei ein widernatürliches Verbrechen, das das Land zum schlimmsten Ruin treiben müßte.

Nach ausführlichen Darlegungen über die Verstaatlichung der Industrien kommt Shaw auf das kapitalistische System zu sprechen:

Man muß diese Dinge ganz klar durchschauen; die meisten Leute sind so einfach und ohne jede Kenntnis der umfangreichen wirtschaftlichen Verhältnisse, daß die Privatkapitalisten ihnen leicht einreden können, der Kapitalismus sei ein Erfolg, weil er Gewinne abwirft, und die Gemeinwirtschaft (oder Kommunismus) sei ein Betrug, weil sie keine Gewinne einbringt.

Shaw verlangt, daß nichts verstaatlicht werden soll, ehe es nicht reif dazu ist, so daß es vom Staat auch mit Erfolg betrieben werden kann.

Des weiteren gibt ihm keine Analyse des Kapitalismus, den er lieber „Proletarismus“ genannt wissen will. Gelegenheit, sich mit den verschiedensten Erscheinungen der Zivilisation auseinanderzusetzen, vor allem mit den sozialen Verhältnissen wie dem Weltkrieg, den er in der Hauptsache als Folge des Kapitalismus bezeichnet.

Armut und Reichtum sind schlechterdings Verbrechen d. h. keines von beiden kann in einem zivilisierten Staat geduldet werden; Shaw hat diesen Gedanken schon oft behandelt, aber bisher niemals so entschieden wie hier.

„Es ist vielleicht die größte Torheit, deren sich ein Volk schuldig machen kann, die Armut als eine Art Strafe benutzen zu wollen für Taten, um berechnen man die Leute nicht ins Gefängnis schießt. Es ist sehr leicht, von einem Tragen zu sagen: Soll er nur arm sein; es ist ihm ganz recht für seine Trägheit; es wird ihm zur Lehre gereichen.“

Man sieht aus diesen Proben bereits, daß Shaws Staatssozialismus nicht allzuviel mit dem gemeinsam hat, was wir unter Sozialismus verstehen. Seine Reformvorschläge zielen nicht die tatsächlichen Gegebenheiten der Klassenlage und des Klassenkampfes in Rechnung. Darum ist seine Perspektive schief, so richtig und treffend manche Einzelheit kritisch festgehalten sein mag.

nicht leisten, Arme zu haben, gleichviel ob sie faul oder fleißig, trunksüchtig oder nüchtern, tugend- oder lasterhaft, sparsam oder leichtsinnig, weise oder närrisch sind. Wenn sie es verdienen haben zu leiden, so soll man sie auf irgendeine andere Weise leiden lassen! Denn die Armut allein wird gerade ihnen nicht halb so wehtun, wie sie ihren unschuldigen Nachbarn wehe tut. Sie ist ebenfoller ein öffentlicher Unfug, wie ein privates Mißgeschick. Sie weiter zu dulden, ist ein Volkverbrechen.“

Ueber den Reichtum und seine Rechtfertigung heißt es u. a. in est Shawscher Zuspihung:

„Bei diesem Stand der Dinge ist es keine Entschuldigung, daß die Reichen Beschäftigung geben. Es ist an sich kein Verdienst, Beschäftigung zu geben. Ein Mörder gibt auch dem Henker Beschäftigung; ein Autofahrer, der ein Kind überfährt, gibt dem Samariter, dem Arzt, dem Beerdigungsunternehmer, dem Geistlichen, dem Totenkleiderfabrikanten, dem Leichenwagenkutscher und dem Totengräber Beschäftigung, kurz: soviel wertvollen Leuten, daß es nach seinem Tode geradezu undankbar scheint, ihm als einem öffentlichen Wohlthäter kein Denkmal zu errichten.“

„Man sieht aus diesen Proben bereits, daß Shaws Staatssozialismus nicht allzuviel mit dem gemeinsam hat, was wir unter Sozialismus verstehen. Seine Reformvorschläge zielen nicht die tatsächlichen Gegebenheiten der Klassenlage und des Klassenkampfes in Rechnung. Darum ist seine Perspektive schief, so richtig und treffend manche Einzelheit kritisch festgehalten sein mag.“

Die neuen Schuhe

Von H. Garnier.

Robert bewunderte seinen neuen Anzug im Spiegel. Der gewirbelte Stoff sah morderlich fein aus. Der neue Schlips pate glänzend dazu. Weiß der Teufel — das war was anderes, als wenn er morgens in seine alten Kleider fuhr, um in die Buchbinderwerkstatt zu gehen, wo er Lehrling war.

Madeleine stand neben ihm und hatte die Hände über der baumwollenen Schürze gefaltet. Kochelnd sah sie ihm zu. Jetzt wollte sie nicht an all die Ueberstunden denken, die es sie kosteten, um das Feig des lieben Jungen zu bezahlen, der nicht einmal ihr eigen Fleisch und Blut war, den sie aber über alles in der Welt liebte. Sie hatte ihn zu sich genommen, als Robert sieben Jahre alt war und um seine Mutter weinte, die er nie mehr wiedersehen sollte.

„Anfangs kam er dann und wann, um nach Robert und Madeleine zu sehen, aber schließlich wurde seine Zeit derartig mit Wetten, Kartenspiel, Apertiffs und Zigarettenrauchen in den Boulevardscafes in Anspruch genommen, daß er seine Besuche einstellen mußte. Sein Gewissen beruhigte er damit, daß es Robert in Madeleines Obhut gut ginge. „Sie liebt ihn, die Sache wird schon gehen.“

„Wie Gott — der sieht gut — und wie erwachsen du damit aussehst — nun fehlen bloß noch die Schuhe — dann bist du ganz fein.“

„Wie Gott — der sieht gut — und wie erwachsen du damit aussehst — nun fehlen bloß noch die Schuhe — dann bist du ganz fein.“

„Wie Gott — der sieht gut — und wie erwachsen du damit aussehst — nun fehlen bloß noch die Schuhe — dann bist du ganz fein.“

„Wie Gott — der sieht gut — und wie erwachsen du damit aussehst — nun fehlen bloß noch die Schuhe — dann bist du ganz fein.“

„Wie Gott — der sieht gut — und wie erwachsen du damit aussehst — nun fehlen bloß noch die Schuhe — dann bist du ganz fein.“

„Wie Gott — der sieht gut — und wie erwachsen du damit aussehst — nun fehlen bloß noch die Schuhe — dann bist du ganz fein.“

„Wie Gott — der sieht gut — und wie erwachsen du damit aussehst — nun fehlen bloß noch die Schuhe — dann bist du ganz fein.“

„Wie Gott — der sieht gut — und wie erwachsen du damit aussehst — nun fehlen bloß noch die Schuhe — dann bist du ganz fein.“

„Wie Gott — der sieht gut — und wie erwachsen du damit aussehst — nun fehlen bloß noch die Schuhe — dann bist du ganz fein.“

Der Junge atmete erleichtert auf. Es war also gegluck. Der Vater wollte ihm selbst welche kaufen, die Nummer würde er ganz bestimmt nicht verfehlen, denn er trug selbst diese Größe.

„Bitte schon, das sind die deinen — komm nun mit — du sollst eine kleine Erfrischung haben — ein Glas Limonade.“

„Bitte schon, das sind die deinen — komm nun mit — du sollst eine kleine Erfrischung haben — ein Glas Limonade.“

„Bitte schon, das sind die deinen — komm nun mit — du sollst eine kleine Erfrischung haben — ein Glas Limonade.“

„Bitte schon, das sind die deinen — komm nun mit — du sollst eine kleine Erfrischung haben — ein Glas Limonade.“

„Bitte schon, das sind die deinen — komm nun mit — du sollst eine kleine Erfrischung haben — ein Glas Limonade.“

„Bitte schon, das sind die deinen — komm nun mit — du sollst eine kleine Erfrischung haben — ein Glas Limonade.“

„Bitte schon, das sind die deinen — komm nun mit — du sollst eine kleine Erfrischung haben — ein Glas Limonade.“

Zeitlupe und Klaviertechnik

Von Professor Felix Dyd, Berlin.

Louta Rounberg, eine Pianistin aus Paris, führte einem facherkundigen Berliner Publikum ihre den Franzosen bereits bekannten Filme von den Händen berühmter Klavierspieler vor, die bei der Ausführung technischer Probleme auf Initiative von Frau Rounberg zum erstenmal mit der Zeitlupe aufgenommen sind.

Man darf den Wert dieser Aufnahmen nicht zu hoch einschätzen, denn an den geeigneten Filmen war deutlich zu erkennen, wo die Grenzen derartiger Filme für den Unterlicht liegen. Es wird in der Praxis häufig vorkommen, daß die Wolgung eines technischen Problems durch irgendeinen Meisterpieler für einen Durchschnittspieler vollkommen ungeeignet ist, denn — quod licet iovi, non licet bovi. Ist also eine Schematisierung der Spielfunktionen aus Gründen der Bescheidenheit der für Klavierpiel in Betracht kommenden Muskeln und Gliedmaßen des einzelnen Individuums praktisch nicht durchführbar und unerwünscht, so darf andererseits dem Zeitlupensfilm eine gewisse Bedeutung als Mittel zu Vergleichszwecken und als Anregung zu verschiedenartigen Ausführungsmöglichkeiten sicher zuerkannt werden.

Klaviertechnik wird aber letzten Endes vom Gehirn aus kommandiert und Sieger bleibt, wer den Spielmechanismus gefestigt, erfaßt und was Schnelligkeit der Ausführung angeht, im Gehirn über eine Million Reizzellen mehr verfügt, als der weniger „begabte“ Kollege (so behaupten wenigstens die Biologen). — Dem begabten Spieler gelingt sowieso alles aus eigener Intuition, sein Spielmechanismus findet von selbst die ihm am besten liegende Spielform, er braucht den Zeitlupensfilm nicht. Er wird sich die Hände eines berühmten Kollegen mit Interesse bei der Arbeit „durch die Lupe“ betrachten, jedoch innerlich konstatieren, daß durch Sehen allein ein wesentlicher Gewinn für die eigene Technik kaum zu erwarten steht.

Die Bedeutung der Zeitlupenfilme scheint nicht allein in der Richtung zu liegen, daß in Zukunft jeder Klavierstimmpernde Dilettant seine manuellen Fähigkeiten mit denen unserer Klavieritonen in unbegrenzter Zeitdauer nach Belieben visuell vergleichen kann. Viel wertvoller und von weittragender Bedeutung für alle musikinteressierten Kreise würde die Errichtung eines internationalen Archivs sein, für das die größten Künstler der Welt sich zu Aufnahmen mittels Zeitlupe bei Ausführung bestimmter Werke oder rein technischer Probleme zur Verfügung stellen müßten. Von wech großem Reiz würde es bereits für unsere Generation, wenn wir heute Liszts Klavierwerke in eigener Interpretation am Weltreproduktionsfugel hören könnten, den Meister gleichzeitig auf die Leinwand projiziert, am Instrument sehen würden und schwierige Stellen seiner Werke, durch Zeitlupe erläutert, zu Lehrzwecken verwenden könnten? . . .

Frau Rounberg würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn es ihr gelänge, die größten Klaviermeister unserer Zeit für ihre Filme zu gewinnen. Die kaum noch zu überbietende manuelle Meisterfachheit eines Paderewski, Joseph Hofmann, Godowski, Rosenkhal und anderer für kommende Geschlechter in diesem Archiv zu erhalten. Man hat ja in Paris in einem Kellergebude der Großen Oper schon vor Jahren eine Kassetten eingemauert, enthaltend Carolos beste Grammophonplatten, und die schönste Stimme unserer Zeit vor allen etwanigen Naturereignissen geführt, der Nachwelt zu bewahren. Dies Beispiel verdient Nachahmung durch Hinzufügung der künftig zu schaffenden Großmeister-Filme . . .

Die Zeit wird zeigen, ob Louta Rounberg einen bahnbrechenden Weg gefunden hat, oder einer Utopie nachgegangen ist. Daß sich Künstler vom Range eines Strawinski, Cortot, Horowitz, Delloff bereits dafür eingesetzt haben, gibt die Gewähr, daß es sich gewiß nicht um eine Klavier-Spielererei handelt. Solange jedoch die betreffenden Künstler Frau Rounberg fosulagen das Monopol ihrer „Handverfilmungen“ überlassen haben, ist der immerhin wunschenwerten Einführung ihrer Filme an Musikhochschulen und Konservatorien ein Hemmnis angelegt. Es besteht jedoch Aussicht, daß die noch bestehenden Vorbehalte von seiten der verfilmten Künstler betreffs Verbreitung der Filme in absehbarer Zeit aufgehoben werden.